KLASSENKAMPF

Magazin für die kommunistische Bewegung

#04 | 01 / 2026 | 5 Euro

Repression als Klassenkampf von oben...

...verlangt nach einer Antwort im Klassenkampf von unten

Wie kriegstüchtig ist Deutschland?
> Seite 38

Zwischen Ideal und Praxis: Der sozialistische Staat
> Seite 86

Die Ursprünge von UN-„DDR“ als Instrument zur Erzwingung der Kapitulation revolutionärer Bewegungen
> Seite 130

Abo

Das Abo für das Magazin *Klassenkampf* kann beim *Roter Stern Verlag* bestellt werden. Geht dazu auf roterstern-shop.de/magazin-abo oder sendet eine Mail an: verlag@roterstern-shop.de

Impressum

Januar 2026

Herausgeber & V.i.S.d.P.:
Verein zur Förderung der Arbeiter:innenbildung e.V.
Georg-Schwarz-Straße 44, 04177 Leipzig
Redaktionskollektiv von Klassenbildung
www.klassenbildung.net // magazin@klassenbildung.net

Verlag & Hersteller:
Roter Stern Verlag, Gertrudisstr. 20, 45141 Essen
www.roterstern-shop.de // verlag@roterstern-shop.de

Fragen zur Produktsicherheit an: info@roterstern-shop.de

Druck: MCP Druck

Eigentumsvorbehalt: Diese Postsendung bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem:der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Textes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden.
Der Rest ist auszuhändigen

KLASSENKAMPF

Magazin für die kommunistische Bewegung

Ausgabe 04 - Januar 2026

INHALT

#00 - Seite 06

Vorwort

#01 - Seite 08

„Repression als Klassenkampf von oben verlangt nach einer Antwort im Klassenkampf von unten“

Interview zum Thema Repression und Antirepression

#02 - Seite 38

Wie kriegstüchtig ist Deutschland?

#03 - Seite 86

Zwischen Ideal und Praxis: Der sozialistische Staat

#04 - Seite 130

Die Ursprünge von „DDR“ als Instrument zur Erzwingung der Kapitulation revolutionärer Bewegungen

Übersetzung eines Textes der Nationaldemokratischen Front der Philippinen

Liebe Leser:innen,

in der vierten Ausgabe von Klassenkampf beschäftigen wir uns mit verschiedenen Aspekten der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalist:innenklasse und welche Lehren aus der Geschichte wir für die Herrschaft der Arbeiter:innenklasse ziehen können. Wir untersuchen mit welchen Mitteln der deutsche Staat Repression ausübt und wie es um seine „Kriegstüchtigkeit“ steht. In einer Übersetzung wird sich mit dem „DDR“-Konzept (Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration) beschäftigt, dass genutzt wird, um revolutionäre Bewegungen zur Kapitulation zu zwingen. Außerdem setzen wir uns mit den historischen Erfahrungen der Pariser Kommune und der Sowjetunion auseinander, um Schlussfolgerungen für die Herausforderungen eines sozialistischen Staates in der Zukunft zu ziehen.

Der erste Artikel **„Repression als Klassenkampf von oben verlangt nach einer Antwort im Klassenkampf von unten“** ist ein ausführliches Interview mit einer Genossin über Repression und Antirepressionsarbeit. Sie hat nicht nur selbst Repression erlebt, sondern von Prozess- und Haftbegleitung über Solikreise bis zur Arbeit in der Roten Hilfe einige Erfahrungen gesammelt, die sie mit uns teilt. Wir klären gemeinsam, was unter Repression zu verstehen ist, wie sich staatliche Repressionsstrategien in den letzten zehn Jahren verändert haben und wie wir dagegen vorgehen können.

Im zweiten Artikel **„Wie kriegstüchtig ist Deutschland?“** stellen wir die Frage, wie weit der deutsche Imperialismus in seinen Vorbereitung auf neue militärische Auseinandersetzungen gekommen ist und wie die Arbeiter:innenklasse mit seinen nächsten Schritten umgehen muss, um nicht bald als Kanonenfutter zu enden. Dabei ist klar, dass nur eine sozialistische Revolution Kriege nachhaltig beenden kann.

Aber wie behält die Arbeiter:-innenklasse danach die Macht und wie organisiert sie eine sozialistische Gesellschaft? Das erörtern wir im dritten Artikel **„Zwischen Ideal und Praxis: Der sozialistische Staat“**. Wir untersuchen, welche Elemente aus vorherigen Anläufen wir für einen zukünftigen Sozialismus verwenden können, welche wir verwerfen müssen und welche schlichtweg nicht auf Deutschland im 21. Jahrhundert übertragbar sind.

Im letzten Artikel **„Origins of DDR as a tool to force the surrender of revolutionary movements“** haben wir einen Text der Nationaldemokratischen Front der Philippinen (NDFP) übersetzt, der sich mit konterrevolutionären Strategien der UN auseinandersetzt.

Wir wünschen euch eine spannende Lektüre und freuen uns über zahlreiche Rückmeldungen und Kritiken.

Redaktion Klassenkampf

„Repression als Klassenkampf von oben verlangt nach einer Antwort im Klassenkampf von unten“

Interview zum Thema Repression und Antirepression

Versuchte Verbote gegen das „Rheinmetall Entwaffnen“ Camp und der stundenlange Kessel der antimilitaristischen Demonstration in Köln 2025, massive Polizeigewalt gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung, politische Großverfahren wie das Budapest-Verfahren und Genoss:innen im Knast: An verschiedenen Fronten macht sich die Repression gegen linke und revolutionäre Kräfte bemerkbar.

Repression wirkt dabei auf mehreren Ebenen: individuell, strukturell und strategisch. Sie soll einschüchtern, zermürben, aber auch politische Organisierung sabotieren und revolutionäre Perspektiven delegitimieren. Wenn wir dieser Repression effektiv etwas entgegensetzen wollen, müssen wir ihre ideologische, politische und organisatorische Funktion verstehen.

Dieses Interview ist ein Beitrag dazu. Es soll geklärt werden, was eigentlich unter Repression zu verstehen ist, wie sich staatliche Repressionsstrategien in den letzten zehn Jahren verändert haben und wie wir der Repression begegnen können.

Gesprochen haben wir dafür mit Sofia. Sie ist organisierter Teil der revolutionären Bewegung und hat Repression nicht nur selbst erlebt, sondern auch politische Antirepressionsarbeit mit aufgebaut: von Prozess- und Haftbegleitungen, Solikreisen bis zur Arbeit in der Roten Hilfe.

Wir wollen mit dir über Repression und politische Arbeit dagegen sprechen. Später wirst du auch über deine eigenen Erfahrungen damit berichten. Aber bevor wir dazu konkret kommen, wollen wir uns zunächst eine gemeinsame Grundlage schaffen. Was ist eigentlich alles mit Repression gemeint? Wer oder was übt sie aus und wozu kann sie führen?

Wenn wir über Repression sprechen, denken viele erst einmal an offensichtliche Formen: Polizeigewalt oder Gerichtsverfahren. Doch Repression ist mehr als das. Sie zeigt sich in unterschiedlichen Formen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen – auf der Straße, in der Schule, am Arbeitsplatz, bei Behörden. Sie umfasst jedes staatliche Handeln zur Sicherung und Durchsetzung der bestehenden kapitalistischen Ordnung. Im Kern ist Repression ein Werkzeug zur Aufrechterhaltung und Sicherung der bestehenden Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse und ist Teil des Klassenkampfes von oben.

In einem imperialistischen Staat wie Deutschland bedeutet das: Der Staat als Teil des Überbaus der Klassengesellschaft ist nicht neutral. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, also die Art, wie produziert wird und die Aufteilung der Produktionsmittel und wer diese besitzt, sind die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben. Wenn wir davon als materielle Basis ausgehen, braucht es einen Überbau, der diese Grundzüge des Kapitalismus sichert. Alle staatlichen Institutionen – von der Polizei über die Gerichte bis hin zu Bildungs- und Sozialeinrichtungen – sind entsprechend ausgerichtet und dienen auch zur Befriedung des Klassenwiderspruchs in ihrem Sinne.

Die Formen zur Umsetzung dessen, können dabei sehr unterschiedlich aussehen. Auch wenn ich sie versuche, hier einzeln aufzulisten, wirken sie ineinander und überschneiden sich.

Am sichtbarsten ist Repression in ihrer direkten Gewaltform, zum Beispiel durch Prügel durch die Polizei, Festnahmen, Hausdurchsuchungen, (Haft-)Strafen oder Abschiebungen. In besonders zugespitzten Zeiten kann sich diese Gewalt auch in Form von Folter oder gezielten Tötungen ausdrücken.

Eine zentrale Rolle spielt auch die juristische Form der Repression durch die Durchsetzung von Gesetzen, Gerichtsverfahren und die Strafverfolgung. Die Justiz beschreibt dabei ein komplexes Gefüge aus verschiedenen Gerichtsbarkeiten wie Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichten. Auch wenn in der bürgerlichen Demokratie formal eine Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative besteht, ist die Justiz nicht unabhängig von den herrschenden Verhältnissen.

Hinzu kommt staatliche Überwachung durch Behörden, Geheimdienste oder die Polizei. Sie sammeln Daten, setzen auf digitale Kontrolle, installieren Kameras im öffentlichen Raum oder nutzen Spitzel in politischen Gruppen. Diese Überwachung dient nicht nur der Information, sondern wirkt oft auch einschüchternd und soll ein Klima der Angst erzeugen.

Eine weitere Form der Repression ist die sogenannte „weiche“ Repression. Diese drückt sich weniger durch unmittelbare physische Gewalt aus, was die Folgen jedoch nicht weniger einschneidend, macht. Stattdessen kommt sie in Form von Diffamierung, politischem Druck und Ausgrenzung zum Tragen. Dazu gehören unter anderem Medienhetze, öffentliche und diffamierende Kampagnen, aber auch der Entzug von Ressourcen wie Fördermitteln, Zugang zu öffentlichen Räumen oder die Kündigung einer Arbeitsstelle.

Alle Formen der Repression werden ideologisch eingebettet. Damit ist es möglich, politische Bewegungen zu delegitimieren, abweichende Meinungen als gefährlich oder extrem abzustempeln, Aktivist:innen zu diffamieren oder politische Debatten zu verengen und eine Stimmung zu erzeugen, die staatliche Härte als notwendig oder sogar moralisch gerechtfertigt erscheinen lässt. Wer beispielsweise Waffenlieferungen oder die deutsche Kriegsbeteiligung in der Ukraine kritisiert, wird schnell

als „Putinversteher:in“ markiert. Die palästinasolidarische Bewegung wird mit dem Vorwurf der Terrorunterstützung und des Antisemitismus diffamiert. Gleichzeitig werden auch Menschen in prekären Lebenslagen durch reaktionäre Narrative abgewertet, etwa durch die Unterstellung, sie seien arbeitsunwillig oder würden Sozialleistungen „ins Ausland schicken“. Diese gezielte Stigmatisierung schafft die Grundlage für Repressionsmaßnahmen wie Leistungskürzungen oder diskriminierende Regelungen wie die Einführung von Bezahlkarten.

Ein aktuelles Beispiel für das Zusammenspiel unterschiedlicher Repressionsformen lässt sich im sogenannten Antifa-Ost- und Budapest-Komplex beobachten. Hier zeigt sich eine besonders aggressive Reaktion des Staates auf antifaschistische Praxis. Alle Beschuldigten werden unter dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB verfolgt, mit massiven Überwachungsmaßnahmen belegt und teilweise über Landesgrenzen hinweg kriminalisiert – etwa durch die Auslieferung von Maja nach Ungarn. Im Verfahren gegen Hanna aus Nürnberg, sowie in den ausstehenden Verfahren gegen sechs weitere Antifaschist:innen wurden und werden diese zudem wegen versuchten Mordes angeklagt. Diese massive Form der Repression dient auch der politischen Abschreckung, um antifaschistische Strukturen zu delegitimieren und staatlich festzulegen, welcher Antifaschismus als „legitim“ gilt und welcher kriminalisiert wird. Die Botschaft ist klar: Wer sich militant organisiert oder konsequent antifaschistisch handelt, muss mit maximaler Repression rechnen. Begleitet wird das Ganze durch eine gezielte ideologische Aufladung: Antifas werden öffentlich als gewaltbereit, terroristisch und als eine Gefahr für die Allgemeinheit dargestellt, während ihr politischer Kontext, der Kampf gegen faschistische Strukturen, bewusst ausgeblendet wird. Besonders deutlich wurde das mit der bundesweiten Öffentlichkeitsfahndung und dem Aussetzen eines Kopfgeldes auf einen der Beschuldigten.

Würdest du sagen, dass Repression alle gleich trifft? Oder sind Teile unserer Klasse besonders betroffen?

Definitiv Letzteres. Es gibt besondere Aspekte der Repression, die bestimmte Teile spezifischer und in einer besonderen Qualität betreffen. Dazu gehören u. a. Frauen, trans und nichtbinäre Personen und Migrant:innen bzw. Geflüchtete.

Frauen sind zusätzlich einer geschlechtsspezifischen Repression ausgesetzt, die der patriarchalen Ausbeutung und Unterdrückung entspricht. Diese äußert sich im Spannungsfeld zwischen Verharmlosung bzw. Nicht-Ernst-nehmen und dem Gegenpol Dämonisierung bzw. Diffamierung. Ein Beispiel dafür ist die Antifaschistin Lina, bei der die verschiedenen Tendenzen deutlich werden: Die ihr vorgeworfenen militanten Aktionen gegen Nazis werden ihr abgesprochen, da sie von ihrem ebenfalls beschuldigten Partner „verführt“ worden sei. Gleichzeitig wurde sie medial als „Fascho-Jägerin“, „rote Rächerin“ oder „Leipzigs gefährlichste Linksextremistin“ inszeniert und ihr Äußeres mit Schlagzeilen wie, „Ihre Strafakte ist länger als ihr Minirock“ oder „Chefchaotin im Minirock“ sexualisiert.[1]

Hinzu kommt, dass Frauen häufig sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind, etwa bei polizeilichen Durchsuchungen. Zudem wird Müttern mit familienrechtlichen Konsequenzen gedroht, wie dem Entzug des Sorgerechts.

Auch die Repression gegen trans und nicht-binäre Personen lässt sich im Rahmen der patriarchalen Unterdrückung einordnen. Ihre Geschlechtszugehörigkeit wird häufig geleugnet, und ihre Anerkennung ist mit hohen juristischen Hürden verbunden. Zusätzlich erfahren sie gesellschaftlichen Ausschluss oder werden gezwungen, sich der binären Geschlechterordnung anzupassen.

Das gilt historisch wie aktuell. So kriminalisierte etwa der § 175 StGB über Jahrzehnte Homosexualität zwischen Männern und trug damit zur gesellschaftlichen Stigmatisierung von LGBTI+ -Personen bei. Zwar bezog sich dieser Paragraf nicht explizit auf trans Personen, doch er steht beispielhaft für eine staatliche Ordnung, die geschlechtliche und sexuelle Abweichung bestraft oder kontrolliert. In diese Logik reiht sich auch das mittlerweile abgeschaffte Transsexuellengesetz (TSG) ein, das trans Personen jahrzehntelang dazu zwang, nach einem entwürdigenden Prozess ein Gutachten über ihr eigenes Geschlecht vorzulegen, um ihren Namen und Personenstand ändern zu dürfen. Diese Formen systematischer Unterdrückung setzen sich heute unter anderem durch die Diskussionen zu staatlichen Erfassungspraktiken von trans Personen und politische Angriffe auf das Selbstbestimmungsgesetz fort.

Diese Angriffe werden damit begründet, dass Transgeschlechtlichkeit eine psychische Erkrankung, Abweichung oder Bedrohung sei. Besonders trans Frauen sind dabei Ziel rechter Hetze, die ihnen pauschal sexualisierte Gewalt unterstellt und ihr Geschlecht als „Tarnung“ kriminalisiert.

Ein Beispiel dafür ist die schwarze trans Frau Cleo. Sie wurde wegen Totschlags zu 12 Jahren Haft verurteilt, obwohl es weder eine Tatwaffe noch Zeug:innen oder ein Geständnis gibt. Im Prozess wurde Cleos Transgeschlechtlichkeit geleugnet, das Gericht sprach von „angeborener männlicher Dominanz und Aggressivität“,

1 | Leseempfehlung dazu: Broschüre der Roten Hilfe „Frauen gegen Repression – Repression gegen Frauen“, zu finden unter: rotehilfestuttgart.noblogs.org/files/2025/03/FGR-Broschuere-ONLINE.pdf

und ein Gutachter bezeichnete ihr Verhalten als „nicht typisch für eine trans Frau“. Der Fall verdeutlicht, wie sich geschlechtsspezifische Repression, Rassismus und Transfeindlichkeit gegenseitig verstärken.

In Haft werden trans Personen oft einem Geschlecht zugewiesen, das ihrem Personenstand oder dem ihnen bei Geburt zugeordneten Geschlecht entspricht und entsprechend in Männer- oder Frauengefängnisse untergebracht. In Fällen in denen trans Personen ihren Personenstand nicht geändert haben wird ihr tatsächliches Geschlecht nicht berücksichtigt. Darüber hinaus sind trans Personen in Haft besonderen Gefahren ausgesetzt, die in der Regel nicht berücksichtigt werden. Eine vermeintliche Sicherheit wird sogar manchmal als Argument herangezogen, trans Personen in Isolation zu inhaftieren, anstatt sich um bessere Lösungen zu bemühen.

Dass politische Personen besonders von dieser Repression betroffen sind, zeigt das Beispiel Maja, eine nicht-binäre antifaschistische Person, die aufgrund von Angriffen auf Faschist:innen mit weiteren Antifaschist:innen im Budapest-Komplex angeklagt ist. Besonders brisant im Fall von Maja ist die mittlerweile als rechtswidrig erklärte Auslieferung nach Ungarn. Der deutsche Staat hat damit bewusst in Kauf genommen, Maja in ein Land abzuschieben, das Majas Existenz nicht anerkennt. Damit ist Maja nicht nur als antifaschistische Person, sondern auch aufgrund des Geschlechts besonderer Repression ausgesetzt.

In der staatlichen Repression zeigt sich auch der systematische Rassismus gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten. Für viele gehören polizeiliche Maßnahmen wie Racial Profiling – und damit einher geht eine generelle Vorverurteilung als „kriminell“ – zum Alltag. Eine besondere gewaltvolle Zuspitzung dieser Praxis sind Polizeimorde an migrantischen Personen. Für den Zeitraum von Januar 1990 bis Dezember 2024 sind der Kampagne „Death in Custody” 266 Todesfälle von Migrant:innen in Gewahrsam oder durch Polizeigewalt bekannt. Allein dieses Jahr, bis August 2025, sind namentlich sieben Personen bekannt, die ermordet wurden. Bei 12 weiteren Personen ist der Name unbekannt.

Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sind zusätzlich durch drohende Abschiebungen oder den Entzug ihres Aufenthaltsrechts unmittelbar in ihrer Existenz gefährdet. Diese Repression im Kontext von Asyl- und Aufenthaltsrecht trifft besonders auch Menschen, die sich politisch äußern oder betätigen. Dazu zählen zum Beispiel kurdische und türkische Revolutionär:innen, die aufgrund ihrer politischen Aktivität in Länder abgeschoben werden sollen, aus denen sie wegen politischer Verfolgung geflohen sind. Diese Praxis dient nicht nur der Kriminalisierung einzelner, sondern entfaltet auch eine präventive Wirkung. Allein das Wissen um mögliche Konsequenzen reicht aus, um Menschen einzuschüchtern und davon abzuhalten, sich politisch zu äußern oder sich zu organisieren.

Im Zuge der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung und der weiteren Verschärfung von Asyl- und Aufenthaltsgesetzen ist davon auszugehen, dass diese Form der Repression weiter zunimmt. Besonders sichtbar wird das in der geplanten Ausweitung sogenannter Abschiebegefängnisse, die allein der Durchsetzung von Abschiebungen dienen. Dabei bedeutet Abschiebehaft nichts anderes als Freiheitsentzug auf Grundlage von Herkunft und rechtlichem Status. Sie ist ein zentrales Instrument einer rassistischen Migrationspolitik, die Kontrolle, Abschreckung und letztlich Vertreibung zum Ziel hat.

Repression dient also als Abschreckung und Strafe, aber auch dazu Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse zu verhindern und einzuschränken. Es gibt zudem noch andere Wege dafür, zum Beispiel Menschen darin einzubinden. In welchem Verhältnis würdest du sagen, stehen Repression und Integration?

Neben der Repression ist Integration ein zentraler Bestandteil staatlicher Herrschaft. Sie zielt darauf ab, tatsächliche oder potenzielle Kämpfe zu entkräften. Integration und Repression wirken dabei nicht gegensätzlich, sondern als zwei Seiten derselben Medaille.

Ökonomischer Hintergrund für die vielfältigen integrativen Mechanismen sind veränderte Formen kapitalistischer Herrschaft durch die Profitmaximierung über die Ausbeutung anderer Länder und die Abwälzung von Krisen auf diese. Gleichzeitig sind diese Entwicklungen auch das Ergebnis vergangener Kämpfe und Errungenschaften.

Integrative Mechanismen durchziehen unseren gesamten Alltag. Sie beginnen früh in Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten und setzen sich in der Arbeitswelt, in Behörden oder in sozialen Einrichtungen fort. Wer sich den dortigen Erwartungen nicht unterordnet, aus dem Raster fällt oder nicht verwertbar erscheint, spürt schnell die Grenzen dieser Integration, unter anderem in Form von Leistungsdruck, Sanktionen oder Ausgrenzung.

Diese alltägliche Form der Integration schafft die Grundlage dafür, auch politische Bewegungen und kämpferische Teile der Klasse gezielt einzubinden und zu entschärfen. Wie durch bezahlte Posten in NGOs oder kommunalen Projekten, aber auch durch ideologische Vereinnahmung über bürgerlich-reformistische Narrative. So werden politische Kämpfe

kanalisiert, abgeschwächt oder in reformistische Bahnen gelenkt.

Einige Beispiele für diese Strategie wären, dass kapitalismuskritische Forderungen aus der Klimabewegung in parlamentarische Bahnen gelenkt und verwässert werden, während jene kriminalisiert werden, die sich dieser Vereinnahmung entziehen. Oder kämpferische Kolleg:innen werden in höhere Positionen befördert, nicht weil ihre Perspektive gewünscht ist, sondern um sie aus der kämpfenden Basis zu lösen.

Auch bei den DGB-Gewerkschaften zeigt sich das Prinzip der Integration deutlich: Arbeitskämpfe finden zwar statt, bewegen sich aber innerhalb klar gesetzter Bahnen der Sozialpartnerschaft. Diejenigen, die sich damit nicht zufriedengeben und innerhalb der Gewerkschaften nicht befriedet werden können, bleiben auf der Strecke oder werden bekämpft.

Den Fokus unseres Interviews möchten wir auf die Repression gegen politische Aktive richten und der Frage, wie wir mit diesem Umgehen sollten. Warum trifft uns als Revolutionär:innen Repression im Besonderen?

Ich habe schon erwähnt, dass sich die Repression durch alle Lebens- und Arbeitsbereiche zieht. Entsprechend betrifft Repression grundsätzlich in der einen oder anderen Form die gesamte Arbeiter:innenklasse. Im Besonderen trifft Repression aber alle, die aktiv die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse verändern wollen, also revolutionäre Kräfte, Kommunist:innen, und politische Bewegungen, die den kapitalistischen Staat und sein Gewaltmonopol infrage stellen. Denn der Staat als Herrschafts- und Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie hat natürlich ein gesteigertes Interesse, gezielt gegen revolutionäre und kommunistische Strukturen vorzugehen, die in der Lage sein können, die Klasse in Bewegung zu setzen und eine reale Alternative jenseits des Kapitalismus aufzuzeigen und damit ein Faktor im Klassenkampf zu werden.

Repression gegen revolutionäre Strukturen ist keine neue Erscheinung. Sie zieht sich historisch durch alle Phasen von Klassenkämpfen. Von Massenverhaftungen, Überwachung, Berufsverboten, Folter und Mord bis zum Verbot von kommunistischen Parteien. Der Staat nutzt ein breites Repertoire, um revolutionäre Organisierung zu verhindern, zu schwächen oder zu zerstören.

Wie hat sich die Häufigkeit und Art und Weise der Repression in den letzten Jahren entwickelt? Kannst du bestimmte Tendenzen dabei erkennen?

Unabhängig aktueller Tendenzen bleibt der grundsätzliche Charakter staatlicher Repression weitgehend gleich. Dennoch unterliegt Repression gesellschaftlichen Veränderungen und verläuft deshalb nicht linear. Das heißt, es gibt keine kontinuierliche Zuspitzung, sondern Phasen offener oder verdeckter Repression, abhängig von der politischen Lage, internationalen Konflikten, innerstaatlichem Krisenmanagement und der Stärke gesellschaftlicher Auseinandersetzungen bzw. revolutionärer Kräfte.

Auch der zeitliche Verlauf repressiver Entwicklungen folgt keiner Gleichmäßigkeit. Vielmehr zeigt sich diese im Zusammenhang mit konkreten politischen Ereignissen. So lässt sich zum Beispiel beobachten, dass während der Corona-Pandemie oder seit dem Beginn des Kriegs um die Ukraine und der von Deutschland ausgerufenen Zeitenwende das Tempo für Verschärfungen erhöht wird. Dazu würde ich auch die Versuche zählen, das Rheinmetall-Entwaffnen-Camp 2025 zu verbieten, um antimilitaristische Positionen, die dem aktuellen Kriegskurs widersprechen, mundtot zu machen. Aber auch die massive Polizeigewalt auf der antimilitaristischen Demonstration als Reaktion auf die zahlreichen Aktionen rund um das Camp, die trotz Verbotsversuchen und Polizeipräsenz erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Wenn wir uns die letzten zehn Jahre anschauen, sehen wir eine deutliche Zunahme der Repression, sowohl qualitativ als auch quantitativ. Der G20-Gipfel in Hamburg und die Proteste dagegen können als zwischenzeitlicher Höhepunkt der Entwicklung der Repression betrachtet werden, deren Auswirkungen bis heute spürbar sind. Sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang des Gipfels kam es zu einschneidenden gesetzlichen Verschärfungen, öffentlichkeitswirksamer Hetze und einem massiven Aufmarsch schwer bewaffneter Einheiten.

Ein klarer Trend der letzten Jahre ist die Verschärfung gesetzlicher Grundlagen, insbesondere in den Bereichen Versammlungsrecht, Strafrecht und der Polizeigesetze.

Seit 2017 haben nahezu alle Bundesländer ihre Polizeigesetze überarbeitet und verschärft. In Bayern etwa erlauben Gesetzesänderungen von 2017 und 2021 präventive Inhaftierungen und den expliziten Einsatz von Explosivmitteln, darunter auch Handgranaten. In Niedersachsen war ursprünglich eine Präventivhaft von bis zu 74 Tagen vorgesehen, mit gestufter richterlicher Kontrolle. Nach Kritik von Jurist:innen, Verbänden und politischen Organisationen wurde der Zeitraum auf 35 Tage reduziert. Parallel dazu haben Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen auch die Möglichkeit von Online-Durchsuchungen durch Staatstrojaner eingeführt.

Auch in Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-

Vorpommern und dem Saarland wurden in den letzten Jahren Befugnisse wie verlängerter „Gefährdergewahrsam", präventive Telekommunikationsüberwachung, Videoüberwachung, Kontrollzonen in Gefahrengebieten oder der Einsatz von Zivilbeamt:innen ohne Kennzeichnung gesetzlich verankert.

Zugleich wurde auch das Versammlungsrecht in zahlreichen Bundesländern grundlegend überarbeitet oder länderspezifische Regelungen eingeführt. In Nordrhein-Westfalen trat etwa Anfang 2022 ein neues Versammlungsgesetz in Kraft, das unter anderem anlasslose Videoüberwachung und Kontrollstellen sowie pauschale Verbote von „uniformähnlichen Kleidungsstücken" und Totalverbote für Demonstrationen auf Autobahnen oder Bahngleisen. Das ist eine direkte Reaktion auf Proteste und Aktionsformen aus der Klimabewegung. In Hessen folgte 2023 ein ähnliches Gesetz, das darüber hinaus erlaubt, Personen bereits im Vorfeld von Veranstaltungen auszuschließen und präventive Videoüberwachung auch aus der Luft ermöglicht.

Welche Auswirkungen diese Verschärfungen haben, zeigt sich schon heute in der Praxis: Immer wieder kommt es vor, dass Demonstrationen faktisch verboten werden, u. a. indem Auflagen so verschärft werden, dass eine Durchführung unmöglich ist. Mit verschiedenen Formen von Auflagen wie z. B., dass Transparente die Länge von 1,50 Metern nicht überschreiten dürfen, wird versucht, Rechte auf Demonstrationen immer weiter einzuschränken. Wie absurd die Einschränkungen sind, zeigen auch die „Sprachauflagen" bei Demonstrationen gegen den Genozid in Palästina in Berlin, die etwa nur Deutsch und Englisch erlauben.

Auch im Strafrecht gab es in den letzten Jahren Verschärfungen. Besonders sind die Einführung des § 114 StGB im Jahr 2017, der „tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte" unter Strafe stellt und mit einer Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren geahndet wird, sowie die Verschärfung des § 113 StGB „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte". Schon einfache, ungefährliche Handlungen (z. B. „Versteifung des Arms") bei Demonstrationen können so zu Haftstrafen führen.

Teil dieser Entwicklungen ist auch der massive Ausbau digitaler Überwachung. Immer häufiger kommen Technologien wie automatische Gesichtserkennung, Echtzeitdatenanalysen, Kommunikationserfassung oder sogenannte „Gefährderprognosen" mithilfe von KI und Software wie Palantir Gotham zum Einsatz. In Hessen wird seit August 2025 am Frankfurter Hauptbahnhof erstmals eine KI-gestützte Live-Gesichtserkennung eingesetzt. Eine schrittweise Ausweitung auf weitere Standorte ist bereits geplant. Polizei und Geheimdienste erhalten nicht nur erweiterte Befugnisse, sondern auch neue Werkzeuge zur Kontrolle und Einschüchterung mit oft undurchsichtiger technischer Grundlage und kaum rechtsstaatlicher Kontrolle.

Mit der zunehmenden Verschärfung geht auch eine deutlich höhere und schnellere Verurteilung von Aktivist:innen einher. Wo früher meist Geldstrafen oder Auflagen wie Sozialstunden ausgesprochen wurden, wird heute deutlich schneller zu hohen Geld- oder Freiheitsstrafen gegriffen, teilweise ohne Bewährung. Diese Entwicklung betrifft längst nicht mehr nur „militante" oder konfrontative Aktionsformen, sondern auch Aktivist:innen, die sich auf zivilen Ungehorsam stützen. Die Verfahren gegen die „Letzte Generation" sind hierfür exemplarisch. Anstelle bloßer Ordnungswidrigkeiten oder Bußgelder werden zunehmend strafrechtliche Vorwürfe wie Nötigung oder Widerstand erhoben oder direkt eine „Kriminelle Vereinigung" nach §§ 129 konstruiert und damit die Grundlage für eine höhere Verurteilung geschaffen.

Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist die gestiegene Anzahl inhaftierter linker Aktivist:innen, vor allem aus der antifaschistischen und Klimabewegung. Dabei kommt es immer wieder auch zu hohen Haftstrafen über fünf Jahren, wie im Antifa-Ost oder Wasen-Verfahren.

Neben den strafrechtlichen Konsequenzen umfasst die Palette der Repression auch Berufsverbote. In mehreren Fällen wurden Aktivist:innen Berufsverbote oder dienstrechtliche Konsequenzen angedroht. Ein Beispiel ist die Lehramtsanwärterin Lisa. Ihr wurde aufgrund ihrer politischen Betätigung die Übernahme in den Schuldienst verweigert. Aber auch in Frankfurt und Berlin wurden politisch Aktive mit Berufsverboten belegt.

Auch in der Schule spiegeln sich die Entwicklungen gegenüber politischen Jugendlichen wider. So versuchte die Schulleitung in Leipzig nach Protesten gegen eine Bundeswehrveranstaltung an einer Schule, zwei Schüler:innen mit Schulverweisen zu sanktionieren. Diese konnten aufgrund von Unterstützung der Schüler:innenschaft, Eltern und Außenstehenden aber nicht durchgesetzt werden.

Ein wichtiges Mittel der deutschen Justiz zur Kriminalisierung sind die §§ 129 StGB. Auf einer schwammigen rechtlichen Grundlage aufgebaut, reicht der Verdacht, einer „terroristischen oder kriminellen Vereinigung im In- oder Ausland" anzugehören, aus, um Menschen über Jahre zu observieren und zu kriminalisieren. Neben dem Vorwurf der Bildung oder Mitgliedschaft fallen darunter auch Tätigkeiten wie die Unterstützung und Werbung für die jeweilige, als kriminell bezeichnete Vereinigung. Hierbei reichen schon alltägliche politische Aktivitäten aus, ohne dass eine

Straftat begangen wurde. Die bewusst weit gefassten Paragrafen lassen der Justiz großen Interpretationsspielraum. Es sind politische Paragrafen, was sich auch aus ihrer Entstehungsgeschichte erkennen lässt.

Die Geschichte des § 129 reicht bis ins Jahr 1871 zurück, um die damalige Sozialdemokratie zu verfolgen. Seitdem wurde er mehrmals erweitert, insbesondere durch die Einführung des § 129a (terroristische Vereinigung) und § 129b (terroristische Vereinigung im Ausland).

In den letzten Jahren wurde in Deutschland vor allem der §129b gegen kurdische und türkische Genoss:innen angewendet, denen eine Beteiligung an einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“, beispielsweise der PKK oder DHKP-C, vorgeworfen wurde. Die Willkürlichkeit des Paragrafen zeigt sich auch im Verfahren im Jahr 2020 in München. Dort wurden zehn Genoss:innen aufgrund des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der TKP/ML (Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten) verurteilt, obwohl die TKP/ML in Deutschland und der EU nicht einmal als terroristisch eingestuft wird.

Der §129b eröffnet die Möglichkeit, politische Verfolgung im Ausland durch Strafverfahren in Deutschland zu ergänzen, etwa gegen kurdische Aktivist:innen, die früher Schutz durch Asyl genossen, heute aber strafrechtlich verfolgt werden. Dabei können schon die Mitgliedschaft in migrantischen Vereinen, die Teilnahme an Demonstrationen oder Kontakte ins Ausland als Indizien für eine terroristische Vereinigung ausreichen.

Aktuell ist eine verstärkte Anwendung des § 129 gegen die deutsche Linke zu beobachten. Zwar gab es schon immer entsprechende Verfahren, aber die Verfahren aus jüngster Vergangenheit wie das Budapest- und Antifa-Ost-Verfahren gegen militante Antifaschist:innen, aber auch die Verfahren in Städten wie Hamburg, Frankfurt, Berlin und München oder gegen die Letzte Generation zeigen eine neue Häufung.

Die Anwendung des § 129 geht mit umfangreichen Befugnissen für die Ermittlungsbehörden einher: Telefon- und Online-Überwachung, Observationen, Raster- und Schleppnetzfahndungen, langjährige Ausforschung von Strukturen und mehr. Dabei bleibt die Überwachung nicht auf die direkten Verdächtigen beschränkt, sondern erstreckt sich auf ihr ganzes Umfeld. Dank der Konstruktion einer Vereinigung genügt es mit einer vom Staatsschutz als verdächtig eingestuften Person in Kontakt zu stehen, um selbst ins Visier zu geraten. Deshalb wird der Paragraf auch als „Schnüffelparagraf“ bezeichnet.

Die Tendenz der Entwicklungsrichtung der Repression wird dadurch schon sehr klar. Was sind die dahinterstehenden Gründe?

Der Kapitalismus befindet sich weltweit in einer tiefgreifenden, sich verschärfenden Krise. Diese zeigt sich durch stagnierende Wachstumsraten, Klimakrise sowie eine zunehmende geopolitische Konfrontation zwischen imperialistischen Mächten. Kriege wie in der Ukraine, in Palästina oder zwischen konkurrierenden Regionalmächten sind Ausdruck der Kämpfe um eine Neuordnung kapitalistischer Verhältnisse.

Diese globalen Krisen sind nicht neu. Der Kapitalismus produziert diese Krisen immer wieder selbst. Gegenwärtig erreichen sie jedoch wieder eine neue Qualität. Um in dieser instabilen Weltlage konkurrenzfähig zu bleiben, betreibt der deutsche Staat eine Politik der inneren und äußeren Militarisierung. Dazu gehören eine massive Aufrüstung, die Einrichtung von Sondervermögen ebenso wie die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht sowie sozialer Abbau und Repression nach innen.

Die Durchsetzung imperialistischer Interessen nach außen setzt ein stabiles „Hinterland“ voraus. In erster Linie versucht der Staat, unsere Klasse von seinen Interessen zu überzeugen und seine außenpolitischen Ambitionen auch im Inneren zu legitimieren. Gleichzeitig werden bereits jetzt innenpolitische Maßnahmen getroffen, um mögliche Proteste, die durch die Auswirkungen der kapitalistischen Krise entstehen könnten, frühzeitig zu unterdrücken.

Denn mit der Zuspitzung der kapitalistischen Krise und der damit einhergehenden Spar- und Kürzungspolitik treten auch die Klassenwidersprüche wieder sichtbarer zum Vorschein. Schon jetzt bröckelt die Legitimation der bürgerlichen Politik, das Vertrauen in die etablierten parlamentarischen Parteien sinkt und (neue) rechte Kräfte profitieren davon. Zugleich können auch auf der Straße spontane Ausdrücke sozialen Unmuts entstehen und sich entladen. Vergangene Beispiele dafür sind die Krawallnächte oder Bäuer:innenproteste. Diese Entwicklungen sind bislang nicht Ausdruck einer organisierten revolutionären Bewegung, wohl aber Symptom eines wachsenden Widerspruchs zwischen den Interessen der Klassen. Aus dieser objektiven Situation ergibt sich auch ein Potenzial für revolutionäre Politik. Bislang hinkt die Organisierung diesen Bedingungen allerdings noch hinterher.

Repression hat in diesem Kontext eine doppelte Funktion. Sie ist Teil der Krisenbewältigung eines Systems, das seine Widersprüche nicht mehr integrieren kann und Teil einer präventiven Konterrevolution, die strategischen Charakter hat. Es geht darum, gesellschaftliche Kontrolle zu behaupten und zukünftige Brüche mit der kapitalistischen Ordnung

präventiv zu verhindern.

Du hast am Anfang schon über die Rolle der Integration gesprochen. Welche Rolle nimmt sie in den skizzierten Entwicklungen ein?

Mit der zunehmenden Repression geht auch eine Strategie der Integration zur Krisenbewältigung einher. Der Staat versucht, potenzielle Konflikte frühzeitig zu befrieden und in staatliche Bahnen zu lenken.

Ein Beispiel dafür waren die großen Mobilisierungen gegen rechts nach den Correctiv-Recherchen und vor der Bundestagswahl im Februar 2025. Unter dem Banner der „wehrhaften Demokratie“ wurde Protest von staatstragenden Parteien mitgetragen und das Problem auf die AfD reduziert.

Auch die Reaktionen auf die Krawallnacht in Stuttgart waren nicht nur offene Repression. Im Nachgang wurden diverse Angebote der Sozialen Arbeit ausgebaut, die in enger Zusammenarbeit mit der Polizei stehen.

Unter Integration lassen sich auch die Versuche fassen, in denen die Interessen der herrschenden Klasse als „gesamtgesellschaftliche Interessen” inszeniert werden. Einige Beispiele:

- Zur Deckelung steigender Energiekosten wurden individuelle Verhaltensänderungen wie weniger zu heizen oder mehr Pullover anzuziehen gefordert.
- Die Waffenlieferungen und die Gelder für die massive Aufrüstung werden mit dem Schutz „unserer” Demokratie in der Ukraine oder Israel gerechtfertigt.
- Streiks und Lohnforderungen werden diskreditiert mit Verweis auf „Haushaltslöcher“ und angebliche nationale Verantwortung in Krisenzeiten.

Hinzu kommen gezielte staatliche „Beruhigungsmaßnahmen”, die auf kurzfristige Befriedung abzielen, dazu gehören Einmalzahlungen zur Kompensation von Preissteigerungen, Steuererleichterungen und Boni für spezifische Gruppen wie Inflationsausgleichsprämien, Reform des Wohngeldes, Einführung des Deutschland-Tickets oder der Heizkostenzuschuss.

Jetzt haben wir schon sehr viel über die Methoden und Möglichkeiten der Repression gesprochen. Aber der stehen wir glücklicherweise nicht machtlos gegenüber. Unter dem Stichwort Antirepressionsarbeit wollen wir zu unseren Perspektiven als Revolutionär:innen übergehen, uns gegen die Repression zur Wehr zusetzen. Was umfasst Antirepressionsarbeit alles? Und was würdest du sagen, ist das Wichtigste dabei?

Zu Beginn haben wir über den Charakter der Repression gesprochen. Repression als Ausdruck des Klassenkampfes von oben verlangt nach einer Antwort im Klassenkampf von unten. Antirepressionsarbeit ist genau das: Der Versuch, dem staatlichen Angriff mit politischem Legitimitätsbewusstsein, gelebter Solidarität und dem kontinuierlichen Aufbau einer klassenkämpferischen Bewegung zu begegnen.

Antirepressionsarbeit beginnt mit dem unmittelbaren, praktischen Umgang mit Repression. Denn auch wenn Repression häufig zum politischen Alltag gehört, trifft sie immer ganz konkret: Menschen erleben Gewalt durch den Staat, stehen vor Gericht, müssen Strafzahlungen stemmen, verlieren ihre Jobs oder sitzen in Haft.

Gegen diese Angriffe hilft nur Solidarität und direkte Unterstützungsarbeit für alle Betroffenen. Dazu gehören Unterstützung bei der juristischen Begleitung, Vermittlung von Anwält:innen, Vorbereitung eines möglichen Prozesses, einer Strategie und Erklärung, finanzielle Unterstützung durch Spenden oder Solipartys, Verarbeitung von persönlichen Ängsten, Vorbereitung einer politischen Begleitung u. v. m. Diese Arbeit schafft nicht nur Unterstützung für die direkt Betroffenen, sie kann eine kollektive Antwort gegen die Vereinzelung sein, die Repression erzeugen will. Wer sich solidarisch zeigt, bricht nicht nur mit der Logik der Angst und Isolation, sondern schafft auch ein kollektives Bewusstsein für die politische Dimension der Angriffe.

Doch diese Arbeit darf sich nicht nur auf die direkte Unterstützung von Einzelnen beschränken. Antirepression wird erst dann wirksam, wenn sie Teil einer breiten Massenarbeit und Bestandteil unserer klassenkämpferischen Praxis wird. Wenn sie also die politischen Kämpfe verteidigt, an denen sich die Repression entzündet, Widersprüche sichtbar macht und zur Organisierung beiträgt.

Antirepressionsarbeit heißt deshalb auch immer, an den realen Kämpfen der Arbeiter:innenklasse, der Unterdrückten anzusetzen und sie dort gegen staatliche Angriffe zu verteidigen. Es geht darum, Repression nicht isoliert zu betrachten, sondern sie im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zu begreifen, die wir führen – ob auf der Straße, in Stadtteilen, Betrieben oder an den Unis.

Wenn wir zum Beispiel die Repression gegen die Budapest-Gefangenen in unsere antifaschistische Stadtteilarbeit integrieren, zeigen wir nicht nur Solidarität, sondern verteidigen militanten Antifaschismus als legitime Praxis, besonders in Zeiten des Erstarkens faschistischer Kräfte.

Oder wenn wir die Repression gegen palästinasolidarische Uni-Besetzungen politisch aufgreifen, dann geht es nicht nur um die juristische Verteidigung dieser Praxis, sondern darum, die deutsche Staatsräson und

den Genozid in Palästina in unseren Städten sichtbar zu machen, Angriffe auf politische Räume zurückzuweisen und neue zu schaffen.

In diesem Sinne heißt Antirepressionsarbeit auch, die politische Praxis fortzuführen und damit direkter Teil des Klassenkampfes für die Überwindung des Kapitalismus zu werden. Gleichzeitig bedeutet Repression in vielen Fällen auch einen Rückschlag. Durch Einschüchterung, finanzielle Herausforderungen oder Ohnmacht. Teilweise wird als Folge die eigene politische Praxis hinterfragt, reduziert oder ganz eingestellt.

Wenn wir darauf keine Antworten finden, dann hat der Staat sein Ziel erreicht. Dem entgegen können wir Repression auch als Gelegenheit verstehen, aus den Angriffen des Staates zu lernen. Denn vor allem in der Konfrontation mit dem Staat werden sein Klassencharakter und seine Funktionsweise sehr deutlich. Gerade deshalb kann Repression auch ein Untersuchungsfeld sein: Welche Interessen stehen hinter der Repression? Was verrät uns das Vorgehen über die Strategien der Gegenseite? Liefert der Fall neue Erkenntnisse über staatliche Taktiken, über gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, über den Umgang mit bestimmten Inhalten oder Organisierungsformen? All das können wir zum Anlasse nehmen, unsere eigene Einschätzung der Repressionsorgane zu vertiefen und unser Feindbewusstsein zu stärken.

Außerdem können wir Repression nutzen, um die eigene Praxis zu reflektieren. Waren wir gut vorbereitet? Haben wir Sicherheitsfragen ausreichend bedacht? Gab es organisatorische Schwächen, die verbessert werden können? Waren wir handlungsfähig? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen kann uns dabei helfen, unsere Praxis kontinuierlich zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Es geht dabei nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum unsere Strukturen anpassungsfähiger zu machen oder neue Handlungsfelder zu erschließen.

Zugleich ist wichtig: Repression wirkt nicht nach einem festen Schema, und es gibt keine universelle Antwort darauf. Sie ist nicht zwangsläufig Ausdruck eigener Versäumnisse oder mangelnder Vorbereitung. Oft agiert der Staat willkürlich, unverhältnismäßig oder gezielt eskalierend. Deshalb muss jede Repression konkret eingeschätzt und im jeweiligen Kontext beantwortet werden. Antirepressionsarbeit sollte sich dabei an den politischen Bedingungen und Notwendigkeiten orientieren.

Mit steigender Repression sollte Antirepressionsarbeit fester und alltäglicher Bestandteil unserer Strukturen werden, um mögliche Angriffe zu beantworten. Zukünftig kann es auch bedeuten, dass Organisationen dazu eigenständige Antirepressionsstrukturen aufbauen müssen.

Teil der Antirepressionsarbeit sind auch der internationale Kampftag am 18. März, der Tag der politischen Gefangenen oder die traditionellen Silversterspaziergänge um Knäste. In unserer Arbeit können wir sowohl auf nationale als auch auf internationale Erfahrungen zurückgreifen. Dazu gehören unter anderem die Rote Hilfe, das Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen, bestehende Solikreise oder die Rote Hilfe International, aber auch historische Beispiele wie die der Roten Hilfe Deutschlands der KPD.

Angenommen, mein politisches Kollektiv ist mit Repression konfrontiert, und wir haben bislang keine Erfahrung damit gemacht. Wie sähe Antirepressionsarbeit dann konkret für uns aus? Kannst du ein paar Beispiele dafür nennen welche verschiedenen Mittel und Wege wir haben?

Wir haben uns bereits mit verschiedenen Ebenen der Antirepressionsarbeit beschäftigt. Ich möchte gerne versuchen, im Folgenden eine Orientierungshilfe für unseren Umgang mit Repression zu geben. Diese kann Orientierung bieten, muss aber nicht in jedem Fall passen oder schematisch angewendet werden und hängt auch von dem Ausmaß der jeweiligen Repression ab.

Egal ob Strafverfahren im Nachgang von politischen Mobilisierungen, Polizeigewalt auf der Straße oder Hausdurchsuchungen. Zu Beginn ist wichtig, einen Überblick über die Repression zu bekommen:

- Wer wurde angegriffen, warum, und in welchem Moment?
- Was für ein Ausmaß hat die Repression?
- Gibt es unmittelbar etwas zu tun? Müssen beispielsweise Anwält:innen kontaktiert oder Gesa-Support organisiert werden? Muss jemand spezifisches informiert werden, wie die Eltern? Braucht es eine unmittelbare politische Reaktion?

Um Antworten auf die Repression zu finden, brauchen wir eine politische Einordnung der konkreten Repression:

- Welches Ziel verfolgt die Repression? Handelt es sich um einen Angriff auf eine politische Bewegung, Arbeitskämpfe, auf bestimmte Inhalte oder eine Aktionsform?
- Ordnet sich die Repression in eine (größere) Tendenz ein, wie z. B. gegen internationale Solidarität, Antifaschismus, Antimilitarismus? In welchem gesellschaftlichen Zusammenhang steht sie?

Für die weitere Antirepressionsarbeit ergeben sich verschiedene Notwendigkeiten. Sowohl in der politischen Beantwortung als auch mit den möglichen Auswirkungen der Repression

auf Einzelne und politische Organisationen.

- Wie wird der Angriff wahrgenommen?
- Wie geht es den Betroffenen und dem Umfeld?
- Hat die Repression zu Einschüchterung und Ohnmacht geführt?
- Was braucht es sowohl für die individuell Betroffenen als auch für das Kollektiv?

In der internen Auseinandersetzung können wir in der weiteren Arbeit zwischen den direkt Betroffenen und dem politischen Umfeld unterscheiden: Mit den Betroffenen kann es notwendig sein, Ängste, Ohnmachtsgefühle oder Verunsicherungen, die durch staatliche Repression ausgelöst werden, kollektiv aufzufangen. Zudem muss die Rolle der Betroffenen in der weiteren Arbeit diskutiert werden. Sollten mehrere Personen betroffen sein, kann es sinnvoll sein, ein Treffen der Betroffenen zu organisieren, um sich abzustimmen, auszutauschen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

Repression hat häufig auch Auswirkungen über die direkten Betroffenen hinaus. Deshalb ist es wichtig, die Repression im konkreten Fall zu diskutieren und zu bewerten. Dabei sollte das Bewusstsein für die Auswirkungen von Repression gestärkt werden. Zudem kann es notwendig sein, Grundlagen wie die rechtlichen Befugnisse von Polizei und Gerichten sowie unser Verhalten bei Demonstrationen, Polizeikontrollen, Strafverfahren und Hausdurchsuchungen zu vermitteln, ebenso wie das Prinzip der Aussageverweigerung.

Letztendlich muss es unser Ziel sein, die Repression politisch zu beantworten. Dazu können wir uns einige Fragen stellen, die uns helfen, Ziele zu definieren und unsere Arbeit darauf auszurichten:

- Welche Möglichkeiten haben wir, sowohl politisch, ideologisch, organisatorisch als auch rechtlich zu reagieren?
- Was wollen wir verteidigen und öffentlich vermitteln? Was setzen wir dem staatlichen Angriff entgegen? Was sind unsere Losungen?
- Wie können wir die Repression mit unserer aktuellen politischen Praxis verknüpfen?
- Wie können wir Solidarität über unsere Strukturen hinaus herstellen, z. B. in anderen Teilen der revolutionären Bewegung und in der Klasse?

Unsere praktischen Möglichkeiten sind dabei vielfältig: Öffentlichkeitskampagnen, Pressearbeit oder Social Media, politische Verteidigung vor Gericht, Veranstaltungen, Infostände, Soli-Aktionen, Bildungsarbeit, Demonstrationen, Blockaden oder das Markieren von verantwortlichen Institutionen. Unser Ziel sollte es sein, einen aktiven, offensiven Umgang mit der Repression zu haben. Gelingt uns das, verliert die Repression ihre Wirkung.

Kannst du Beispiele nennen, in denen Antirepressionsarbeit ihre Ziele erreichen konnte?

Ein historisches Beispiel gelungener Antirepressionsarbeit ist das Vorgehen des Kommunisten Georgi Dimitroff, der 1933 im Reichstagsbrandprozess mit vier weiteren Angeklagten, vor den faschistischen Gerichten stand. Die Anklage sollte den Brand des Reichstags vom 27. Februar 1933 zum Vorwand nehmen, um die Verfolgung kommunistischer Kräfte zu legitimieren und jede Form des Widerstands gegen den heraufziehenden Faschismus auszuschalten. Dimitroff drehte den Spieß um: Er verteidigte sich nicht nur juristisch, er entlarvte die Ankläger als Faschisten und machte den Gerichtssaal zur politischen Tribüne. In scharf geführten Wortgefechten stellte er führende Faschisten wie Hermann Göring bloß und brachte sie derart in Bedrängnis, dass unter anderem die anfängliche Live-Übertragung des Prozesses im Radio eingestellt wurde. Aus dem staatlichen Angriff auf Kommunist:innen wurde ein Gegenangriff.

International steht im 21. Jahrhundert Dimitris Koufontinas für eine ähnliche Haltung. Nach der Festnahme mehrerer Mitglieder seiner Organisation „17. November“ aus Griechenland trat er bewusst aus der Illegalität heraus, um die Geschichte der Organisation und ihre revolutionären Ziele offensiv zu verteidigen. Dafür sitzt er noch heute im Knast.

Diese Beispiele stehen stellvertretend für viele Revolutionär:innen, die über Jahre oder Jahrzehnte im Gefängnis sitzen oder sich in politischen Prozessen behaupten mussten. Was sie eint, ist nicht nur die Klarheit über ihre politischen Ziele, sondern auch die Entschlossenheit, diese trotz Repression aufrechtzuerhalten.

Wenn wir von diesen Revolutionär:innen lernen wollen, dann bedeutet das nicht, sie zu heroisieren, sondern ihre Haltung ernst zu nehmen. Es heißt, an der eigenen revolutionären Persönlichkeit zu arbeiten, sich mit den eigenen Grenzen auseinanderzusetzen und eine politische Standfestigkeit zu entwickeln. Denn in Momenten härtester Repression sind es vor allem Überzeugung, Klarheit und innere Entschlossenheit, die uns Kraft geben. Unsere Ziele zu kennen und zu wissen, warum wir bereit sind, sie zu verteidigen, ist keine abstrakte Frage, sondern eine praktische Notwendigkeit.

Auch aus jüngerer Vergangenheit gibt es einige Beispiele für gelungene Antirepressionsarbeit:

Ein Beispiel hierfür ist der Prozess gegen eine Schweizer Genossin vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona im Jahr 2021. Ihr wurde ein Angriff auf das türkische Generalkonsulat in Zürich vorgeworfen. Treibende Kraft im Prozess war der türkische Staat, der durch wiederholte Interventionen die Verhandlung vor dem Bundesstrafgericht erzwang. Während der erste Prozess von einer breiten, politisch geführten Kampagne begleitet wurde, u. a. mit Aktionen, Veranstaltungen und Solidaritätsbekundungen, entschied sich die Genossin in der Berufungsverhandlung, nicht auf der Anklagebank zu erscheinen. Stattdessen demonstrierte sie gemeinsam mit Genoss:innen zeitgleich zum geplanten Prozessauftakt vor dem türkischen Generalkonsulat in Zürich. Mit ihrer Entscheidung entschied sich die Genossin bewusst, die Solidarität mit Rojava und den revolutionären Kräften in der Türkei und in Kurdistan in den Fokus zu stellen.

Ein weiteres positives Beispiel ist die Antirepressionsarbeit zum sogenannten Wasen-Verfahren. Nach einer Auseinandersetzung mit Faschisten des rechten Betriebsprojekts „Zentrum“ am Rande einer Querdenken-Veranstaltung im Sommer 2020 folgte ein größerer Repressionsschlag in Baden-Württemberg. Dabei kam es zu insgesamt elf Hausdurchsuchungen, einer medialen Hetzjagd, einem monatelangen Prozess und den Urteilen zu viereinhalb und fünfeinhalb Jahren Haft. Ein zentrales Element der Antirepressionsarbeit war die Verteidigung des vorgeworfenen militanten Antifaschismus. Es gab bundesweite Solidaritätsaktionen, eine Spendenkampagne und politische Prozess- sowie Haftbegleitung. Zudem wurden innerhalb der antifaschistischen Bewegung Diskussionen zur Legitimität von militanter Praxis geführt. Zur Unterstützung der Inhaftierten fanden zwei Großdemonstrationen, Knastbesuche und Aktionen wie Feuerwerke an den Gefängnissen statt. Auch Farbaktionen gegen staatliche Akteur:innen und eine Bustour zu verschiedenen Knästen wurden organisiert. Damit ist es gelungen, auf verschiedenen Ebenen die Solidarität und politische Praxis über die Dauer des Verfahrens und der Haft zu organisieren.

Alle diese Beispiele zeigen in ihrer Unterschiedlichkeit: Ob wir uns von der Repression entmutigen lassen, oder ob wir einen offensiven Umgang finden, liegt in unserer Hand.

Leider gibt es ja nicht nur positive Beispiele, sondern auch Fälle, in denen die Arbeit gegen Repression hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Was sind typische Fallen in der Antirepressionsarbeit?

Eine häufige Falle besteht darin, dass sich Antirepressionsarbeit auf die linke Szene oder ein begrenztes soziales Umfeld beschränkt. Solidarität und die Beantwortung staatlicher Angriffe bleiben dann im engeren Zirkel, bei Freund:innen, Bekannten oder innerhalb der eigenen politischen Strukturen.

Eine weitere Falle besteht in der Reduktion von Antirepressionsarbeit auf juristische oder organisatorische Aspekte. Ein typisches Symptom davon ist z. B., den Prozess und den möglichen Verlauf nur Anwält:innen zu überlassen.

In beiden Fällen wird Antirepressionsarbeit auf einen Teilaspekt reduziert. Zwar können sowohl Verfahrensbegleitung und anwaltliche Unterstützung als auch die Solidarität aus dem eigenen politischen und sozialen Umfeld stabilisierend wirken. Doch ohne eine politische Einordnung und eine offensive sowie öffentlich sichtbare Auseinandersetzung mit der Repression, bleibt die Reaktion begrenzt.

Eine weitere Falle entsteht, wenn Antirepressionsarbeit dazu führt, zurückzuweichen, sich vor möglichen Konsequenzen zu ducken oder begonnen wird, Inhalte und Ausdrucksformen vorsorglich zu entschärfen. In dem Versuch, sich vor Angriffen zu schützen, wird damit der eigene Handlungsradius reduziert, die politische Klarheit verwässert und der staatlich vorgegebene Rahmen anerkannt. Besonders in repressiven Phasen zeigt sich eine solche Tendenz aus Angst vor weiterer Kriminalisierung. Das heißt nicht, dass wir nicht taktisch richtig vorgehen sollten. Im Gegenteil: Es bleibt wichtig, genau zu überlegen, was wir wann tun. Entscheidend ist jedoch, dass wir dabei selbst den politischen Maßstab setzen und uns an ihm orientieren.

Eine weitere typische Falle besteht darin, dass sich Antirepressionsarbeit als abgetrenntes Arbeitsfeld verselbstständigt und sich nur mit der Abwehr konkreter Repression beschäftigt. Das kann dazu führen, dass andere politische Aufgaben in den Hintergrund treten oder der Bezug zur revolutionären Gesamtstrategie verloren geht.

Allen genannten Fallstricken haben gemeinsam, dass Antirepression tendenziell entpolitisiert oder rein defensiv wird. Anstatt kollektive Stärke und strategische Handlungsfähigkeit zu entfalten, droht sie zur bloßen Schadensverwaltung zu werden. Ein ideologischer Hintergrund vieler dieser Fehlentwicklungen liegt darin, dass Repression oft nicht als integraler Bestandteil des Klassenkampfes verstanden wird, sondern als Ausnahmezustand, der bewältigt werden muss. Was fehlt, ist eine strategische Einordnung von Repression als Teil der Auseinandersetzung zwischen revolutionärer Politik und kapitalistischer Herrschaft und eine entsprechende Antwort darauf.

An verschiedenen Stellen hast du bereits Solidarität als wichtiges Element der Antirepressions-

arbeit genannt. Was genau bedeutet Solidarität in diesem Kontext und wie bleibt sie nicht nur ein schönes, aber leeres Wort?

Solidarität ist ein zentraler Grundpfeiler revolutionärer Praxis. Sie ist Ausdruck der Verbundenheit mit weltweiten Kämpfen und deren Errungenschaften, getragen von einem Vertrauen in die politische Organisierung und Praxis über Länder- und Organisationsgrenzen hinweg. Sie schafft gemeinsame Bezugspunkte und eine Kollektivität, ohne der kapitalistischen Logik der Verwertung, Ausbeutung und Konkurrenz unterworfen zu sein. Solidarität wird zur Keimform eines anderen gesellschaftlichen Miteinanders und damit selbst zu einem Teil des Kampfes der Klasse gegen die herrschende Ordnung.

Im Kontext von Antirepressionsarbeit bedeutet Solidarität, eine Front gegen die Repression des Kapitals zu bilden. Eine Front gegen alle Angriffe auf die Rechte und Errungenschaften der Arbeiter:innenklasse. Konkret bedeutet sie, zusammenzustehen und die Angriffe des Staates kollektiv zu beantworten. Sie ist ein Prüfstein dafür, ob wir in der Lage sind, über politische Unterschiede hinweg, weit verbreitetes Sektierertum und gruppenbezogenes Denken zu überwinden und uns in den entscheidenden Momenten nicht spalten zu lassen. Denn wenn Menschen kriminalisiert werden, weil sie sich gegen Ausbeutung, Unterdrückung oder den kapitalistischen Normalzustand stellen, dann muss unsere Antwort eine politische sein. Und diese Antwort heißt: Solidarität.

Solidarität darf dabei keine leere Worthülse sein. Solidarität muss sich konkret und praktisch in der Tat zeigen: Durch kontinuierliche politische Verteidigung angegriffener Projekte und Personen, durch gemeinsames Organisieren von Kampagnen, durch den Aufbau von Strukturen, die Repression nicht nur abwehren, sondern ihr langfristig etwas entgegensetzen. Zentraler Teil dieser Praxis ist auch, die politischen Gefangenen als Teil unserer eigenen Kämpfe zu begreifen und sich verantwortlich für ihre Freiheit und politische Geschichte zu fühlen.

Im Konkreten kann Solidarität heißen: Briefe an Gefangene schreiben, Solidaritätsbotschaften und Fotos veröffentlichen, Erklärungen und Stimmen der Betroffenen sichtbar machen oder Geld sammeln.

Die Bedeutung gerade von Solidarität mit politischen Gefangenen wird immer wieder hervorgehoben, was uns direkt zu einem weiteren Thema führt: Haftstrafen. Was ist ihre Besonderheit und wie sollten wir damit umgehen?

Eine der härtesten Formen staatlicher Repression in Deutschland ist heute nach wie vor die Haftstrafe. Der Knast steht dabei nicht nur für individuelle Strafe, sondern erfüllt eine grundlegende Funktion in der kapitalistischen Gesellschaft. Er dient der Sicherung und Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse – durch Abschreckung, Ausgrenzung und Konditionierung. Der Knast sperrt dafür all jene weg, die sich der kapitalistischen Ordnung entziehen, durch das gesellschaftliche Raster fallen oder im Fall politischer Gefangener die bestehenden Verhältnisse infrage stellen und verändern wollen. Der Knast ist ein Ort, an dem sich die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung in zugespitzter Form widerspiegelt: durch Isolation, Vereinzelung und Überwachung.

Für politische Gefangene bedeutet Haft dabei mehr als den bloßen Entzug der Freiheit. Sie sind in Haft mit permanenten Angriffen auf ihre Person und ihre politische Identität konfrontiert. Diese Angriffe zeigen sich ganz offen, z. B. durch Aussteigerprogramme, Gesprächsangebote durch das LKA, die gezielte Vorenthaltung politischer Zeitungen und Bücher oder das Einschränken von Besuchen. Sie wirken aber auch subtil, z. B. über Psycholog:innen, scheinbar „wohlwollende“ Betreuung oder vollzugslockernde Maßnahmen, die die Gefangene unter permanenten Druck setzen, ihre Überzeugungen infrage zu stellen. So kann beispielsweise schon die Aussicht auf mögliche Strafmilderung oder vorzeitige Entlassung, bewusst oder unbewusst, zu politischer Anpassung führen.

Und trotz alledem zeigen Genoss:innen immer wieder, dass auch unter diesen Bedingungen Widerstand möglich ist. Briefe aus den Gefängnissen, Kämpfe für bessere Haftbedingungen oder ein Hungerstreik, wie der von der antifaschistischen Person Maja gegen die Haftbedingungen in Ungarn, machen deutlich: Der Knast kann auch ein Ort sein, an dem politische Identität bewahrt und Solidarität aufgebaut wird. Das stärkt nicht nur die eigene politische Identität der Gefangenen und die Verbindung zu den Kämpfen draußen, auch innerhalb der Knastmauern hat das einen Effekt auf andere Gefangene.

Auch wenn derzeit wieder mehr Genoss:innen in deutschen Knästen sitzen, ist der Knast hierzulande, aktuell zumindest, kein aktives Kampffeld. Die Gefangenen sind oft isoliert, nicht eingebunden in kollektive Strukturen oder eine verbindende politische Praxis. Restriktive Haftbedingungen, Kontaktverbote und Überwachung erschweren zusätzlich den Aufbau von Gefangenenstrukturen.

Anders sieht es in Ländern mit starker revolutionärer Tradition aus. In der Türkei, in Palästina oder Italien war und ist der Knast nicht nur ein Ort der Repression, sondern auch ein Ort von Kämpfen, Aufständen und kollektiven Hungerstreiks. Die permanente Konfrontation mit Haft, die Vielzahl politischer Gefangener und

die militanten Bewegungen außerhalb der Mauern machten es möglich (und notwendig), Strukturen im Knast aufzubauen, die die Knäste als eigenes Kampffeld begreifen. Ferner gab es in der Geschichte der BRD nicht nur zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sondern auch mit der bewaffnet kämpfenden Bewegung Ansätze, politische Kollektivität hinter Gittern zu entwickeln, jedoch unter enormem Druck, Isolation und brutaler Repression.

Heute stehen wir vor der Herausforderung, mit der Realität von Haftstrafen und der Abschreckung, die sie erzeugt, umzugehen, ohne in Passivität zu verfallen oder uns bzw. unsere Genoss:innen brechen zu lassen. Ein zentraler Anknüpfungspunkt dafür sind die Gefangenen, die aktuell in den deutschen Knästen sitzen. Die Tatsache ihrer Inhaftierung und ihre Erfahrungen, machen den Knast als Repressionsinstrument greifbar und fordern uns dazu auf, uns konkret mit Fragen von Solidarität, ihrer Weiterentwicklung und der Einbindung in unsere Kämpfe auseinanderzusetzen.

Dazu gehört, den Gefangenen eine Stimme zu geben, ihre Perspektiven und Beiträge zu verbreitern und sie politisch teilhaben zu lassen, z. B. durch Grußworte oder die Beteiligung an Diskussionen. Aber auch durch Solidaritätsaktionen oder Feuerwerke, die zeigen, dass sie nicht alleine und vergessen sind.

Wichtig ist zudem, die Realität der Gefangenen in unsere politische Arbeit einfließen zu lassen. Ihre Kämpfe aufzugreifen, zu veröffentlichen und weiterzudenken. Das setzt voraus, dass wir mit den Gefangenen über ihre Rolle als politische Gefangene und über gemeinsame Aufgaben sprechen. Gerade angesichts der Isolation des Knastes hat das eine große Bedeutung. Dabei geht es auch um die Stärkung ihrer politischen Identität und das Aufrechterhalten revolutionärer Perspektiven – drinnen wie draußen. Auch Briefe, Texte und Berichte von ehemaligen Gefangenen und internationalen Erfahrungen bieten wertvolle Einblicke, wie sie mit Repression umgegangen sind.

All das trägt dazu bei, den Knast zu entmystifizieren, ihn aus der Tabuzone zu holen und ihn als ein politisches Feld zu begreifen, das aktiv gestaltet und gemeinsam mit den Erfahrungen der Gefangenen weiterentwickelt werden muss. Nur wenn wir ihn als solchen begreifen, können wir die Bedingungen verstehen, unter denen politische Gefangene kämpfen, und selbst konkrete Schritte in der Auseinandersetzung mit Haft und Repression unternehmen.

Einige Genoss:innen haben sich eine gewisse Zeit erfolgreich ihrer Haftstrafen entzogen. Welche Rolle spielt das sogenannte Untertauchen in Bezug auf den Umgang mit Repression?

Genoss:innen wie Daniela Klette, die Beschuldigten im Budapest-Verfahren oder Yan zeigen, dass es selbst in einem Zentrum des Imperialismus möglich ist, unterzutauchen und dem Repressionsapparat die Stirn zu bieten. Diese Entscheidung ist individuell unterschiedlich motiviert. Sie kann Schutz vor Haft sein oder der Wunsch, politisch draußen weiter aktiv zu bleiben und daraus eine Perspektive zu entwickeln. Aber mit all ihren Konsequenzen ist das Untertauchen immer auch Ausdruck einer politischen Haltung, die der bürgerlichen Herrschaft bzw. seinem Repressionssystem ihre Legitimität abspricht.

Untertauchen bedeutet nicht zwangsläufig Rückzug oder politische Passivität. Nur weil Menschen untertauchen, heißt das nicht, dass sie nicht weiterhin Teil einer Bewegung und politischer Auseinandersetzungen sein können. Auch wenn die Handlungsmöglichkeiten verändert sind, gibt es Beispiele, wie Genoss:innen weiterhin politisch wirken, z. B. durch Texte und Beiträge zu Debatten. Die Statements von Burkhard Garweg oder Kommentare von Untergetauchten zu politischen Ereignissen sind Beispiele dafür.

Darüber hinaus zeigt auch ein internationaler Blick, dass das Leben in der Illegalität als eigenständiges Kampffeld verstanden werden kann. So wurden in verschiedenen Kontexten aus der Illegalität heraus eigenständig die Organisationsinfrastrukturen aufrechterhalten oder neue Kampfformen entwickelt.

Es gehört ebenfalls zu unseren Aufgaben die Solidarität mit untergetauchten Genoss:innen aufzubauen. Zum Beispiel durch politische Auseinandersetzungen über die Legitimität ihrer Entscheidung oder durch materielle Unterstützung wie Spendensammlungen. Veröffentlichungen wie „Ich vermisse euch wie Sau“, die Erklärung zum Untertauchen von „Yan“ oder Beiträge des „Arbeitskreises Untergrund“ bieten hier wichtige Ausgangspunkte für eine Auseinandersetzung. Wenn wir über Repression, Haft und Untertauchen sprechen, darf es nicht darum gehen, unterschiedliche Erfahrungen oder Entscheidungen gegeneinanderzustellen. Sowohl der Knast als auch der Untergrund sind Felder, in denen – trotz völlig unterschiedlicher Bedingungen – Kämpfe geführt wurden und werden. Entscheidend ist, dass wir beides – Gefangenschaft und Untertauchen – nicht als individuelle Belange betrachten, sondern als Teil einer umfassenden politischen Konfrontation mit dem Staat und einer politischen Auseinandersetzung mit Repression.

Grundsätzlich müssen wir auch beachten, dass die Bedingungen und Grenzen zwischen Legalität und Illegalität nicht von uns, sondern vom Staat bestimmt werden, der sie jederzeit bei Bedarf ändern kann. Welche politische Praxis als „legal“ gilt bzw. toleriert wird, ist auf der einen

Seite eine Frage der Kräfteverhältnisse und auf der anderen der Interessen der Herrschenden. Revolutionäre Bewegungen werden früher oder später immer mit dieser Grenze konfrontiert sein, wenn sie eine andere Gesellschaft durchsetzen wollen. Deshalb kann die Frage nicht lauten, ob unsere Politik legal oder illegal sein wird, sondern: Wie gehen wir damit um, wenn der Staat unsere Praxis illegalisiert? Und: Wie halten wir uns offen, auf diese Situationen angemessen zu reagieren? Es geht darum, die Maßstäbe für die eigene Praxis und Organisierung an den selbst definierten Notwendigkeiten auszurichten und die Bewertung von Illegalität im Verhältnis zur jeweiligen Phase zu verstehen. Dabei sind weder legale noch illegale Organisierungsformen per se „besser“ oder „schlechter“. Sie stellen taktische Entscheidungen dar, die sich an der jeweiligen Phase, dem Kräfteverhältnis und den politischen Zielsetzungen orientieren.

Können wir uns als Revolutionär:innen auch vor Repression schützen? Wenn ja, wie?

Ja – und wir müssen es sogar. Der Schutz vor Repression beginnt beim Individuum durch unser eigenes Bewusstsein und Standfestigkeit, sich nicht durch Angst, Rückzug oder Vereinzelung lähmen zu lassen, und durch die konsequente Umsetzung von Sicherheitsstandards im eigenen Handeln.

Ein zentrales Element dabei ist ein klares Feindbewusstsein. Denn wer die Interessen, Methoden und Ziele des Staates nicht versteht, bleibt blind für seine Angriffe. Nur wer weiß, gegen wen und wofür gekämpft wird, kann sein Handeln danach ausrichten. Feindbewusstsein schärft die Sinne, stärkt die eigene politische Klarheit und unsere Handlungsfähigkeit.

Für unsere Strukturen bedeutete das: Wenn wir den Anspruch einer revolutionären Organisierung ernst nehmen, müssen wir die staatliche Repression von Anfang an als Teil des politischen Prozesses mitdenken und als dauerhafte Bedingung einkalkulieren. Der Schutz unserer Strukturen darf sich nicht nur an der aktuellen Bedrohungslage orientieren, sondern muss auch mögliche künftige Angriffe voraussehen. Entsprechend ist es immer auch notwendig, sich bereits jetzt auf mögliche Verbote oder Versuche der Kriminalisierung von Strukturen, Inhalten und Aktionsformen einzustellen. Schutz kann dabei viele Formen annehmen. Er bedeutet, konspirative Arbeitsweisen zu kennen und gezielt anzuwenden, umfasst technische Sicherheit durch Verschlüsselung, sichere Kommunikation und kollektive Verwaltung von Zugängen für Accounts, Homepage oder Daten, um zu verhindern, dass Wissen und Verantwortung bei Einzelpersonen konzentriert sind und im Falle von Repression verloren gehen. Schutz kann auch bedeuten, rechtliche und legale Räume – etwa durch die Nutzung und Gründung offizieller Strukturen wie bürgerlichen Vereinen und Co. – bewusst zu nutzen, ohne sich von ihnen abhängig zu machen. Ebenso wichtig ist es, die interne Organisation so zu gestalten, dass im Falle von Kriminalisierung nicht alle Funktionen und Personen offengelegt werden können.

Es gibt jedoch keine einheitliche Schablone. Jede Schutzmaßnahme muss im Kontext der jeweiligen politischen Bedingungen, gesellschaftlichen Verhältnisse und historischen Zeit diskutiert und an die realen Notwendigkeiten angepasst werden. Entscheidend sind Flexibilität und die Fähigkeit, auf Veränderungen zu reagieren.

Unser Schutz muss sich aber nicht nur technisch und organisatorisch, sondern vor allem politisch ausdrücken. Eine Organisation, die Teil von konkreten Kämpfen, in der Klasse verankert ist und für ihre Ziele Unterstützung erfährt, ist weniger angreifbar als eine isolierte Gruppe. Schutz entsteht auch dort, wo Menschen bereit sind, Strukturen zu verteidigen, selbst wenn sie ihnen nicht direkt angehören – weil sie sich mit den Zielen und dem politischen Projekt verbunden fühlen.

Wie kann uns diese Arbeit für die anstehenden Krisen und Klassenkämpfe helfen?

Ich habe an verschiedenen Stellen schon erwähnt, dass Repression ein fester Bestandteil des kapitalistischen Systems sowohl historisch als auch aktuell ist. Mit der Zuspitzung der kapitalistischen Krise und der Intensivierung der Klassenkämpfe ist eine Verstärkung der Repression zu erwarten. Wer den Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen anstrebt, muss sich dieser ständigen Bedrohung stellen. Repression ist eine konstante Bedingung jeder revolutionären Auseinandersetzung.

Antirepressionsarbeit ist deshalb Grundvoraussetzung langfristiger Organisierung und erfolgreicher Kämpfe. Sie trägt dazu bei, die notwendige Kontinuität im politischen Aufbau trotz staatlicher Angriffe, Einschüchterung und Rückschlägen zu wahren.

Wenn wir Antirepressionsarbeit als Teil des Klassenkampfs und der Organisierung im Kampf gegen den Kapitalismus verstehen und entsprechende Antworten darauf finden, können wir der wachsenden Repression offensiv entgegentreten. Die gewonnenen Erfahrungen festigen uns und können zur Flexibilität sowohl im Umgang mit gegenwärtigen als auch mit zukünftigen politischen Auseinandersetzungen beitragen. Und sie sind Voraussetzungen um in Zeiten zunehmend intensiver Klassenauseinandersetzungen und Krisen anpassungsfähig zu bleiben.

Danke für das Gespräch!

Wie kriegstüchtig ist Deutschland?

Die weltweiten Rüstungsausgaben sind in den vergangenen Jahren massiv in die Höhe geschossen. Es sind neue regionale Kriege entstanden und die Herrschaftsansprüche der verschiedenen Imperialisten äußern sich immer häufiger in direkten militärischen Konfrontationen.

Mittendrin, als eine der führenden imperialistischen Mächte, befindet sich Deutschland. Das deutsche Kapital steht mit seinem Staatsapparat nun vor der Herausforderung, in einer sich immer schneller verändernden Weltlage, neue Wege zu finden, um seine Machtposition im imperialistischen Weltsystem auszuweiten oder zumindest beizubehalten.

Im besonderen Fokus steht für den deutschen Imperialismus dabei die Rückkehr zum alten Glanz einer großen militärischen Macht. Der sich nicht mehr im Windschatten der USA verstecken muss oder droht vom französischen Imperialismus eingehegt zu werden.

In diesem Text wollen wir uns also mit der Frage beschäftigen, vor welchen konkreten Herausforderungen und Fragen der deutsche Imperialismus aktuell und in Zukunft stehen wird, um sich auf die Neuaufteilung der Welt vorzubereiten. Sowie welche Aufgaben und nächsten Schritte sich daraus für uns als Arbeiter:innenklasse, revolutionäre und kommunistische Bewegung ergeben. Außerdem wollen wir einen gerafften Überblick über die aktuelle Militarisierung in Deutschland geben.

Darüber hinaus wollen wir uns der Frage der Kriegswirtschaft und der Wehrpflicht widmen. Seit den Milliardeninvestitionen in die Rüstungsindustrie wird der Begriff der Kriegswirtschaft wild umher geworfen. Wir wollen versuchen uns ein genaueres Bild zu verschaffen, was eine Kriegswirtschaft eigentlich ist und anhand dessen herleiten, ob sich Deutschland in einer Kriegswirtschaft befindet.

Und auch zu einer der brennendsten Fragen der bürgerlichen Politik sowie der revolutionären und Antikriegsbewegung wollen wir Stellung beziehen: Welche Haltung nehmen wir als Kommunist:innen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht ein?

Das imperialistische Weltsystem und die Gesetzmäßigkeit von Kriegen

Die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten lassen sich nur richtig verstehen, wenn man ihre ökonomischen Grundlagen, das heißt die fundamentalen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem imperialistischen Stadium, berücksichtigt. Wir werden hier jedoch nur eine Zusammenfassung dessen und keine erschöpfende Ausführung geben können.

Der russische Kommunist Wladimir I. Lenin hat in seiner grundlegenden Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“[1] herausgearbeitet, dass der Kapitalismus mit dem Übergang zum 20. Jahrhundert eine qualitativ neue Stufe erreicht hat. Diese ist gekennzeichnet durch die Herausbildung von kapitalistischen Monopolen, welche die gesamte Produktion und das Kapital eines Landes beziehungsweise ganzer Weltregionen kontrollieren und auf dieser Grundlage die Märkte unter sich aufteilen.

Im kapitalistischen Konkurrenzkampf gehen dabei immer wieder kapitalistische Unternehmen unter und deren Kapital wird sich dann von den größeren und stärkeren Monopolen angeeignet. Wird eine Reihe von Monopolen im Verlauf der Entwicklung der kapitalistischen Reproduktion geschwächt und gewinnen andere Monopole an Stärke, kommt es früher oder später zu einer Neuverteilung der Ressourcen, der Produktion und der Märkte.

Auf der Ebene der Staaten findet dieser Kampf um die Neuverteilung der kapitalistischen Produktion und der Märkte seine Entsprechung im Kampf um Territorien, um die politische und militärische Kontrolle über Volkswirtschaften, Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Arbeitsmärkte und geostrategisch bedeutsame Gebiete und Infrastruktur – wie z. B. Meereszugänge, Häfen, Handelswege und Pipelines.

Die Monopole und die ihnen untergeordneten Nationalstaaten unterliegen dabei einer ungleichmäßigen ökonomischen, politischen und militärischen Entwicklung. Gewinnen einige imperialistische Staaten also an Stärke gegenüber ihren Konkurrenten, setzen diese ab einem bestimmten Punkt einen Kampf um die Neuaufteilung bestimmter Weltregionen auf die Tagesordnung.

Militärische Kriege sind im Imperialismus also Dauerzustand. Das heißt, imperialistische Kriege treten nicht etwa auf, nur weil der Präsident eines Landes machtgierig oder wahnsinnig geworden ist. Sie sind vielmehr die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen – nämlich militärischen – Mitteln.[2] Kriege sind dabei also nicht vor allem das Ergebnis besonders imperialistischer Politik einiger weniger Staaten, sondern ergeben sich aus den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten und Umständen des imperialistischen Weltsystems.

Diese Gesetzmäßigkeit von Kriegen im Imperialismus besteht seit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium und gilt bis heute unverändert Das zeigt sich

1 | Lenin, Wladimir I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW Bd. 22 S. 191-309.

2 | Vgl. Von Clausewitz, Carl (1832/43): Vom Kriege, Berlin, O. Corff, 2010.

auch an den zahlreichen imperialistischen Kriegen der letzten Jahrzehnte.

Unter welchen Bedingungen rüstet Deutschland auf?

Wir erleben heute eine Phase der Vorbereitung der kriegerischen Neuaufteilung des imperialistischen Weltsystems. Prägend hierfür ist der Kampf um die Welthegemonie zwischen den USA und ihrem größten Rivalen China. Das Säbelrasseln zwischen den Großmächten erlaubt es derweil Regionalmächten, entstehende Machtlücken zu füllen und ihren eigenen Einflussbereich auszuweiten.

Auf ökonomischem Gebiet spitzt sich der Hegemonialkampf zwischen den USA und China zu. Allgemein findet eine weitreichende Neuordnung von Lieferketten statt, bei der auch der deutsche Imperialismus darauf abzielt, wirtschaftliche Abhängigkeiten von Ländern abzubauen, mit denen man sich in ein paar Jahren auf dem Schlachtfeld gegenüber stehen könnte. Ganz entflechten lassen sich diese im Imperialismus jedoch nicht.

Auch auf politischer Ebene fordert die Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche ihren Tribut. Regierungskrisen in verschiedenen imperialistischen Ländern, der wachsende gesellschaftliche Einfluss durch reaktionäre bis offen faschistische Kräfte sowie ihr Einzug in führende Regierungspositionen sind Ausdruck davon. Grundlage hierfür ist die Tatsache, dass es im sich verschärfenden imperialistischen Konkurrenzkampf immer weniger Spielräume für politische und ökonomische Zugeständnisse an die Arbeiter:innenklasse gibt. Die Interessen der Herrschenden müssen also zunehmend mit offener Konfrontation und Gewalt umgesetzt werden. Die Monopolbourgeoisie setzt daher verstärkt auf aggressivere Stimmen, die die Aufrüstung nach innen wie nach außen vorantreiben.

Die sich laufend verändernden Kräfteverhältnisse drängen auf eine Neuaufteilung der Welt. Während es aktuell müßig erscheint, über den genauen Zeitpunkt eines möglichen Dritten Weltkriegs zu spekulieren, ist es faktisch so, dass die Vorbereitungen dafür auf Hochtouren laufen. Dass man auf eine direkte Konfrontation in wenigen Jahren vorbereitet sein müsse, sagen sowohl NATO-Offizielle als auch russische und chinesische Militärs.

Die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Widersprüche zwingt den deutschen Imperialismus, seine Geostrategie zu aktualisieren. Der Beginn des Ukrainekriegs 2022 markiert das Ende des Geschäftsmodells, das der deutsche Imperialismus zuvor jahrzehntelang verfolgt hatte. Dieses basierte darauf, im Windschatten der USA, die Deutschland militärisch und außenpolitisch den Rücken freihielt, zu einer wirtschaftlichen und politischen Macht in Europa zu werden. Und dabei zusätzlich eine intensive wirtschaftliche Beziehung zu imperialistischen Konkurrenten wie Russland und China zu pflegen. Als Exportnation mit einer starken Industrie, die jedoch nur über begrenzte eigene fossile Rohstoffe verfügt, sind weitreichende Handelsbeziehungen von entscheidender Bedeutung für Deutschland. Schon das Wegbrechen der Gaslieferungen aus Russland in Folge des Ukrainekrieges war ein schwerer Schlag für die deutsche Wirtschaft.

In einer Welt, in der ein neuer Verteilungskrieg vorbereitet wird, Lieferketten neu geordnet werden und die Kräfteverhältnisse und Zusammensetzungen der verschiedenen imperialistische Lager sich verschieben, ist das deutsche Geschäftsmodell der vergangenen Jahrzehnte nicht mehr tragfähig. Die Konsequenz: Deutschland kann sich in Zukunft nicht mehr darauf verlassen, sich im Windschatten der USA aufzubauen. Stattdessen muss es der BRD gelingen, politisch, ökonomisch und militärisch zu einer eigenständigen führenden Macht zu werden, um im imperialistischen Konkurrenzkampf nicht zerrieben zu werden und einem Abstieg in der Liga der imperialistischen Mächte zu entgehen.

Militarisierung in Deutschland – Ein Überblick

Wenn wir heute vom „deutschen Militarismus“ oder der Militarisierung der Gesellschaft sprechen, dann meinen wir damit weit aus mehr als die reine Aufrüstung der Bundeswehr oder höhere Rüstungsexporte. Der KPD-Mitgründer und Antimilitarist Karl Liebknecht beschrieb den Militarismus als ein *„über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halbmilitaristischer Einrichtungen [...] ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste“*.[3]

Es geht also darum, das gesamte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben vollkommen den Bedürfnissen des Krieges und seiner Vorbereitung unterzuordnen. Das reicht von der Wiedereinführung der Wehrpflicht bis hin zum Dönerpapier mit Camouflagemuster und Bundeswehrlogo-Aufdruck.[4]

In unserer Ausführung über die Entwicklung des deutschen Imperialismus[5] haben wir bereits festgestellt,

3 | Liebknecht, Karl (1907): Militarismus und Antimilitarismus, https://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknechtk/1907/mil-antimil/.

4 | https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kampagne-des-verteidigungsministeriums-auch-in-stuttgart-bundeswehr-werbung-auf-dem-doenerpapier-das-steckt-dahinter.3d07222f-2ebe-4080-8626-cc04b88f4426.html

5 | Die Entwicklung des deutschen Imperialismus, Klassenkampf #3 (2025), Klassenbildung.

dass sich die militärische Stärke eines Landes nicht alleine anhand ihres Waffenarsenals, sondern vor allem an seiner ökonomischen Stärke und der Festigkeit des Gesellschaftssystems messen lässt. Auf diese beiden Faktoren werden wir später nochmal zurückkommen. Zuerst wollen wir jedoch anhand einiger konkreter Daten und Fakten darstellen, wie der deutsche Staat militärisch aufgestellt ist.

Deutschlands Militär

2024 umfasste die Bundeswehr 181.570 Personen im militärischen und 81.731 im zivilen Bereich. Die Soldat:innen bestehen aus Soldat:innen auf Zeit, Berufssoldat:innen, freiwillig Wehrdienstleistenden und freiwillig Wehrdienstleistenden im Heimatschutz. Erstere machen mit ca. 113.000 die größte Gruppe aus. Etwas mehr als 13 Prozent der Soldat:innen sind dabei Frauen.[6]

Die Bundeswehr ist aktuell mit insgesamt 926 Soldat:innen unter anderem in Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, im Mittelmeer und Roten Meer, Jordanien, dem Irak, der Westsahara, dem Südsudan und weiteren Ländern vertreten, um dort wirtschaftliche und politische Kapitalinteressen durchzusetzen.

Über die genaue und aktuelle Ausstattung der Bundeswehr und ihre Waffensysteme ist wenig öffentlich bekannt, da diese bewusst geheim bleiben, um ihre Stärke schwieriger einschätzen zu können. Mit den aktuellen Bestellungen pro Jahr bräuchte es jedoch noch mehrere Jahrzehnte, um wieder auf dem Stand von 2004 zu kommen.

So lag z. B. der Bestand an Kampfpanzern der Bundeswehr im Jahr 2021 bei 339, während er 2004 noch bei 2.398 lag. Zugleich wurden zwischen Februar 2022 und Juli 2024 im Durchschnitt jährlich 49,2 Panzer bestellt. Damit könnte ohne Abgabe, Ausmusterung oder Verlust von Panzern erst im Jahr 2038 der Bestand von 2004 wieder erreicht werden. Im Vergleich dazu verfügt das russische Militär nach Schätzungen über rund 5.750 Kampfpanzer und produziert laut dem Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) jährlich rund 1.500 Panzer.[7] Der deutliche Ausbau der deutschen Rüstungsindustrie zeigt aber den Willen, diesen Prozess zu beschleunigen.

Zum Zweck der Kriegsvorbereitung wurde im April 2024 zudem mit der Umstrukturierung der Bundeswehr begonnen. Mit dem „Osnabrücker Erlass“ wurden dafür die Grundsätze festgelegt. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) schreibt dazu: *„Mit den Anfang April beschlossenen Strukturänderungen fokussiert sich der Geschäftsbereich des BMVg wieder auf eine zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung.“* Hinzu kam zudem die vierte Teilstreitkraft „Cyber- und Informationsraum“ neben Heer, Marine und Luftwaffe und eine Straffung und Zentralisierung der obersten Führungsebene der Bundeswehr: Das Einsatzführungskommando und das Territoriale Führungskommando wurden zusammengelegt und alle Bundeswehreinsätze im In- und Ausland wurden der Operativen Führung unterstellt. Auch der Nationale Sicherheitsrat (NSR) reiht sich in die Tendenz ein, Kompetenzen und die Entscheidungsfindung in Fragen der Sicherheitspolitik stärker zu zentralisieren und „arbeitsfähiger“ zu machen. Der Nationale Sicherheitsrat ist direkt dem Kanzleramt unterstellt und setzt sich aus dem Bundeskanzler, den Ministerien der Außen- und Innenpolitik, Wirtschaft und Verteidigung, dem Generalinspekteur der Bundeswehr und den Präsidenten der deutschen Geheimdienste, des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei zusammen.[8]

Sowohl die Rolle von Drohnen als auch die der Raumfahrt gewinnen derweil massiv an militärstrategischer Bedeutung. Die moderne Kriegsführung ist heute ohne die Überwachungsfähigkeiten und Informationsbeschaffung von Weltraumsatelliten und ihre potenzielle Bewaffnung oder den Einsatz billig produzierter aber effizienter Drohnensysteme kaum vorstellbar.

Während die Funktion deutscher Drohnen in der Vergangenheit vor allem auf ihre Anwendung im Aufklärungsbereich beschränkt waren, geht der Tenor – insbesondere seit der gestiegenen Relevanz von Drohnen im Ukrainekrieg – dahin, den Anwendungsbereich auf bewaffnete Systeme auszuweiten. Darin soll auch die neue Eurodrohne eine Rolle spielen, insbesondere um im Bereich moderner und bewaffnungsfähiger Drohnen zu anderen Staaten wie Israel, USA, Frankreich oder der Türkei aufzuholen.

Die technologischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen für den Bau moderner Drohnensysteme stellen für die deutsche Rüstungsindustrie kein Problem dar. Darüber hinaus ist Deutschland seit Februar 2022 der wichtigste Partner der Ukraine im Bereich der Drohnentechnologie. Diese enge Partnerschaft ermöglicht es Deutschland, die Kampferfahrungen an der ukrainisch-russischen Front zu analysieren und auszuwerten und aufbauend darauf Verbesserungen für die eigenen Drohnensysteme vorzunehmen ohne selbst den Zoll dafür zahlen zu müssen. Darüber hinaus sollen mehrere Milliarden in ein europäisches Drohnen-Abwehrsystem für die EU-Ostflanke gesteckt werden, um sich strategisch gegen

6 | Bundesministerium der Verteidigung, Stand: 31.07.2025: https://www.bundeswehr.de/de/organisation/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr

7 | Kriegstüchtig in Jahrzehnten: Europas und Deutschlands langsame Aufrüstung gegenüber Russland (2024), Kiel Institut für Weltwirtschaft: https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/1bcebf8c-84e8-4f3d-a7d3-1793b3ba9850-Kiel_Report_Nr_1.pdf

8 | https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-sicherheitsrat-2381492

russische Drohnen besser wehren zu können.[9]

Autonome und vernetzte Waffensystemen (z. B. mithilfe Künstlicher Intelligenz und Drohnen) nehmen schon heute eine besondere Rolle in der modernen Kriegsführung ein. In Zukunft wird der deutsche Imperialismus hier mit der weiteren technologischen Entwicklung mithalten müssen. Dafür werden auch die Forschungsgebiete der Universitäten zunehmend auf diese Bereiche ausgerichtet werden.

Was den Weltraum als militärisches Kampffeld angeht, war Deutschland bei seinen Satellitensystemen lange Zeit von den USA abhängig. Aktuell verfügt die Bundeswehr über zwei Kommunikationssatelliten (ComSatBw) und fünf Aufklärungssatelliten (SAR-Lupe) und ist zum Großteil noch auf bodenstationäre Systeme angewiesen. Diese sind aber gerade im Kriegsfall einfache Ziele. Für die Kriegsführung sind diese Systeme also keineswegs ausreichend. Bis 2029 soll deswegen der Aufbau einer eigenen deutschen Satellitenkonstellation von mehreren hunderten Satelliten aufgebaut werden – eine bewusste Entscheidung gegen das europäische Iris2-Projekt, dass der Bundesregierung zu lange dauert und auch dann nur teilweise militärisch nutzbar wäre. Doch selbst ein eigenes deutsches Satellitensystem mit mehreren hunderten Satelliten wäre im Vergleich zu den über 7.000 Satelliten von Elon Musks Starlink-System und auch dem französischen Eutelsat als führender Satellitenbetreiber in Europa mit 700 Satelliten nur ein kleiner Anfang.

Während der deutsche Imperialismus also aktuell im Gegensatz zu seinen direkten Konkurrenten noch viel aufzuholen hat, nutzt er diese Situation auch bewusst aus, um die Beschaffung neuer Ausrüstung für die Bundeswehr zu begründen: Hubschrauber, die nicht fliegen, Panzer, die bei Übungen ausfallen, Gewehre die bei Hitze schlecht schießen. Während einige dieser Schlagzeilen auch einen wahren Kern hatten, müssen wir das Narrativ einer Bundeswehr, die nicht einsatzfähig wäre oder ausschließlich mit Schrott ausgestattet ist, klar verneinen und als Propaganda entlarven.

Der Bundeswehr mangelt es an Panzern, Munition, Personal und Geld – zumindest in dem Sinne, um die imperialistischen Interessen Deutschlands in einem konventionellen Krieg umsetzen zu können. Dennoch ist das Militärgerät, was Deutschland besitzt, teilweise auf Spitzenniveau und in bestimmten Bereichen ist Deutschland sogar Vorreiter.

So gilt der „Leopard 2“, das deutsche Standardpanzermodell, im internationalen Vergleich als einer der besten Kampfpanzer und wird sogar oft als Maßstab für moderne Panzer betrachtet. Und auch die im Rahmen des Ukrainekrieges viel diskutierte und sehr umstrittene Taurusrakete ist einer der modernsten Flugkörper der Luftwaffe und stellt selbst seine französischen und britischen Pendants in Sachen Reichweite und Sprengkraft in den Schatten.

Keine Atommacht

Ein wichtiger Aspekt für die militärische Stärke eines imperialistischen Landes im 21. Jahrhundert ist der Besitz von Atomwaffen und die Fähigkeit, diese einzusetzen. Die bürgerliche Politik und Militärwissenschaft schreiben dabei Nuklearwaffen ein fast „mystisches“ Abschreckungspotenzial zu. Begründet wird das mit der atomaren Zweitschlagfähigkeit, also der Fähigkeit eines Staates, nach einem gegnerischen Atomangriff mit einem eigenen Nuklearangriff zu reagieren. Ein Atombombenangriff bietet in diesem Patt also keine Garantie für einen Sieg. Das bezieht sich auf den Einsatz strategischer Atomwaffen. Diese können eine Strecke von mehr als 5.500 Kilometer zurücklegen und werden nicht im direkten Gefecht eingesetzt. Taktische Atomwaffen haben eine geringere Sprengkraft, von der Zerstörungskraft her liegen sie dennoch direkt hinter ihrem großen Bruder. Taktische Atomwaffen können wie konventionelle Waffen auf dem Schlachtfeld eingesetzt werden, um militärische Ziele zu zerstören.

Klar ist aber, dass weder der Einsatz von taktischen noch strategischen Nuklearwaffen gegen andere Atommächte noch ihr Einsatz im Allgemeinen dadurch einfach ausgeschlossen werden können. In erster Linie stellen sie zwar eine strategische Abschreckung dar und gleichzeitig können sie mit ihrer enormen Zerstörungskraft auch einen ganz konkreten Nutzen im Kriegsgefecht haben.

Deutschland ist im Gegensatz zu vielen anderen Großmächten nicht im Besitz von Atomwaffen.[10] Gleichzeitig ist Deutschland Teil der „Nuklearstrategie“ der NATO. Dadurch befinden sich amerikanische Atomwaffen in Deutschland. Deutschland kann über diese aber nicht eigenständig verfügen und mit der kontinuierlichen Drohung Trumps, die EU im Falle eines Angriffs alleine stehen zu lassen, macht sich auch für Deutschland die Frage nach einer eigenen atomaren Bewaffnung wieder auf.

Expert:innen gehen heute davon aus, dass der Bau einer Atombombe für Deutschland technisch möglich wäre. Nur der Bau einer Atombombe reicht allerdings nicht aus, sondern Deutschland müsste auch die Möglichkeiten schaffen, diese einsetzen zu können.

Bautechnisch wäre der simpelste Weg vermutlich der Quasi-Nachbau der Hiroshima-Bombe. Dieser

9 | Vgl. „Nachgefragt: Drohnen als Teil der Kriegsführung“, Bundeswehr: https://www.youtube.com/watch?v=W3B9Ia-OjwW4

10 | Anzahl an Atomwaffen je Land: Russland 5.580, USA 5.328, China 500, Frankreich 290, Großbritannien 225, Indien 172, Pakistan 170, Israel 90 und Nordkorea 50. Stockholm International Peace Institut (SIPRI), Jahresbuch 2025.

Bombentyp kann recht einfach konstruiert werden, da er auf spezielle Elektronik verzichtet. Er wird heute allerdings kaum genutzt, weil seine Sprengkraft geringer ist als die moderner Typen. Außerdem ist er größer als die moderneren Typen und daher für heutige Trägersysteme wie Raketen oder Marschflugkörper ungeeignet.

Moderne Atomwaffen setzen daher auf das Konzept der Implosionsbombe. Laut Rainer Moormann einem ehemaligen Mitarbeiter des Jülich Research Centers, ist auch der Bau dieses Typs, sowie die damit verbundene Aufbereitung des Bombenmaterials als auch der Bau der komplizierten Implosionstechnik machbar. Hier ergibt sich jedoch das Problem, dass die bestehenden Anlagen für den Bombenbau nicht ausreichen würden, dazu bräuchte es wesentlich größere Anlagen. Seien die ein mal gebaut, dann ließen sich in drei bis fünf Jahren zumindest eine gewisse Menge Atomsprengköpfe bauen. Die dritte Methode, das sogenannte „Brüterverfahren“ ist für Deutschland eher unwahrscheinlich. Durch den vorherigen Ausstieg Deutschlands aus der Brütertechnologie, der Wiederaufbereitung und der Kernenergie insgesamt fehlen hier die Voraussetzungen.

Unabhängig davon, dass die Implosionsbombe also vermutlich die effizienteste Wahl wäre und ihr Bau auch technisch gesehen möglich ist, stehen dem deutschen Imperialismus noch weitere Faktoren im Weg. Die Schätzung, dass der Bau der Implosionsbombe nach dem Ausbau entsprechender Anlagen in drei bis fünf Jahren möglich ist basieren zum Beispiel auf der Annahme das langwierige Genehmigungsverfahren vermieden werden können. Ein weiterer Faktor ist, dass man Expert:innen zusammen ziehen müsste, die sich fokussiert mit der Entwicklung dieser befassen. Also entsprechende Fachkräfte benötigt. Hinzu kommt, dass die Testphase ein größeres Problem darstellt. Denn ob Ober- oder unterirdische Tests, diese sind in Europa kaum durchführbar ohne die Umwelt massiv zu schädigen oder das Risiko einer diplomatischen Krise einzugehen. [11]

Der Abwurf einer strategischen Atombombe setzt außerdem die Klärung des Luftraums auf dem Weg zum Ziel und der Luftabwehr voraus, etwas wovon Deutschland Forscher:innen nach zu urteilen noch weiter entfernt ist.

Ein letzter nicht unwichtiger Faktor ist dann schließlich ob auch die Technik da ist, mit der die Atomwaffen sicher gelagert werden und abgeworfen werden können. Hier ist noch unklar in wie fern diese für strategische Atombomben, die weitaus größer sind, möglich ist bzw. wie schnell. Taktische Atomwaffen könnte Deutschland jedoch ohne weitere Probleme einsetzen. Rein vom technologischen Stand und den technischen Voraussetzungen könnte Deutschland innerhalb weniger Jahre Kernwaffen produzieren. Und auch einige deutsche Kampfflugzeuge und bestimmte Raketentypen wie der Taurus-Marschflugkörper sind bereits auf den Transport und den Abwurf von taktischen Atomwaffen ausgelegt.

Neben diesen Hürden ist die Atomwaffenfrage derzeit aber vor allem eine politische Frage. Die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags verbietet der Bundesregierung die Entwicklung, Produktion, den Besitz und das Testen von Atomwaffen. Und auch seine imperialistischen Konkurrenten in Frankreich und England, das militärisch hochgerüstete Polen und auch imperialistische Großmächte wie die USA, China und Russland würden einer deutschen Nuklearmacht wohl mindestens kritisch bis feindlich gegenüberstehen. Aktuell scheint man sich noch mit den atomaren Kapazitäten Frankreichs und des Vereinigten Königreichs als Ergänzung zum atomaren US-Schutzschirm zufrieden zu geben.[12] Langfristig wird sich der deutsche Imperialismus aber auch aus diesem Abhängigkeitsverhältnis lösen wollen, um seinem Ziel eine führende europäische Militärmacht zu sein näher zu kommen.

Militärisches Drehkreuz und zivil-militärische Zusammenarbeit

Wenn wir über die Militarisierung in Deutschland sprechen, dann kommen wir nicht um den Operationsplan Deutschland herum, dessen Existenz im März 2024 öffentlich wurde.[13] Worum geht es bei dem mehrere hundert Seiten langen Dokument? Es handelt sich dabei um eine als geheim eingestufte Handlungsanweisung des deutschen Imperialismus, wie er im Falle von Kriegen und Krisen seine Interessen und sein Territorium militärisch verteidigen kann, insbesondere gegen einen potenziellen Angriff Russlands.

Deutschland soll dabei zur militärischen und logistischen Drehscheibe der NATO werden. 800.000 Soldat:innen sowie etwa 300.000 Fahrzeuge und Waffen aller Art sollen durch Deutschland transportiert werden können. Essenzieller Teil des Operationsplans ist eine Strategie zur schnellen Verlegung von Truppen nach Osteuropa.

Um jedoch das vom deutschen Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) benannte Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ zu erreichen, muss nicht nur die Beschaffung von Kriegsmaterial und die Ausbildung von immer mehr Soldat:innen erfüllt werden, sondern auch gesellschaftliche Strukturen

11 | Vortrag Rainer Moormann, „Wäre eine deutsche Atombombe möglich?“ https://www.youtube.com/watch?v=2YT-Lu2MObGQ

12 | https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-07/frankreich-grossbritannien-abkommen-atomare-abschreckung

13 | https://perspektive-online.net/2024/07/deutscher-staat-mit-rundumschlag-der-operationsplan-deutschland/

umgestellt werden. Deshalb wird nicht erst im „Kriegs- oder Verteidigungsfall“ die zivile Infrastruktur des Landes konkret den militärischen Bedürfnissen unterstellt, wie es im geheimen „Operationsplan Deutschland“ der Bundeswehr festgehalten sein soll, sondern bereits jetzt.

Dazu gehört unter anderem der Ausbau der zivilen Infrastruktur, wie Straßen, Brücken, Energieversorgung, Treibstoffdepots, ebenso wie gemeinsame Übungen und die Einbindung von zivilen Rettungsdiensten in die Kommandostrukturen der Bundeswehr. Dies gilt nicht nur für die Strukturen des Technischen Hilfswerks (THW), der freiwilligen und Berufsfeuerwehren, Krankenhäuser, sondern auch für Malteser, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund und Co. Organisationen wie das THW oder die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) würden in Katastrophenfällen dann direkt dem deutschen Militär unterstellt sein.

Auch das marode Gesundheitswesen bleibt davon nicht unberührt.[14] Krankenhäuser sollen eben so nach Kriegslogik aufgebaut werden, sodass sie im Kriegsfall täglich bis zu 1.000 Schwerverletzte in Deutschland behandelt und Soldat:innen wieder einsatzfähig machen könnten. Soldat:innen sollen zudem bei der Behandlung Vorrang vor Zivilist:innen erhalten. In Bayern und Nordrhein-Westfalen laufen aktuell intensive Planungen zur Umstellung der medizinischen Versorgung auf „Kriegs- und Krisenfälle“. Berlin hat dazu nun den ersten Rahmenplan „Zivile Verteidigung Krankenhäuser“ aufgestellt. Dieser geheime Plan soll laut dem Berliner Senat u. a. konkrete Szenarien wie eine kriegerische Auseinandersetzung in Berlin und die vollständige Evakuierung der Hauptstadt abdecken. In Köln-Merheim wird mittlerweile sogar der Bau einer unterirdischen Intensivstation nach israelischem Vorbild geplant.

Und während eine zivil-militärische Zusammenarbeit und auch der Zivil- und Katastrophenschutz keine Neuheiten sind, so ist ihr immer stärkeres Ineinandergreifen und ihre Ausweitung klarer Ausdruck einer Politik, die sich nicht nur auf Naturkatastrophen, sondern auch auf den Ernstfall eskalierender Konflikte vorbereitet. So kommt es zum Beispiel auch dazu, dass es künftig an einer Schule in Saarbrücken im neuen Schuljahr das erste Mal das Unterrichtsfach „Zivilschutz und Resilienz“ geben wird.[15]

Seit dem 1. April hat Deutschland zudem auch eine neue sogenannte Heimatschutzdivision der Bundeswehr. Ihr kommt dabei die Aufgabe zuteil – wie im Namen bereits steckt – das eigene Territorium gegen Desinformation, Sabotage, Spionage und Cyberangriffe auf Infrastruktur und Regierungseinrichtungen sowie Aufstände der eigenen Bevölkerung gegen die Bundesregierung zu schützen. Aufstände, die sich mit der weiteren Zuspitzung der Kriegspolitik und der Verschlechterung des Lebensstandards häufen und sich radikalisieren könnten.

14 | Verein demokratischer Ärzt:innen, Broschüre Militarisierung im Gesundheitswesen, https://www.vdaeae.de/publikationen/broschuere-militarisierung-im-gesundheitswesen/

15 | https://www.sueddeutsche.de/bildung/wissen-praxisnah-vermitteln-zivilschutz-und-resilienz-neues-fach-an-saarbruecker-schule-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250531-930-613956

Herausforderungen und Probleme des deutschen Militarismus

Nachdem wir uns nun einen groben Überblick verschafft haben, welches militärische Equipment dem deutschen Staat bereitsteht, wollen wir uns nun der Frage widmen, vor welchen Herausforderungen und Problemen er auf dem Weg zu einer militärischen Führungsmacht in Europa steht, wo er Schwierigkeiten hat, Durchbrüche zu erreichen und wo ihm in Teilen bereits erste Erfolge gelingen.

Die Kriegstüchtigkeit der eigenen Bevölkerung

Eines der wohl größten Probleme für den deutschen Imperialismus stellt aktuell die noch in breiten Teilen unserer Klasse fehlende Kriegsbegeisterung dar. Denn um einen erfolgreichen Krieg zu führen, benötigt es neben ausreichend Kriegsgerät vor allem eins: eine Bevölkerung, bei der ein gewichtiger Teil voller Überzeugung für das Vaterland in den Krieg zieht und sich von den Imperialisten vor den Karren spannen lässt und ein weiterer Teil zumindest ohne großen Aufstand die Kriegsvorhaben der eigenen Imperialisten toleriert und das auch dann noch, wenn Massen an toten Soldat:innen und Zivilist:innen die Leichenhallen füllen.

Denn Militarisierung heißt eben nicht nur Krieg nach außen, sondern auch Krieg nach innen. Eine ruhige Heimatfront und eine anhaltende Unterstützung, auch wenn der Krieg lange dauert und verlustreich ist, ist dabei schon immer essenziell gewesen, um sich voll und ganz auf den Krieg nach außen konzentrieren zu können. Dabei geht es unter anderem darum, die eigene Bevölkerung hinter den nationalen Kriegsinteressen der Herrschenden und die Unterstützung der imperialistischen Kriegsvorbereitung des jeweiligen Landes zu versammeln. Denn Krieg lässt sich schlecht führen, wenn die eigene Bevölkerung die Macht der Imperialisten bedroht.

Die systematische und langfristige ideologische Bewusstseinsbeeinflussung unter den Massen hin zu einer mehr oder weniger offenen Begeisterung für die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands ist dabei aktuell eine der Hauptaufgaben der Herrschenden in diesem Land.

Um das zu erreichen, müssen sie es schaffen, die eigene Kriegspolitik vor

der eigenen Bevölkerung plausibel herzuleiten. Dabei müssen sie die Bevölkerung unter anderem davon überzeugen, den „Gürtel enger zuschnallen“, für „unseren“ Wohlstand noch länger zu ackern und das tausende Jugendliche wieder jährlich gemustert und in die Bundeswehr eingezogen werden sollen.

Wie sich die Herrschenden entscheiden, die militärische Durchsetzung ihrer Interessen zu rechtfertigen, hängt dabei von zahlreichen Faktoren ab, wie der Geschichte des eigenen Landes oder des Konfliktes selbst, dem Bewusstseinsstand und der Kultur der eigenen Bevölkerung, der weltpolitischen Situation, usw. Die Rechtfertigung für einen Krieg kann also unterschiedlich aussehen.

Die Kriegsvorbereitungen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges wurde von den Hitlerfaschist:innen zum Beispiel in Form eines Rassenkrieges zwischen Barbarei und Zivilisation, der Bewahrung von Nation und Rasse vor der Arbeiter:innenklasse in Deutschland legitimiert. Während die dutzenden Auslandseinsätze, brutalen Bombardierungen und Regierungsstürze im westasiatischen Raum durch die USA und westliche Bündnispartner mit dem „Kampf gegen den Terror“, nach dem Anschlag auf die Twin Towers durch Al-Quaida am 11. September 2001 gerechtfertigt wurde.

Für uns ist die Befassung damit, wie die Militarisierung heute in Deutschland gerechtfertigt wird, dahingehend von Bedeutung, weil es uns ein Verständnis dafür gibt, wo im Bewusstsein unserer Klasse angesetzt wird, um Kriegsbegeisterung bei ihnen zu wecken, also wo wir letztendlich auch ansetzen müssen, um genau das zu verhindern.

Der deutsche Staat baut in der aktuellen Phase dabei vor allem auf folgende Argumente und Methoden auf:

Wehrhafte Demokratie und „äußere Zwänge“

Bei der ideologischen Rechtfertigung der aktuellen Kriegsvorbereitungen des deutschen Staates wird weiterhin versucht, das eigene Image der „westlichen Demokratien“ im Kampf gegen die autoritäre Diktatur aufrechtzuerhalten. Dieses Narrativ können wir sowohl im Ukrainekrieg gegen Russland, in den Kriegsvorbereitungen der USA gegen die „autoritären chinesischen Kommunist:innen“ und dem Mehrfrontenkrieg ausgehend von der vermeintlich „einzigen Demokratie im nahen Osten“ von Israel beobachten.

Es geht also darum eine „wehrhafte“ Demokratie zu schaffen die sich gegen die Feinde der Demokratie zur Wehr setzen kann, um ihre Werte und Institutionen zu schützen. Die „wehrhafte Demokratie“ soll durch militärische Stärke sowie die Möglichkeit auch nach innen hart gegen „Verfassungsfeinde“ vorzugehen, die Machtergreifung durch „Extremist:innen“ verhindern.

Je nach aktueller politischer Lage kann dabei die Bedrohungslage für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ flexibel angepasst werden. Aktuell spielt in der Propaganda die Bedrohung der westlichen Demokratie durch die russische Diktatur eine besondere Rolle. So können reale Kriege, wie der Ukrainekrieg genutzt werden um Feindbilder zu verstärken und eine rasante Aufrüstung unter dem Banner des „Demokratieschutzes“ zu rechtfertigen.

Während außenpolitisch die russische „Diktatur“ die westliche Demokratie bedroht und eine rasante Aufrüstung zur Abschreckung Russlands notwendig macht, sind es innenpolitisch zum Beispiel die sich radikalisierende politische Widerstandsbewegung, eine in erster Linie durch rassistische Hetze inszenierte Bedrohung durch religiösen Fundamentalismus oder ausländische Agent:innen, die den Staat dazu nötigen würden, seine Überwachungskompetenzen und Befugnisse auszuweiten.[16]

So in etwa ist es auch in dem Dokument für die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung[17] zusammengefasst, in der es heißt, dass die oberste Aufgabe der deutschen Sicherheitspolitik die „Verteidigung von Frieden, Freiheit und Sicherheit“ sei.

Hinzu kommt, dass immer wieder davon gesprochen wird, dass Deutschland und seine europäischen Partner durch äußere Zwänge wie den russischen Überfall auf die Ukraine dazu gezwungen wären, eine wirksame „Abschreckung“ aufzubauen, um einen Krieg zwischen Russland und Europa zu verhindern. Kriegstüchtigkeit bedeute in diesem Kontext dann nicht, Krieg zu führen, sondern „rüsten, um nicht rüsten zu müssen“.

Gleichzeitig können wir auch beobachten, wie diese Argumentationskette immer wieder von vereinzelten „Ausreißern“ flankiert wird, die über die Stränge einer „wehrhaften Demokratie“ hinaus schlagen. Diese sind aber keineswegs tollpatschige Versprecher, sondern sollen bewusst den Diskurs immer weiter nach rechts verschieben. Doch gerade weil sie aus der Reihe der „demokratischen Kriegspropaganda“ tanzen, sorgen sie auch für gewisse Empörung aus der Bevölkerung wie zum Beispiel Friedrich Merz’ Aussage, Israel würde mit dem Angriff auf den Iran die

16 | Insbesondere die faschistischen Anschläge in Solingen und Magdeburg wurden von der damaligen Ampel-Regierung für die Ausweitung zahlreicher Befugnisse von Behörden und Geheimdienst unter dem Deckmantel von „Sicherheitspaketen“ instrumentalisiert. Dazu mehr hier: https://perspektive-online.net/2024/08/abschiebungen-und-ueberwachung-die-antwort-auf-solingen/

17 | Nationale Sicherheitsstrategie, Bundesregierung: https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/

„Drecksarbeit“ für alle machen.[18]

Dabei ist aber klar, dass die „Verteidigung von Demokratie, Frieden und Sicherheit“ und der Aufbau einer „glaubwürdigen Abschreckung“ nicht etwa das ehrliche Interesse an einer friedlichen Zukunft der deutschen Imperialisten darstellt. Sie sind taktische, ideologische Kampfbegriffe, um innerhalb der Bevölkerung Zustimmung für die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung zu schaffen.

Der deutsche Staat setzt hier am Bewusstsein der Deutschen an. Große Teile der Bevölkerung sind heute noch nicht für eine Krieg bereit und lehnen zumindest Teile der Aufrüstungsmaßnahmen ab. Er startet daher bewusst zunächst mit der Propagierung defensiver Verteidigung, um dann in Zukunft über die Abschreckung bis hin zum „notwendigen“/„präventiven“ direkten Angriff über zu gehen.

Angstgefühle schüren

Darüber hinaus werden in der ideologischen Propaganda auch sehr bewusst bestimmte Angstgefühle, die Sorge um das eigene Wohlbefinden, die eigene Existenz und Zukunft aufgegriffen. So wird immer wieder das Szenario gezeichnet, Russland würde binnen weniger Monate vor den Toren Berlins stehen, obwohl die russischen Streitkräfte derzeit tatsächlich noch massiv in den Stellvertreterkrieg mit der NATO in der Ukraine gebunden sind. Trotzdem wird immer wieder prophezeit, Russland „würde“ einen Erstschlag gegen die NATO in den nächsten Jahren durchführen „können“.

Eben mit dieser abstrakten Gefahrenlage werden auch immer weitere Vorstöße in der Aufrüstung gerechtfertigt. So zum Beispiel die langfristige Stationierung der Bundeswehr mit 5.000 Soldat:innen in Litauen oder die „European Sky Shield Initiative“. Diese wurde kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine 2022 von der Bundesregierung ins Leben gerufen wurde, mit dem Ziel die europäische Luftverteidigung gegen Raketen und Drohnen weiter auszubauen.

Auch haben die Behörden in der vergangenen Zeit mit mehr öffentlichem Druck versucht, die Bevölkerung davon zu überzeugen, sich eine bestimmte Grundausstattung an Lebensmitteln und Wasser anzulegen und für den „Ernstfall“ zu bunkern. Nicht nur das Schießen an der Front, auch das Ausharren im Bunker im Heimatland soll normalisiert und die Realität eines Krieges breiter im Bewusstsein verankert werden.

Die Vorteile, die sich aus dieser ideologischen Bemäntelung der Aufrüstung ergeben, ist, dass die eigenen Kriegsinteressen hinter vermeintlich humanistischen und moralischen Werten und der Darstellung als „Friedensstifter“ (z. B. im Ukrainekrieg) verschleiert werden. Eine „wehrhafte Demokratie“, das „Rüsten für den Frieden“ und eine „glaubwürdige Abschreckung“ sollen Krieg verhindern und Diplomatie schaffen, während zeitgleich eben genau die militärischen Fähigkeiten, um einen Krieg zu führen, rasant ausgebaut werden.

Zudem stellt es Deutschland als „Opfer“ imperialistischer Politik Russlands dar und verschleiert dadurch das eigene Interesse (und die Notwendigkeit) sich am Wettlauf zur Neuaufteilung der Welt zu beteiligen.

Gleichzeitig stellt diese „vorsichtige“ Herangehensweise, welche die wahren Kriegsinteressen Deutschlands nicht allzu offen zugibt und den Schein eines demokratischen Sinns hinter der ganzen Kriegstreiberei aufrechterhalten möchte, die Herrschenden auch vor gewisse Herausforderungen und Probleme, eben weil die immer schneller voranschreitenden globalen Entwicklungen und die sich rasant zuspitzende Lage zwischen den imperialistischen Mächten zu einer immer offensiveren Militarisierung drängt.

Gerade Deutschland hinkt seit Jahrzehnten in der Militarisierung – das heißt sowohl in Sachen militärischer Ausrüstung und dort vor allem der Quantität sowie ideologischer Vorbereitung in der Gesellschaft und dem notwendigen politischem Wandel – stark hinter anderen Ländern her, insbesondere wenn sich die Herrschenden hier das Ziel setzen, einen großen Krieg führen zu können. Um diese Lücke aufzuholen, müsste Deutschland eigentlich viel schneller und größere Sprünge durchführen und dafür auch die eigene Bevölkerung in diesem Sinne viel schneller und in größeren Schritten an die eigenen Kriegsinteressen ideologisch binden.

Hier können wir also schon jetzt davon ausgehen, dass es in der Zukunft zu einer weiteren Verschiebung der „klassischen“ Kriegsrhetorik kommen wird, hin zu einem immer offeneren, chauvinistischeren und aggressiveren Ton. Erste Ansätze davon können wir bereits unter der von Bundeskanzler Friedrich Merz geführten Regierung sehen, welche die „konventionell stärkste Armee Europas“[19] fordert.

Verteufelung von Antikriegspositionen

Teil der ideologischen Kriegsführung ist neben der Rechtfertigung der Aufrüstung auch die Delegitimierung jeglicher oppositioneller Haltungen. Beispielhaft können hierfür die kritischen Stimmen gegenüber den Waffenlieferungen an die Ukraine sowie palästinasolidarische Positionen seit dem 7. Oktober 2023 genommen

18 | So hat zum Beispiel der bekannte deutsche Schauspieler und Komiker Dieter Hallervorden gemeinsam mit rund 20 weiteren prominenten Persönlichkeiten aus Politik und Kulturbranche, Anzeige gegen Friedrich Merz wegen Aufstachelung zu einem Angriffskrieg gestellt. https://www.morgenpost.de/politik/article409313353/drecksarbeit-friedrich-merz-hallervorden-iran-israel-krieg.html

19 | Regierungserklärung des Bundeskanzlers Friedrich Merz, 14.05.2025: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw20-de-regierungserklaerung-merz-1064956

werden. In beiden Fällen wird öffentlich mit Totschlagargumenten gearbeitet, die keinerlei Raum für Diskussion lassen sollen, sondern jede kritische Haltung und deren Vertreter:innen als „Feinde der Demokratie“ oder realitätsfern abstempeln.

Im Falle des Ukrainekrieges sei man „Putinfreund“ und würde eine Diktatur verherrlichen, sobald man sich nicht auf die Seite der NATO-Mächte schlägt. In diesem Zuge wurden auch – bereits vor dem Ukrainekrieg existierende – antisowjetische Ressentiments wieder verstärkt aufgegriffen. So zum Beispiel das Verbot sowjetischer Fahnen an Gedenkstätten in Berlin zum 8. Mai.[20]

Beim Genozid in Palästina hat man es sich noch einfacher gemacht und alle oppositionellen Stimmen gegen den Genozid, egal wie bürgerlich sie auch sein mögen, als Antisemitisch oder als "Judenhasser" verunglimpft. Die Proteste werden seit dem 7. Oktober mit massiver Repression und Schikane vom deutschen Staat überzogen, mehrere Organisationen wurden bereits verboten und die Bewegung wurde als Anlass genommen, um das Versammlungsrecht noch weiter einzuschränken. Gerade hier konnte man eine „Nulltoleranz“-Politik beobachten, die die den Protest gegen einen Krieg nicht nur unterdrückt, sondern offen kriminalisiert.[21]

Diese Politik hat dabei nicht nur den Zweck, die Außenpolitik der Bundesregierung zur Not auch mit Gewalt innenpolitisch durchzusetzen. Gerade langfristig hat sie die Aufgabe, der Bevölkerung einen Denkzettel zu verpassen, dass gegen Krieg auf die Straße zu gehen auch immer damit verbunden sein wird, massivem öffentlichen und sozialen Druck ausgeliefert zu sein sowie physischer Gewalt durch die Staatsmacht. Den kleinen und schwachen Keimen einer antimilitaristischen Bewegung, die es heute auf sehr niedrigem Niveau gibt, wird also schon jetzt versucht jeder Raum zur Entfaltung zu nehmen.

Wie wird versucht die Bevölkerung „kriegstüchtig“ zu machen?

Wir wollen uns kurz einen kleinen Überblick darüber verschaffen, mit welchen Mitteln der deutsche Staat versucht, die Meinung der Bevölkerung zugunsten der Militarisierung zu beeinflussen.

So ist die Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen in den letzten Jahren massiv gestiegen. Seit 2020 hat sich die Gesamtzahl öffentlicher Auftritte der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen mehr als verdoppelt (2020: 2.717, 2024: 6.137).[22] Der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Schulen mit der Bundeswehr wurden ebenfalls die Tore geöffnet. So wurde mit dem bayerischen Bundeswehrgesetz der ungehinderte Zugang der Bundeswehr zu Hochschulen und ihr Zutritt zu Schulen erleichtert.[23]

Die neue Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr ist dabei gezielt auf die Erreichung von Jugendlichen ausgerichtet worden. Internettrends werden aufgegriffen, TikTok- und YouTube-Kampagnen wie „Explorers“, die den Dienst in der Bundeswehr als spaßige Challenge verkaufen oder offizielle Bundeswehrinfluencer:innen, die romantisierende Versionen eines Alltags bei der Bundeswehr ins Internet stellen.[24]

Auch die Einführung des Veteranentages 2024 und die ersten bundesweiten Veranstaltungen in zahlreichen deutschen Groß- und Kleinstädten waren ein weiterer Schritt eine noch engere Verbindung zwischen Bundeswehr und „Zivilgesellschaft“ herzustellen, als es der Tag der Bundeswehr, bei dem diese die Tore ihrer weit entlegenen Kasernen geöffnet hat, bisher möglich machte. Doch zu welchem Zweck das Ganze?

Wozu diese enge Verzahnung von Bundeswehr und Gesellschaft dient, können wir bereits aus Liebknechts Definition vom Anfang ablesen. Es geht darum mit dem Militarismus ein *„System der Durchtränkung unseres ganzen privaten und öffentlichen Volkslebens“* aufzubauen. Nicht ganz so eindeutig wie Liebknecht, aber inhaltlich eigentlich dasselbe, formuliert auch die Bundesregierung in ihrer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie. Dort spricht sie vom Aufbau einer „inneren Resilienz“, einem „gesamtgesellschaftlichen Ansatz“ in der Verteidigungspolitik, in dem auch „Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Verantwortung übernehmen“. So soll insbesondere das Denken und auch Fühlen der Bevölkerung so verändert werden, dass die Bundeswehr und das Thema Krieg wieder als vermeintlich „natürlicher“ Teil des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens erscheint.

Und während schon heute die gestiegene Präsenz von Camouflage-Mustern im Stadtbild gewöhnungsbedürftig ist, sind noch lange nicht alle Mittel ausgeschöpft. Das morgendliche Schwören auf die Nationalfahne und öffentlichkeitswirksam inszenierte Militärparaden sind in anderen Ländern fester Bestandteil der

20 | Besonders ins Auge gefallen sind in diesem Jahr die zahlreichen Hetzartikel, die sich rund um den Tag der Befreiung vor allem gegen die Rote Armee richteten und diese – ganz im Stile der Gleichsetzung der Sowjetunion und Russland – als Angriffsarmee gegen Deutschland diffamierten. Dazu mehr hier: https://perspektive-online.net/2025/05/vergessen-verboten-und-verdreht-die-fahne-der-roten-armee/

21 | Ebenso prominentes Beispiel war das Verbot des antimilitaristischen Protestcamps vom Rheinmetall Entwaffnen Bündnis. Das Verbot wurde dann schlussendlich vom Oberverwaltungsgericht in Münster aufgehoben. Trotzdem zeigt sich auch hier, wie vehement schon jetzt antimilitaristischer Protest im Keim erstickt werden soll.

22 | https://dserver.bundestag.de/btd/21/004/2100496.pdf

23 | https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bayern-bundeswehr-zivilklausel-kooperation-hochschulen-wissenschaftsfreiheit

24 | So zum Beispiel bei der TikTok-Kampagne „Explorers - Roadtrip durch die Bundeswehr“, in der die Bundeswehr als Videospiel mit vielfältigen „Challenges“ dargestellt wird anstatt als imperialistische Armee. Oder der offizielle „Bundeswehr-Influencer“ Josh Krebs, auf Instagram auch cinematicsergeant genannt, der Jugendliche mit moderner Social-Media-Arbeit für die Bundeswehr begeistert.

alltäglichen Militärpropaganda.[25] Luft nach oben gibt es also noch zu Genüge.

Wie erfolgreich ist die Kriegspropaganda?

Um einen ersten Eindruck zu bekommen, wie die Bevölkerung in Deutschland zu den Kriegsvorhaben der Herrschenden steht, können Umfragen helfen. Gleichzeitig müssen wir hier aufpassen, da viele Umfragen nur bedingt aussagekräftig sind, denn nicht selten werden sie selbst von staatlichen Stellen in Auftrag gegeben und ihre Ergebnisse dann von Medien und Politik genutzt, um die weitere Kriegsvorbereitung mit der vermeintlichen Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zu legitimieren.

Je nach Umfrage unterscheiden sich dabei die genauen Zahlen. Circa die Hälfte der Teilnehmer:innen befürwortet eine „Kriegstüchtigkeit" Deutschlands und die personelle Aufstockung der Bundeswehr.[26] Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird dabei in den meisten Umfragen von einer knappen Mehrheit der Bevölkerung als notwendig erachtet. Gleichzeitig wäre aber nur jeder Dritte dazu bereit, das eigene Land auch mit der Waffe zu verteidigen.

25 | https://www.youtube.com/watch?v=6HZNCWr6JTs

26 | https://www.theeuropean.de/wissenschaft/insa-umfrage-50-prozent-wollen-deutschland-kriegstauglich-sehen

Laut der Jugendstudie 2025[27] stehen aber zum Beispiel Jugendliche der Wehrpflicht durchaus kritischer gegenüber. Insgesamt 81 Prozent seien nicht bereit für ihr Land zu sterben. In anderen Umfragen wiederum soll circa die Hälfte der jungen Befragten die Wehrpflicht befürworten. In allen Umfragen ist aber erkenntlich, dass die Zustimmung zur Wehrpflicht insbesondere unter älteren Generationen, die nicht mehr unmittelbar von einer Wehrpflicht betroffen sein würden, höher liegt als bei den 18-29 Jährigen. Unabhängig des Altersunterschieds wird eine „gleichberechtigte" Wehrpflicht, die für Männer wie für Frauen gilt, von dreiviertel der Wehrpflichtbefürworter begrüßt.[28]

Die niedrigste Zustimmung zur Wehrpflicht ist bei jungen Frauen zu finden. Laut einer forsa-Umfrage lehnen 68 Prozent junger Frauen diese ab, während es bei jungen Männern rund 52 Prozent sind. Aber auch unabhängig des Alters lehnen circa 61 Prozent der Frauen die Verteidigung des eigenen Landes unter Einsatz des eigenen Lebens ab.

Die gesellschaftliche Haltung wird dabei durch eine Vielzahl an Faktoren beeinflusst. Dazu gehört unter anderem die Weltlage und damit verbundene Ängste, aber auch die Art wie diese durch Medien, Politik und Staat

27 | https://www.generation-thinking.de/post/jugendtrend-studie-2025

28 | https://www.welt.de/politik/deutschland/article256254826/umfrage-nur-jeder-dritte-wuerde-heute-wehrdienst-leisten.html

dargestellt und bestimmte Aspekte in den Vordergrund gerückt werden – sowie die oben erwähnte direkte Kriegspropaganda. In Krisenzeiten und nach Ausbruch von Kriegen lässt sich historisch eine höhere Zustimmung zu höheren Verteidigungsausgaben und einer Vergrößerung der Armee feststellen. So ist die Zustimmung für höhere Verteidigungsausgaben und eine größere Bundeswehr während des Beginns des Afghanistankrieges (mit deutscher Beteiligung), mit der Annexion der Krim durch Russland 2014 und natürlich mit der weiteren Eskalation 2022 in die Höhe geschossen.

Während die Zustimmung für einen höheren Verteidigungshaushalt Anfang der 2000er noch bei rund 20 Prozent lag, liegt sie seit dem Ukrainekrieg und der massiven Kriegspropaganda bei fast 60 Prozent. Selbiges gilt für die personelle Aufstockung der Bundeswehr, die im Jahr 2000 lediglich von 15 Prozent der Bevölkerung befürwortet wurde. Nach jahrelangen Debatten über die Wehrpflicht hat sich die gesellschaftliche Meinung mit einer Befürwortung zwischen 50-60 Prozent auch hier gesteigert.

Ein weitere interessante Tatsache ist, dass das Vertrauen innerhalb der Bevölkerung gegenüber der Bundeswehr historisch schon immer sehr hoch war. Seit den 2000ern vertrauen rund 80 Prozent der Befragten der Bundeswehr, mit einer steigenden Tendenz. Dabei bleibt jedoch sehr unklar, was sich hinter diesem abgefragten „Vertrauen" konkret verbirgt.

Circa die Hälfte (48 Prozent) der Bevölkerung lehnt mittlerweile weitere Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Insbesondere im Osten (60 Prozent) ist die Ablehnung um einiges höher als im Westen (45 Prozent). Auch die seit dem 7. Oktober in die Höhe geschossenen Waffenexporte an den israelischen Staat werden zunehmend kritisch gesehen. 43 Prozent sind für eine Begrenzung, 30 Prozent für einen vollständigen Stopp deutscher Waffenexporte an Israel.[29]

Wir können festhalten, dass die intensive Kriegspropaganda und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr langsam ihre Wirkung zeigt. So konnte die Bundeswehr 2024 einen Anstieg von Bewerbungen von rund 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen, im zivilen Bereich sogar ein Plus von 41 Prozent. Insbesondere die gezielte Ansprache junger Menschen über Social-Media-Kampagnen sei dabei aus Sicht des Personalamtes der Bundeswehr ein entscheidender Faktor gewesen. Der allgemeine Trend stellt also ein größeres Interesse für die Bundeswehr bei Neubewerber:innen fest. Gleichzeitig ist die Abbrecherquote mit 27 Prozent immer noch so hoch, dass die Zahl aktiver Soldat:innen weiterhin sinkt.[30] Auch

29 | https://www.ipsos.com/de-de/jeder-zweite-deutsche-gegen-weitere-waffenlieferungen-die-ukraine

30 | https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/personalmangel-bundeswehr-schrumpfen-abbrecher-boris-pistorius

weil mehr Soldat:innen ausscheiden als neue dazu kommen, zum Beispiel weil sie ihren Dienst nicht verlängern oder in Rente gehen.[31]

Nicht zuletzt wird auch an der Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht klar, wie groß die Kluft zwischen einer passiven Zustimmung für die Aufrüstung auf der einen Seite und einer aktiven Beteiligung an den Kriegsvorhaben z. B. indem man selbst die Waffen in die Hand nimmt auf der anderen Seite eigentlich ist. Sie ist damit selbst ein Anzeichen dafür, dass die eigene Bevölkerung eben noch nicht ausreichend genug davon überzeugt ist, sich vor den Karren der Kriegstreiber spannen zu lassen.

Obwohl die Kriegspropaganda also beginnt ihre Wirkung zu zeigen und mehr Teile der Gesellschaft von der Notwendigkeit der Aufrüstung überzeugt werden, kann heute von einer offenen Kriegsbegeisterung noch nicht gesprochen werden. Vielmehr spielt die Angst vor einem potenziellen Krieg eine größere Rolle. Auf der einen Seite ein Hindernis für den deutschen Staat, da Vaterlandsverteidigung noch nicht „Mainstream" ist und er immer noch „vorsichtig" sein muss, wie er seine Aufrüstung rhetorisch legitimiert. Auf der anderen Seite kann er zukünftig das Image eines starken, militärisch hochgerüsteten Deutschlands nutzen, um Stärke nach innen zu symbolisieren und der in der Bevölkerung geschaffenen Kriegsangst ein gewisses Sicherheitsgefühl entgegenzustellen.

Gleichzeitig gibt es weiterhin eine größere Zurückhaltung und Skepsis. Nicht nur zwei Weltkriege, sondern auch die längere Phase des deutschen Imperialismus, in der er im Windschatten der militärischen Hegemonie der USA die eigene Bevölkerung lange vor dem Thema Krieg „bewahren" konnte, sitzen noch im Bewusstsein der Bevölkerung fest. Auch muss der Imperialismus damit rechnen, dass bei einem tatsächlichen Krieg mit vielen Toten deutschen Soldat:innen und massiven ökonomischen Belastungen für die Bevölkerung die Zustimmung zu Krieg und Militär schnell wieder sinken kann.

Diese verschiedenen Widersprüche spiegeln sich auch in der Klasse und ihrem Bewusstsein wieder. Die Haltung zu Krieg und Militarisierung scheint sich dabei nicht nur in der Klasse, sondern auch in den Köpfen der einzelnen je nach konkreter Frage zu unterscheiden sowie in den verschiedenen Bewegungen. Die Punkte an denen sich Widersprüche zur Militarisierung zeigen können Kommunist:innen als Ansatzpunkte nutzen. Unter anderem haben die Studien gezeigt, dass die Menschen den Krieg dort ablehnen, wo sie selbst Teil davon werden sollen, das legt nahe dass es sich lohnt an dieser Frage anzusetzen und im Allgemeinen zu schauen wo eine Propaganda gegen den Krieg mit den alltäglichen und direkten Problemen der Menschen verbunden werden kann. In der Zukunft kann hier die Verbindung mit anderen sozialen Kämpfen wie z. B. dem Kampf gegen Sozial- und Arbeitsrechteabbau spannend sein.

Von einer antimilitaristischen Bewegung die aktiv gegen die Militarisierung kämpft kann heute in Deutschland nicht gesprochen werden, von dieser besteht eher ein bestimmter Keim. Darüber hinaus existieren noch Überreste der alten pazifistischen Antikriegsbewegung, sowie die Palästinabewegung, die sich eben auch gegen einen Krieg richtet und dessen Unterstützung durch den deutschen Staat.

Die Antikriegsbewegung ist heute personell insgesamt schwach aufgestellt, größtenteils ideologisch orientierungslos bzw. stark pazifistisch geprägt und in Teilen von rechten Kräfte vom BSW bis hin zu den Freien Sachsen oder der AfD gekapert.

Die palästinasolidarische Bewegung, die zwar noch immer einige hunderte bis tausende Menschen mobilisiert, ist im Vergleich zu ihren Anfängen aber stark geschwächt. In größeren Teilen der Bewegung steht dabei vor allem die nationale Frage Palästinas im Vordergrund, eine moralische Ablehnung des Genozids sowie der Kampf um die Legitimität der Palästinasolidarität. Die Verbindung zum deutschen Imperialismus gelingt dabei meist eher punktuell, meist geknüpft an den Kampf gegen Repression teilweise in Form einer Kritik an den anhaltenden Waffenlieferungen nach Israel. [32]

Der niedrige Stand der verschiedenen Bewegungen, auch aber nicht nur personell, zeigt uns ebenfalls dass ein großer Teil der deutschen Arbeiter:innenklasse heute noch nicht das Bewusstsein hat dass man sich gegen die Aufrüstung organisieren muss.

Wirtschaftliche Situation

Mittlerweile zeigt sich verstärkt, dass nicht nur militärische und politische Defizite, sondern auch die aus den internationalen Widersprüchen herrührenden wirtschaftliche Probleme des deutschen Imperialismus überwunden werden müssen. Der deutsche Imperialismus befindet sich in einer seit 2018/2019 anhaltenden strukturellen wirtschaftlichen Krise. Dies zeigt sich etwa darin, dass heute die Industrieproduktion weiterhin deutlich unter dem Niveau von Anfang 2018 liegt, sowie darin, dass sich die deutsche Gesamtwirtschaftsleistung seitdem in einer schwankenden Stagnation befindet. Diese soll laut bürgerlichen Prognosen auch für die nächsten Jahre weiter anhalten. Eine so lange wirtschaftliche „Durststrecke" gab es seit dem Zweiten

31 | https://www.spiegel.de/start/bundeswehr-bewerbungen-steigen-um-mehr-als-18-prozent-a-841762ec-cf96-4936-a845-3277ff54bca5

32 | Palästinasolidarität in Deutschland ein Jahr nach dem 7. Oktober – Wie weiter? (2024), Klassenbildung. https://www.klassenbildung.net/palaestinasolidaritaet-in-deutschland-ein-jahr-nach-dem-7-oktober-wie-weiter

Weltkrieg nicht mehr.

Hinzu kommen die zunehmenden Versuche der USA und Chinas, internationale Produktionsketten nach ihren Interessen zu formen und dadurch andere Länder dazu zu zwingen, sich jeweils strategisch an ihnen zu orientieren.

Auch erste Ansätze, mit Abkommen sowie dem Aufbau von Chipfabriken in Deutschland der fehlenden Autarkie im Bereich zentraler Rohstoffe und strategischer Technologien entgegenzusteuern waren bisher nur von begrenztem Erfolg.[33]

Gleichzeitig trifft die Umstrukturierung der internationalen Produktionsketten und ihre zunehmende Instabilität Deutschland als exportorientierte Wirtschaft besonders hart. Große Kriege, wie wir bereits anhand des Ukrainekrieges beobachten konnten, würden der deutschen Wirtschaft massiv schaden und auch der drittgrößten Volkswirtschaft schwere Schläge zufügen, von der sie sich dann vielleicht nicht mehr so leicht erholen kann.

Ein wirklich groß angelegter Krieg würde auch wirtschaftlich ganz andere Maßnahmen notwendig machen, wie etwa eine mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Umverteilung des Reichtums von unserer Klasse an den Staat in einem noch viel größerem Umfang als bisher. Das wiederum würde die bisherige Taktik, Angriffe langsam und vereinzelt durchzuführen, immer mehr in Frage stellen und die Regierung könnte immer weniger darauf bauen, den Widerstand aus der Bevölkerung gegen Angriffe auf unsere Klasse zu zerfasern.

Die deutsche Wirtschaft wird also an einigen Stellen auf die Probe gestellt, sich den Bedingungen in der Phase der Vorbereitung auf die Neuordnung der Welt anzupassen. Doch diese machen den deutschen Imperialismus keineswegs handlungsunfähig. Das haben nicht zuletzt die Kriegskredite von mehreren hunderten Milliarden Euro und die Verdreifachung des Militärbudgets bewiesen.

Dabei wirkt die deutsche Rüstungsindustrie auf die stagnierende Wirtschaft zunehmend als „belebender“ Effekt. Milliardenaufträge kurbeln nicht nur die Produktion an, sondern auch das wirtschaftliche Wachstum. Einige sehen in ihr das heiß ersehnte Wirtschaftswunder, dass Deutschland aus der Talfahrt holen soll. Mit der steigenden Relevanz und Bedeutung der Rüstungsindustrie und der Aufrüstungspolitik der Bundesregierung wollen wir hier auch kurz erörtern, was an dem Begriff der „Kriegswirtschaft“ dran ist und die Frage beantworten, ob wir heute in Deutschland in einer solchen leben.

33 | So wurde erst vor Kurzem der mit 10 Milliarden Euro subventionierte Bau einer Chipfabrik von Intel in Magdeburg in den Boden gestampft, weil sich das Unternehmen selbst in einer wirtschaftlichen Krise befindet. https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/intel-chipfabrik-100.html

Leben wir in Deutschland in einer Kriegswirtschaft?

Bei einer Kriegswirtschaft geht es um weitaus mehr als lediglich eine erhöhte Waffenproduktion zu haben, höhere Investitionen in die Rüstungsindustrie zu tätigen oder Sparmaßnahmen zur Finanzierung der Aufrüstung durchzuführen.

Bei dem Aufbau einer Kriegswirtschaft geht es um die vollständige Umstellung der Wirtschaft eines Landes auf die Erfüllung der Bedürfnisse des Krieges. Das heißt, dass die Wirtschaft eines Landes so aufgebaut ist, dass sie im Krieg über einen kürzeren oder längeren Zeitraum hinweg, eine militärische Beteiligung des eigenen Landes am diesem ermöglichen kann. Allgemein gilt die Kriegsbeteiligung oder unmittelbare Vorbereitung des eigenen Landes darauf als Voraussetzung für eine Kriegswirtschaft. Ohne sie bedarf es keiner Wirtschaft, die voll und ganz auf Krieg umgeschaltet hat.

Darunter zählt sowohl die Bereitstellung von militärischer Ausrüstung wie Waffen, Munition, Panzern, usw. als auch die Versorgung der Soldat:innen an der Front mit ausreichend Lebensmitteln, Benzin und Medikamenten.

Die Bedürfnisse des Militarismus erheben sich also auch auf wirtschaftlicher Ebene zur obersten Handlungsmaxime und erlangen gegenüber allen anderen Bereichen die höchste Priorität. Alle Ressourcen, Arbeitskräfte und finanziellen Mittel kommen also in erster Linie der Rüstungsproduktion zu. Die Erfüllung anderer gesellschaftlicher Bedürfnisse verliert dahinter mehr an Bedeutung.

Dabei bleiben grundlegende ökonomische Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus während einer Kriegswirtschaft aber weiter bestehen, teils auch stärker ausgeprägt. Das gilt insbesondere für den Monopolprofit und die Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals in den Händen der Rüstungsindustrie. Durch eine massive Umverteilung von unten nach oben, dem Zwang kleinerer kapitalistischer Unternehmen den Rüstungsmonopolen zuzuarbeiten, staatlichen Subventionen und staatsmonopolistischen Vereinigungen wachsen die Rüstungsmonopole rasant an.

Einen Krieg führen zu können bzw. sich als kapitalistischer Staat auf einen solchen vorzubereiten, muss jedoch nicht automatisch mit der Umstellung auf eine Kriegswirtschaft einhergehen, geschweige denn setzt er diese voraus. Länder können sich also auch im Krieg befinden, und zwar über Jahre hinweg, ohne eine Kriegswirtschaft zu haben. So haben zum Beispiel die USA erst gegen Ende des Zweiten Weltkrieges Mitte der 40er voll auf Kriegswirtschaft umgeschaltet und zu Anfang des Krieges gerade

mal einen niedrigen einstelligen Prozentsatz für ihr Militär ausgegeben.[34]

Es gibt keine Art „Checkliste“ zur Definition dieser oder jener Wirtschaft eines Landes als Kriegswirtschaft. Dennoch gibt es einige allgemeine Erscheinungen sowie qualitative und quantitative Entwicklungen, die grob als Orientierung dienen können, um ein wenig mehr Klarheit in die Frage der Kriegswirtschaft zu bekommen. Diese wollen wir nun konkret auch auf Deutschland anwenden.

1. Enorme Rüstungsausgaben

Essenziell für eine Kriegswirtschaft ist die Produktion von massenhaft Kriegsgütern. Dafür braucht es ausreichend finanzielle Ressourcen, um die notwendige Infrastruktur und Stückzahl an Waffen, Panzern, Munition und Sonstigem zu produzieren. In einer Kriegswirtschaft muss also ein Großteil der wirtschaftlichen Leistung in den Militärkomplex fließen und wird dadurch gegenüber dem Kapital, dass in „zivile Bereiche“ wie Lebensmittelproduktion oder Sozialhilfe fließt, die Oberhand gewinnen.[35] In den meisten Fällen wird diese massive Investition von Sozialkürzungen, steigender Inflation und hoher Staatsverschuldung zur Finanzierung der Kriegskredite begleitet.

Die Ausgaben fürs Militär steigen in Deutschland zwar massiv an, jedoch ist Deutschland noch weit entfernt davon einen Großteil seiner Wirtschaftsleistung in die Rüstung zu stecken. Hierzu ein paar Vergleichszahlen:

Während der Verteidigungshaushalt 2020 noch bei 45,65 Milliarden Euro (53,3 Milliarden US-Dollar) lag, wurden die Militärausgaben im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine massiv gesteigert. 2022 erreichte der Verteidigungshaushalt mit 50,33 Milliarden Euro einen neuen Höchststand seit 1992. Zudem wurde das 100 Milliarden Sondervermögen verabschiedet. 2025 sollen sie nochmal auf 86 Milliarden Euro steigen und damit zwei Prozent des deutschen BIP betragen und bis 2029 auf jährlich 152,83 Milliarden Euro steigen. Damit hätte Deutschland seine Ausgaben für sein Militär seit 2020 mehr als verdreifacht.[36]

Im Vergleich zur deutschen Kriegswirtschaft in den 30ern und 40ern amateurhafte Zahlen. Noch vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen wurden 1938 bereits 18,1 Prozent des BIP für Rüstung ausgegeben. Im Laufe des Krieges wuchsen die Ausgaben bis 1944 auf insgesamt 62,15 Prozent.[37] Währenddessen beliefen sich die Rüstungsausgaben der relevantesten europäischen Großmächte wie Frankreich, England und Deutschland am Anfang des Ersten Weltkrieges gerade mal auf 3-4 Prozent des BIP.[38]

Wir können hier zwei Dinge sehen:

1. Dass Deutschland sehr weit entfernt davon ist, einen Großteil seines BIP für Rüstung auszugeben.
2. Ist es schwierig genau festzulegen, dass ab so und so vielen Milliarden für das Militär eine Wirtschaft sich für eine Kriegswirtschaft qualifiziert oder nicht. Denn nicht nur sind die Ausgaben für Kriegsgerät über die Zeit hinweg gestiegen. Das hat mit ihrer Modernisierung, dem technologischen Fortschritt und auch der Entwicklung der Kriegsführung selbst (unkonventionelle und hybride Kriegsführung mit Sabotageaktionen, Spionage, Cyberangriffen, Satellitensystemen, usw.) zu tun. Zahlreiche Faktoren wie die massive Akkumulation von Kapital, steigende Inflation und die Erschließung neuer Kampfbereiche (KI, Raumfahrt, Drohnen, Cyberangriffe) über die Jahrzehnte machen es schwer, historische Zahlen in Vergleich mit heutigen zu setzen. Allgemein kann man aber sagen, um heute kriegstüchtig zu werden, müssen weitaus mehr Kriterien erfüllt sein und mehr Geld in die Hand genommen werden als früher.

Mit der Aushebelung der Schuldenbremse für Militärausgaben hat sich der deutsche Imperialismus aber die Grundlage gelegt, um auch in Zukunft – zumindest auf juristischer Ebene – unkompliziert eine unbegrenzte Ausdehnung der Kriegskredite zu ermöglichen.

2. Massenproduktion von Rüstungsgütern

Die in allen kapitalistischen Ländern stattfindende Produktion und der Verkauf von Kriegsgerät nimmt in einer Kriegswirtschaft dabei eine neue Qualität und Quantität an. Kriegsgüter werden zur Massenware und Industrie und Infrastruktur auf ihre Massenproduktion ausgerichtet. Die Rüstungsindustrie wird dabei zu einer tragenden Industriebranche und die Kriegsproduktion selbst zu einer Konjunkturstütze für die eigene Wirtschaft.

Schauen wir uns die Waffenproduktion in Deutschland an, dann kann hier nicht von einer industriellen Massenfertigung gesprochen werden. Ja, die

34 | In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg lagen die Militärausgaben der USA gerade mal bei 0,7 Prozent während sie zwischen 1941-1944 rund 32 Prozent erreichten. Economic History Association: Military Spending Patterns in History: https://eh.net/encyclopedia/military-spending-patterns-in-history/

35 | Während des Hitlerfaschismus sollten so z. B. gemäß der Vereinbarung vom Juni 1933 die Militärausgaben fast dreimal so hoch sein wie die Summe aller 1932 und 1933 angekündigten zivilen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Tooze, Adam: The Wages of Destruction: The Making and Breaking of Nazi EconomyTooze (2006), S. 55.

36 | https://www.bmvg.de/de/aktuelles/pistorius-gibt-statement-etatentwurf-2025-5958010

37 | Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland von 1925 bis 1944 und in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2015 im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung, Deutscher Bundestag (2017) https://www.bundestag.de/resource/blob/503294/493c4e3a31e0705bd3b62a77d449bc76/wd-4-025-17-pdf-data.pdf

38 | Tooze, Adam; Martin, James R. (2016): The Economics of the war with Nazi-Germany, S. 31. https://adamtooze.com/wp-content/uploads/2016/03/Tooze-Martin-Economics-of-War-Against-Hitler-CambHistWW2Vol3.pdf

deutsche Rüstungsindustrie floriert aktuell, was man beispielhaft an dem größten deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall sehen kann.[39]

Dennoch macht der Anteil der Rüstungsindustrie am Gesamt-BIP der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu allen anderen Bereichen weiterhin nur einen winzig kleinen Bruchteil aus. Wir können aber schon jetzt sehen, wie gewisse Industriezweige sich stärker der Militarisierung hinwenden. Insbesondere die deutsche Automobilindustrie hat seit ihrer krisenhaften Entwicklung im Zuge der Corona- und Energiekrise sowie der „Zeitenwende" begonnen, eigene Kapazitäten von der Automobil- hin zur Rüstungsindustrie zu verlagern. Im Juni 2024 unterzeichnete Rheinmetall gemeinsam mit dem deutschen Automobilzulieferer Continental die Übernahme ehemaliger Mitarbeiter:innen. Auch der Maschinenbauer Heidelberger Druckmaschinen ist bereits ins Kriegsgeschäft eingestiegen. [40]

Die Militarisierung der restlichen wirtschaftlichen und zivilen Bereiche schreitet also auch hier in Deutschland voran. Seit Kurzem finden auch Beratungen der Bundeswehr für deutsche Unternehmen statt, wie sie sich im Ernstfall eines nächsten großen Krieges zu verhalten haben. Die Grundlage der Beratungen stellt der Operationsplan Deutschland dar.

3. Verstärkter Staatskapitalismus und Wirtschaftsregulierung

Zur einheitlichen Planung, Verteilung und Kontrolle der für den Krieg benötigten Ressourcen gewinnen auch staatskapitalistische Elemente an Bedeutung in Kriegswirtschaften. Darunter zählt unter anderem die Festlegung von bestimmten Produktionsplänen und -zielen für die Rüstungsindustrie und eine zentralisierte und durch den Staat geplante und kontrollierte Ressourcenverteilung, die es ermöglicht, Rohstoffe und kriegsrelevante Industrien und Güter für den Gebrauch der Armee zu priorisieren.

Die Notwendigkeit einer immer engeren Verflechtung von Teilen des Monopolkapitals (insbesondere der Rüstungsmonopole) mit dem bürgerlichen Staatsapparat ergibt sich dabei unmittelbar aus dem Wesen und Ziel einer Kriegswirtschaft und imperialistischen Kriegen selbst: In einer Kriegswirtschaft stehen die Bedürfnisse des Krieges und Militärs in erster Reihe. Kriege wiederum sind lediglich „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Sie stellen also die direkte militärische Umsetzung der Interessen der herrschenden Klasse dar und der bürgerliche Staatsapparat und die Armee sind ihr Mittel zum Zweck. Der Krieg und die Rahmenbedingungen unter welchen die Imperialisten herrschen, sind also aufs engste miteinander verknüpft. Der Ausgang des Krieges bestimmt dabei über die weitere Ausdehnung und Erhaltung ihrer Macht oder ihrem (Teil-)Verlust. Wird der Krieg verloren, müssen sich die Herrschenden mit schlechteren Bedingungen abfinden, um ihre Macht auszuüben oder gar mit einem vollständigen Machtverlust rechnen. In diesem Sinne muss also nicht nur der Krieg durch den Staat geplant und organisiert werden, sondern auch zunehmend die Wirtschaft, die mit diesem verschmilzt.

Wie die planmäßige Einmischung durch den Staat konkret aussieht, hängt dabei von dem Verhältnis ab, das in jedem kriegführenden Land zwischen den Ressourcen und den Kriegsbedürfnissen besteht, aber auch von historischen Bedingungen. Der höchste Grad der „Regulierung" der Wirtschaft wies z. B. Deutschland auf, da große Teile des Rüstungspotenzials im Vergleich zu den militärischen Bedürfnissen sehr unzureichend waren. Allgemein mischte sich der deutsche Staat historisch jedoch schon immer stark in die Wirtschaft ein.[41]

Diese Verschmelzung nahm z. B. während des Hitlerfaschismus die Form verschiedener Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft (Reichsgruppen) oder offizieller staatlicher Behörden (Ministerien, Vierjahresplanorganisation, „Wirtschaftsberater des Führers") an.

Bisher halten sich die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft noch in Grenzen bzw. im „normalen" Rahmen, aber es sind erste Ansätze einer stärkeren Zentralisierung der staatlichen Befugnisse, in wirtschaftliche Prozesse zugunsten der Rüstungsproduktion einzugreifen, zu sehen.

So nimmt die staatliche Beteiligung an Rüstungskonzernen in den letzten Jahren kontinuierlich zu und damit auch der Einfluss auf Entscheidungen durch den Staat selbst. Der deutsche Staat ist schon lange an den Firmen Airbus, MBDA Deutschland und Jenoptik beteiligt. 2021 erwarb die Bundesregierung insgesamt 25,1 Prozent der Anteile des am Unternehmen beteiligten Finanzinvestors KKR und hält seitdem eine Sperrminorität[42]. Der Kauf wurde damals mit „sicherheitspolitischen Gründen" gerechtfertigt, um den Zugriff „unfreundlicher Mächte" auf Schlüsseltechnologien wie Sensorik und Verschlüsselungstechnik zu verhindern.

Auch Kriegsminister Pistorius fordert

39 | Dieser hat eine neue Munitionsfabrik im nordsächsischen Unterlüß und in Litauen, in Berlin-Wedding soll der Autozulieferer Pierburg zur Waffen- und Munitionsschmiede umgebaut werden, selbes gilt für zwei Werke in Neuss bei Düsseldorf die nun von ziviler auf militärischer Produktion umstellen sollen. Rheinmetalls Aktienwert hat sich von ursprünglich 90€ im Februar 2022 auf mittlerweile 1.700€ fast verneunzehnfacht und der Konzern war unter anderem auch direkter Profiteur der Sondervermögen der Bundesregierung.

40 | https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heidelberger-druck-steigt-ins-ruestungsgeschaeft-ein-vincorion-102.html

41 | Varga, Eugen (1943), Die historischen Wurzeln der Besonderheiten des deutschen Imperialismus.

42 | Mit einer Sperrminorität hat man die Möglichkeit in Abstimmungen durch den Besitz eines gewissen Anteils z. B. des Unternehmens oder Sitze im Parlament, Entscheidungen und Beschlüsse zu verhindern. Die Entscheidungsgewalt ist also zu einem großen Teil bei sich selbst konzentriert.

ein generelles Vorkaufsrecht für die Bundeswehr bei deutschen Rüstungskonzernen.[43] Der Ex-Kanzler Olaf Scholz äußerte in der Vergangenheit die Forderung der Rüstungsindustrie langfristige Abnahmegarantien durch die Regierung und andere Länder zu zusichern und zusätzliche Geräte und Geschosse künftig auf Vorrat produzieren zu lassen.[44]

4. Wirtschaftliche Unabhängigkeit in Schlüsselindustrien

Die Unabhängigkeit von anderen Staaten und der Aufbau von eigenen „Standbeinen" in Schlüsselindustrien wie Energie, Kommunikation, Rüstung, usw. gewinnen im Zuge der weltweiten Kriegsvorbereitungen und der zunehmenden protektionistischen Außenpolitik an Bedeutung. Denn während Kriegen kann sich aufgrund der instabilen internationalen Lage nicht auf internationale Produktionsketten gestützt werden und stattdessen müssen eigene Industrien im Land hochgezogen werden.

Auch hier bereitet sich Deutschland strategisch vor, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit in verschiedenen Bereichen zu erlangen. Diese muss in vielen Bereichen aber noch vorbereitet werden. Eine Selbstversorgung wäre zwar schon möglich für eine gewisse Zeit, aber nicht für einen länger angelegten Krieg und im Falle von umfangreichen Sanktionen.

Die Frage der Unabhängigkeit im Energiesektor hat mit dem Ausbruch des Ukrainekrieges und dem Wegfall eines Großteils des russischen Gases im Zuge der Sanktionspolitik des Westens gegen Russland nochmal an Relevanz für den deutschen Imperialismus gewonnen. Doch bereits davor war der systematische Aufbau erneuerbarer Energien (Windräder, Wasserwerke) ein strategisches Ziel.[45] Denn unter dem Deckmantel des Klimaschutzes soll das historische Problem des deutschen Imperialismus, kaum Quellen fossiler Brennstoffe auf dem eigenen Territorium zu haben, behoben werden. Bis 2050 soll 46 Prozent des Energiebedarfs über Strom gedeckt werden, aktuell werden das nur 19 Prozent. Gleichzeitig soll der Energieimport von 70 auf 27 Prozent gesenkt werden. Zur Erreichung dieser Unabhängigkeit sollen in den kommenden 25 Jahren ca. 3,3 Billionen Euro in den Ausbau von Anlagen erneuerbarer Energie, die Energieinfrastruktur, usw. investiert werden.[46]

Darunter fällt zum Beispiel auch das „Lithium-Abkommen" zwischen Serbien und der EU. Damit sichern sich europäische Konzerne ein Vorrecht auf das größte Lithiumvorkommen in Europa. Lithium ist einer der wichtigsten Rohstoffe bei der Umstellung auf erneuerbare Energieträger und ist damit essenziell für die deutsche „Energiewende". Lithium wird so etwa zur Speicherung von Energie benötigt.[47]

Auch die Chipindustrie ist bei der Vorbereitung auf kommende Kriege von besonderer Bedeutung. Chips werden in eigentlich allen technischen Geräten verwendet und gebraucht. Gerade im Kriegsfall werden diese in großer Quantität gebraucht für Sensoren, Raketen, usw. Der absolute Großteil der Halbleiterproduktion konzentriert sich dabei auf den ostasiatischen Raum, insbesondere in Taiwan. Taiwan stellt mit seinem rund 70 prozentigen Anteil an der globalen Chipproduktion den absoluten Vorreiter dar. Bei hochmodernen Logikchips sind es sogar 92 Prozent.[48] Deutschlands hinkt mit seinen drei Prozent da sehr stark hinterher und bezieht 62 Prozent seiner Halbleiter aus nur fünf asiatischen Ländern, davon 23 Prozent aus Taiwan. Dafür wurden zahlreiche neue Standorte für Chipproduktionsstätten oder der Ausbau bereits bestehender in den letzten Jahren beschlossen: Darunter ein neues Werk in Itzehoe und die Ansiedlung des taiwanesischen Unternehmens TSMC in Dresden.

Um sich in diesem Bereich strategisch unabhängiger zu machen, wurde im Juli 2023 von der EU das Europäische Chipgesetz beschlossen. Dieses soll die Halbleiterindustrie in der EU stärken, Abhängigkeiten von Drittstaaten verringern und den eigenen Marktanteil erhöhen.[49]

Um also die Frage vom Anfang zu beantworten: Nein, wir leben heute in Deutschland in keiner Kriegswirtschaft. Weder können wir heute davon sprechen, dass die gesamte Wirtschaft den Bedürfnissen des Krieges untergeordnet ist, noch wird auch nur eins der historisch beobachteten Merkmale annähernd erfüllt. Hinzu kommt, dass aktuell eine Kriegswirtschaft weder eine Notwendigkeit noch ein Bedürfnis des deutschen Imperialismus in seiner konkreten Lage darstellt. In erster Linie geht es ihm nämlich darum, die Rüstungsindustrie überhaupt wieder hochzufahren.[50]

43 | https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-boris-pistorius-erwaegt-vorkaufsrecht-bei-ruestungsguetern-aus-deutscher-produktion-a-7f9760bb-9969-430f-b0d5-8721f8b2519c

44 | https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-will-die-munitionsherstellung-hochfahren-a-08f31df7-631e-47e2-9227-a76a415fe6eb

45 | Bereits die Nazis arbeiteten an der technologischen Entwicklung erneuerbarer Energieversorgung, um ihrer Abhängigkeit von Öl und Kohle im Zuge der Sanktionen und Blockaden durch die Alliierten Abhilfe zu verschaffen. Windräder und die Verflüssigung von Kohle sollten eine autarke Energieversorgung im Land herstellen und wurden für den Betrieb von Kriegsmaschinen genutzt. https://www.spiegel.de/geschichte/windkraft-im-nationalsozialismus-der-traum-vom-reichskraftturm-a-cac2a3b9-c80e-423a-9179-90a0792e8014 und https://www.deutschlandfunk.de/treibstoff-fuer-den-krieg-100.html

46 | https://www.dnv.de/news/2025/deutschland-auf-gutem-weg-zur-energie-unabhaengigkeit/

47 | https://perspektive-online.net/2024/07/umweltverschmutzung-und-ausplunderung-europaeische-konzerne-sichern-zugriff-auf-serbisches-lithium/

48 | https://eurotext.de/blog/industrie-in-taiwan/#:~:text=Fazit-,Taiwan%20ist%20ein%20hochmodernes%20Industrieland%20und%20weltweit%20vor%20allem%20als,der%20weltweiten%20Auftragsfertigung%20von%20Halbleitern.

49 | https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/factpages/chips-act

50 | Bundeswehrtagung 2023: Rede von Boris Pistorius, Youtube.de 10.11.2023.

Bündnisfrage und militärische Unabhängigkeit

Im Zuge des Ukrainekrieges und der „Zeitenwende“ wurde die Partnerschaft des deutschen Imperialismus mit Russland aufgekündigt und auch das transatlantische Bündnis der EU mit den USA in Form der NATO bröckelt unter der Trump-Regierung, die ihr Land in Stellung für einen Krieg mit China bringen will.

Für den deutschen Imperialismus stellt sich schon jetzt, aber auch in Zukunft die Frage, welche temporären Bündnisse er mit wem eingeht, um seine Vormachtstellung in Europa weiter zu behalten und sich für seine kommenden Schlachten in Position zu bringen.

Die Komplexität der Wechselverhältnisse erschwert es ungemein, hier zukünftige Entwicklungen konkret vorherzusagen. Insbesondere können aktuelle Tendenzen nicht einfach linear in die Zukunft fortgeführt werden. Bündniskonstellationen, die sich heute abzeichnen und der kommende Krieg können und werden ganz anders aussehen als wir uns das heute vielleicht vorstellen.

Dennoch ist es notwendig, bestimmte Tendenzen zu beschreiben und Schlussfolgerungen für unsere Politik heute zu treffen. So können wir zum Beispiel davon ausgehen, dass die grundsätzliche Rivalität zwischen den USA und China als den beiden Mächte, die um die Hegemonie im imperialistischen Weltsystem kämpfen, weiterhin bestehen bleiben wird. Doch wo steht Deutschland gerade in seiner Bündnisarbeit?

Aktuell steht Deutschland vor allem vor der Aufgabe, militärisch mit den anderen europäischen Staaten gleichzuziehen und diese zu überholen. Deshalb hat Friedrich Merz die Losung ausgegeben, Deutschland müsse die stärkste konventionelle Armee in Europa aufbauen.

Die Militarisierung Deutschlands erfolgt mittelfristig nicht unabhängig, sondern im Rahmen der bestehenden internationalen Bündnisse: Nämlich der NATO, die vor allem von den USA dominiert wird, und der EU, in der Frankreich neben Deutschland die führende imperialistische Macht ist. Frankreich drängt bereits seit der Nachkriegszeit und der Debatte um eine deutsche Wiederbewaffnung auf eine europäische Armee (wie sie z. B. mit der 1954 gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgesehen war), so wie auch Macron in den vergangenen Jahren.[51] Dies soll vor allem dem Zweck dienen, Deutschland militärisch unter Kontrolle zu halten. Die USA verfolgen im Rahmen der NATO dasselbe Ziel mit allen westeuropäischen imperialistischen Ländern. Eine tatsächliche gemeinsame Armee aus europäischen Ländern oder aus NATO-Bündnispartnern ist aufgrund der Interessenwidersprüche innerhalb des Lagers der westlichen Imperialisten weiterhin keine realistische Perspektive. Trotzdem gibt es zwischen den Ländern in der EU und der NATO eine bestimmte indirekte Arbeitsteilung aus militärischer Sicht: Frankreich und Großbritannien als Atommächte mit nuklearer Bewaffnung, Polen als hochgerüsteter Frontstaat im Osten, Deutschland als logistisches Drehkreuz im Herzen Europas.

Deutschland wiederum betreibt innerhalb dieser Bündniskonstellationen seit Jahrzehnten eine Politik des Ausbalancierens gegenüber den USA, Frankreich, England, Russland und China: Politische und militärische Bindung an den Westen bei gleichzeitigem Ausbau der Handelsbeziehungen mit China und Russland. Letzteres geht seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs nicht mehr so wie bisher, was sich u. a. in der Energiekrise seit 2022 durch Wegfall russischer Gaslieferungen geäußert hat.

Auf der militärischen Ebene hat sich Deutschland seit den 1950er Jahren vor allem an die USA angelehnt und durch selektive deutsch-französische bzw. EU-Projekte zugleich versucht, eine zu starke, einseitige Abhängigkeit von den USA zu vermeiden.

Auf der anderen Seite hat Deutschland aber auch kein Interesse daran, sich über die EU militärisch einseitig an Frankreich zu binden. Stattdessen geht die Politik des Ausbalancierens weiter: Mit Frankreich entwickelt Deutschland einen neuen Kampfpanzer und ein gemeinsames Kampfflugzeug, wobei genau ausverhandelt wurde, welches Land welche Komponenten beisteuert und welche Teile wiederum „technologieagnostisch“ bleiben (d. h. von jedem einzelnen Land mit den jeweils eigenen Komponenten bestückt werden kann, die es nicht teilen möchte)[52]. Bei der Luftabwehr hat Deutschland Frankreich gegen dessen lauten Protest aber übergangen und setzt statt einer eigenen EU-Lösung auf das israelisch-amerikanische Arrow-3-System[53]. Zu diesem Zweck hat es mit der „European Sky Shield Initiative“ 2022 eine Partnerschaft mit zahlreichen europäischen NATO-Ländern (z. B. England, Türkei, Polen, Dänemark, Benelux, Skandinavien) ins Leben gerufen – Frankreich, Italien und Spanien sind nicht dabei[54].

Die weitere Perspektive der deutschen Aufrüstung in diesem internationalen Kontext hängt dabei von zahlreichen Fragen ab, die wir hier und heute nicht beantworten können. Darunter kann man sicherlich folgende Fragestellungen zählen:

51 | Der deutsche Imperialismus in Europa, Kommunismus (2020), Kommunistischer Aufbau. https://komaufbau.org/kommunismus-16-jan-2020/

52 | https://perspektive-online.net/2024/04/aufruestung-deutschland-und-frankreich-bauen-neuen-kampfpanzer/

53 | https://perspektive-online.net/2024/05/aufruestung-wer-kontrolliert-europas-luftraum/

54 | https://www.bmvg.de/de/aktuelles/european-sky-shield-die-initiative-im-ueberblick-5511066

- Wie entwickeln sich die Widersprüche zwischen den USA und China weiter?
- Wie entwickeln sich die nuklearen Kapazitäten in Europa weiter, d. h. halten die USA im Grundsatz am nuklearen Schutzschild fest oder kommt es zu einem Ausbau der atomaren Aufrüstung Frankreichs?
- Welcher westeuropäischen Macht aus dem Trio Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich gelingt es am besten, die beiden anderen in die Umsetzung eigener strategischer Ziele einzuspannen? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Polen, Italien und kleinere europäische Länder?
- Kommt es zu weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen in Osteuropa z. B. durch ein Testen der NATO durch Russland im Baltikum, und in der Folge zu einem begrenzten konventionellen Krieg der NATO mit Russland? Welche Staaten würden sich in einem solchen Krieg wie stark beteiligen?

Schaffung einer neuen Massenarmee

Nicht nur auf militärische Ausrüstung bezogen, sondern insbesondere personell muss eine neue Quantität und Qualität geschaffen werden, um tatsächlich zu einer relevanten militärischen Macht aufsteigen zu können und als Voraussetzung um wieder aktiver Player in konventionellen größer angelegten Kriegen z. B. gegen Russland bestehen zu können. Unter anderem deswegen ist die Wehrpflicht auch ein Schlüsselstück in der aktuellen Militarisierung Deutschlands.

Der Eintritt in die Phase der Neuordnung der Welt beziehungsweise ihre unmittelbare Vorbereitung bringt den deutschen Imperialismus in eine Lage, in der er nicht mehr alleine im Windschatten der militärischen Großmacht der USA und NATO ungestört seine Macht weiter ausbauen kann. Die Notwendigkeit, selbst zu einer militärischen Großmacht zu werden und auch in Zukunft in Fragen der Sicherheitspolitik in Europa den Ton angeben zu können und nicht von seinem französischen oder englischen Konkurrenten abgehängt zu werden, drängt sich ihm immer weiter auf. Das neue Wehrdienstgesetz und die Schaffung einer Massenarmee ist also, so wie der gesamte Militarisierungsprozess in Deutschland, eine Antwort auf die politischen Entwicklungen des imperialistischen Weltsystems hin zu einem neuen großen Umverteilungskrieg.

Bei unserer Bewertung, ob es sich in Zukunft bei der Bundeswehr um eine Massenarmee handelt oder nicht, darf es uns daher gerade nicht lediglich um den quantitativen Umfang der Armee gehen. Denn selbst mit dem erklärten Ziel eines Gesamtumfangs von 460.000 Soldat:innen (davon 260.000 aktive Soldat:innen und 200.000 Reservist:innen) würde die Bundeswehr noch weit unter ihrem historischen Höchststand von ca. 500.000 aktiven Soldat:innen und 800.000 Reservist:innen liegen.[55]

In erster Linie ist für uns ihre qualitative Zusammensetzung ausschlaggebend, das heißt aus welchen Klassen sie sich (hauptsächlich) zusammensetzt. Eine Massenarmee lässt sich also nicht nur über eine bestimmte Größe definieren, sondern vor allem darüber, dass sie sich hauptsächlich aus Arbeiter:innen und Unterdrückten zusammensetzt und nicht mehr aus hoch ausgebildeten spezialisierten Berufssoldat:innen, die durch ihre Stellung im Produktionsprozess gar nicht (mehr) Teil der Arbeiter:innenklasse sind und sich von dieser ökonomisch, politisch und vor allem ideologisch weit entfernt haben. Der deutsche Imperialismus möchte also auf der einen Seite wieder eine größere, für konventionelle Kriege geeignete Armee schaffen. Gerade für dieses Vorhaben müssen die Herrschenden aber immer breitere Teile der unterdrückten Klasse einbeziehen und schaffen damit den Nährboden für das stärkere Hervortreten von Klassenwidersprüchen auch innerhalb der bürgerlichen Armee.

Neben einer schlagkräftigen Massenarmee wird eine Wehrpflicht durch den Aufbau von einer immer größeren Reserve außerdem auch dazu führen, dass immer mehr Teile unserer Klasse ganz direkt mit der Frage des Krieges und der Aufopferung ihres Lebens für die Interessen der Imperialisten in Berührung kommen werden. Die Wehrpflicht ist also nicht nur ein Mittel, um neue Rekrut:innen zu gewinnen, sie ist ebenso Teil der „Durchtränkung des gesamten Volkslebens“ wie Liebknecht es beschrieben hat und wird dem Militarismus tatsächlich die Möglichkeit geben, in immer mehr Häuser, Universitäten, usw. Einfluss zu gewinnen. Dadurch wird die Frage der Kriegstüchtigkeit aber auch automatisch zu einer ganz persönlichen Frage für jeden Einzelnen. Doch wie stehen wir Kommunist:innen eigentlich zur Wehrpflicht?

55 | Anzahl der Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr von 1959 bis 2024 (2025), statista: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/495515/umfrage/personalbestand-der-bundeswehr/

Welche Haltung sollten wir Kommunist:innen zur Wehrpflicht haben?

Die Wehrpflicht spielt für die BRD in der Frage der strategischen Aufrüstung für einen Dritten Weltkrieg und den Aufbau einer konventionellen Massenarmee eine zentrale Rolle. Die Wehrpflicht bestand in der Bundesrepublik Deutschland seit 1956. 2011 wurde sie dann als Teil einer umfassenden Bundeswehrreform unter Kanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu

Guttenberg ausgesetzt.[56]

Die massive Umstrukturierung der Bundeswehr war das Ergebnis einer veränderten weltpolitischen Lage und entsprechend neuen Bedürfnissen des deutschen Imperialismus. Während unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die BRD mithilfe der USA im Schnelltempo wieder aufgerüstet wurde, um als Bollwerk gegen den Sozialismus in der Sowjetunion zu dienen, verlor diese Funktion nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Ende der 90er Jahre und dem Ende des Kalten Krieges an Bedeutung.

Ein groß angelegter konventioneller Krieg war zunächst nicht mehr auf der Tagesordnung des deutschen Imperialismus. Stattdessen wollte er seinen ökonomischen und politischen Einfluss insbesondere international ausweiten. Durch den Zerfall der Sowjetunion ergaben sich einige Möglichkeiten für die deutschen Imperialisten ihrem eigenen Machtbestreben nachzukommen und aggressiv auf die internationale Bühne zu drängen. Denn mit der Einverleibung der DDR war auf einmal wieder der Weg in den Osten frei. Osteuropa und besonders der Balkan rückten auf einmal wieder in greifbare Reichweite der deutschen imperialistischen Bestrebungen.[57]

Dafür benötigte er eine hochprofessionell ausgebildete Armee von Berufssoldat:innen, die schnell, flexibel und schlagkräftig in verschiedenen „Krisengebieten“ eingesetzt werden konnte. Eine konventionelle Armee, die zum Großteil aus Wehrpflichtigen mit einer wenigen Monate langen Grundausbildung bestand, war hier eher ein Klotz am Bein.

Im Zuge dessen wurde die Truppenstärke von rund 250.000 auf 183.000 aktive Soldat:innen reduziert, zahlreiche Kasernen zur Ausbildung Wehrpflichtiger geschlossen, die Bundeswehr mit Fokus auf Auslandseinsätze umstrukturiert und die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt.

Mit der Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 veränderte sich die politische Lage drastisch. Für das gesamte imperialistische System läutete er eine neue Phase zwischenimperialistischer Auseinandersetzungen ein, in welcher die Wahrscheinlichkeit offen militärisch ausgetragener Konflikte rasant anstieg und die Vorbereitungen für einen Dritten Weltkrieg sich zugespitzt haben.

So ein Weltkrieg ist jedoch etwas anderes als die vielen kleinen und dauerhaften Kriegsherde der letzten Jahrzehnte, in die sich die BRD geworfen hat. Ein Dritter Weltkrieg wird maßgeblich durch konventionelle Kriege und Auseinandersetzungen geprägt sein – und macht so wieder eine konventionelle Armee für Deutschland notwendig, wenn Europa wieder zum Schlachtfeld wird.

Mit Trumps zweitem Amtsantritt orientiert sich der US-Imperialismus auch immer stärker auf die Vorbereitungen eines Krieges mit seinem größten Rivalen China. Die EU müsse lernen, sich selbst und ohne die USA zu verteidigen. Diese neue Härte in der amerikanischen Außenpolitik ging sogar so weit, dass Trump die NATO-Beistandspflicht offen in Frage stellte.[58] Damit wurden „Kriegstüchtigkeit“ und der Aufbau einer konventionellen Armee wieder zur obersten Priorität.

Die Einführung der Wehrpflicht ist auf der einen Seite eine geostrategische Notwendigkeit für den deutschen Imperialismus in den kommenden Jahren und auch Konsens unter führenden Politiker:innen, Generälen und Medien-Häusern. Warum sie bis jetzt aber noch nicht wieder eingesetzt wurde, liegt dabei an zwei Gründen: Erstens an den fehlenden Ausbildungskapazitäten und zweitens an dem Bewusstseinsstand der Massen.

Die fehlenden Ausbildungskapazitäten und fehlende Datenerhebungen über die Wehrdienstfähigkeit von jungen Männern in Deutschland sind konkrete praktische Hürden für den deutschen Staat. Denn mit dem Umbau zu einer Spezialarmee wurden auch die Kasernen und Ausbildungskapazitäten abgebaut. Diese Lücke will der deutsche Staat jetzt eben füllen, damit er ab 2029 rund 30-40.000 Rekrut:innen pro Jahr ausbilden kann. Um tatsächlich Millionen in den Krieg schicken zu können und eine Wehrpflicht für große Teile von Jahrgängen in Betrieb zu nehmen, braucht es jedoch noch eine erheblichere Steigerung dieser Kapazitäten.

Das neue Wehrdienstgesetz sieht dabei zunächst eine Zielstärke von 260.000 aktiven Soldat:innen – insgesamt etwa 460.000 inklusive Reservist:innen – und verpflichtende Musterungen für Männer ab dem 18. Lebensjahr ab 2027 vor. Bis dahin sollen von Männern verpflichtende Onlinefragebögen über ihre Eignung ausgefüllt werden. Sobald der Bedarf an Kanonenfutter nicht gestillt werden kann, sollen Bundesregierung und Bundestag die Möglichkeit haben, per einfachem Entscheid die Wehrpflicht zu aktivieren. Damit wäre die Reaktivierung der Wehrpflicht – so wie es aktuell gesetzlich geregelt ist – nicht mehr an den Kriegsfall gekoppelt.[59]

56 | Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Ziele, Maßnahmen, Herausforderungen (2014), Bundestag. https://www.bundestag.de/resource/blob/412254/04d0b8db2d14ece-3a72d-9b580c9578a6/WD-2-040-14-pdf-data.pdf

57 | Die größte Bedrohung war laut den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ nicht „die unmittelbare territoriale Bedrohung Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln“. Stattdessen schloss sich Deutschland dem „war against terrorism“ der USA an und begründete seine militärischen Interventionen in anderen Ländern vor allem mit seiner internationalen Verantwortung im Kampf gegen Terrorismus, diktatorische Regime und zur „Krisenbewältigung“. Verteidigungspolitische Richtlinien (2011), Bundesministerium für Verteidigung.

58 | https://www.spiegel.de/ausland/donald-trump-aeussert-erneut-zweifel-an-nato-beistandspflicht-a-a1e241b9-c92f-4aac-921a-45f45127fc35

59 | https://www.bmvg.de/de/neuer-wehrdienst

Unsere Haltung als Kommunist:innen zur Wehrpflicht und im weiteren Sinne unser Verhältnis zur bürgerlichen Armee hängen von verschiedenen Faktoren ab. Um eine richtige Antwort auf diese Fragestellung zu finden, ist in erster Linie ein richtiges Verständnis der Strategie und Taktik auf dem Weg zum Sozialismus notwendig.

Unser Verhalten und unsere Position zur Wehrpflicht müssen sich in unsere allgemeinen strategischen Grundsätze und Ziele einbetten und in diesem Rahmen muss eine Antwort darauf gefunden werden. Die strategische Aufgabe in Deutschland besteht in der Organisierung des Proletariats für die sozialistische Revolution und den Sturz des deutschen Imperialismus. Noch sind die Bedingungen dafür jedoch nicht reif und wir befinden uns in der Phase der strategischen Defensive. Als unbedingte Vorbedingung für einen erfolgreichen Hieb gegen den Imperialismus gilt es heute den Aufbau einer Kommunistischen Partei voranzutreiben, die überall dort, wo die Klasse lebt und kämpft, tief verankert ist. Das ist das nächste strategische Zwischenziel, welches unsere Politik leiten und in dessen Rahmen wir heute Entscheidungen treffen müssen.

Gerade jetzt, wo sich die Imperialisten für einen neuen Krieg vorbereiten, wird diese strategische Zielsetzung einen früher oder später vor die Frage stellen, wie auch eine Arbeit innerhalb der bürgerlichen Armee aufgebaut werden kann. Denn mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht wird langfristig ein größerer Teil unserer Klasse zumindest zeitweise Teil dieser Armee werden.

Sich vor dem Aufbau einer kommunistischen Massenarbeit innerhalb der Armee der Herrschenden (das heißt auch gezielt Kader:innen in die Bundeswehr zu schicken) zu verschließen, würde also einen gewichtigen Teil unserer Klasse letztlich der bürgerlichen Propaganda und dem Militarismus ohne Alternative ausliefern. Neben den Betrieben, Schulen, Universitäten und Straßen müssen wir eben auch die Kasernen, Ausbildungszentren und die Kriegsfronten aus den Händen der Kapitalist:innen reißen.

Strategisch dürfen sich die Kommunist:innen also nicht vor der Aufgabe drücken, eine gezielte Arbeit in der bürgerlichen Armee zu entfalten, revolutionäre Inhalte unter Wehrpflichtigen und Soldat:innen zu verbreiten und dadurch die Schwächung des eigenen Imperialismus und seiner „Verteidigungskraft“ zu organisieren.

Doch heißt das, dass wir uns heute sofort alle für den Dienst in der Bundeswehr melden werden? Nein, denn die Frage, wie wir uns zur Wehrpflicht verhalten, hängt wiederum von einigen objektiven und subjektiven Faktoren, sowie taktischen Überlegungen ab.

Die Bundeswehr ist mit ihren knapp 200.000 Soldat:innen kein Querschnitt der Gesellschaft und weit von einer Massenarmee entfernt. Eine allgemeine Wehrpflicht, die hunderte und tausende gegen ihren Willen in den Militärdienst zwingt, gibt es aktuell nicht – auch wenn dies vorbereitet wird. Ihrem Charakter nach ist die Bundeswehr also noch immer mit dem Ziel aufgebaut, eine Armee aus hoch ausgebildeten und ideologisch fest von der bürgerlichen Ordnung und dem Staat überzeugten Spezialist:innen zu sein.

Hinzu kommt eine extrem schwach ausgeprägte antimilitaristische Bewegung, die ideologisch in weiten Teilen sehr diffus ist und klassisch bürgerlich-reformistische, revolutionär-kommunistische Pole und sich offen auf die Seite des (deutschen) Imperialismus schlagende Kräfte beinhaltet Eine breite, in der Arbeiter:innenklasse verankerte Bewegung gegen Krieg und Aufrüstung gibt es bis dato nicht. Die Arbeiter:innenklasse in Deutschland zeigt sich im Gegenteil noch sehr schläfrig, die unmittelbaren Kriegsvorbereitungen (100-Milliarden-Sondervermögen, 500-Milliarden-„Infrastrukturpaket“, Neues Wehrdienstgesetz, usw.) als Angriffe auf unsere Klasse wahrzunehmen und die Kriegspropaganda in „freiheitlich-demokratischem“ Gewand zu durchschauen.

All diese Faktoren bedeuten für uns heute also eins: Heute kann es uns nicht darum gehen, massenhaft Kader:innen in die Bundeswehr zu schicken, um dort von innen zu arbeiten. Heute muss es uns in erster Linie darum gehen, die Keime einer antimilitaristischen Bewegung zu legen. Dafür gilt es die Kriegstreiberei vor unserer Klasse als solche zu entlarven und die Rolle der Wiedereinführung der Wehrpflicht als Teil dieser Militarisierung und Aufrüstung klar zu benennen. Solange die Bundeswehr den Wandel zur Massenarmee noch nicht vollendet hat, ist es unsere Aufgabe, diesem Prozess so viele Steine in den Weg zu legen wie nur möglich und möglichst viele Menschen von einem Dienst in der Bundeswehr abzuhalten.

Wichtig dabei ist: Eine Veränderung all dieser Faktoren im Zusammenspiel kann in Zukunft eine schnelle Veränderung der eigenen Politik und Losungen mit sich bringen. Dieser qualitative Sprung muss dann erkannt und passend darauf reagiert werden. Die konkrete Positionierung und das eigene Verhalten gegenüber der Wehrpflicht ist also eine taktische Frage. Sie wird sich noch verändern im Laufe der Zeit bis zum strategischen Ziel, der sozialistischen Revolution. Das heißt, das, was heute richtig ist und im Vordergrund steht, wird und kann unter anderen Umständen falsch sein.

Strategisch gesehen wird jedoch die Arbeit in der Bundeswehr ab einem bestimmten Punkt zu einer praktischen Notwendigkeit werden, um

der sozialistischen Revolution einen Schritt näher zu kommen.

Doch natürlich gibt es auch andere Positionen zur Wehrpflicht, die zwar an legitimen Gedanken ansetzen, jedoch entweder taktische Bedingungen ignorieren oder die Arbeiter:innenklasse objektiv im Stich lassen. Damit wollen wir uns jetzt nochmal kurz auseinandersetzen. Grundsätzlich gibt es von fortschrittlichen Organisationen und Kräften deutlich seltener Positionen, die aus falschen Haltungen für die Einführung der Wehrpflicht argumentieren – aber es gibt sie.[60] Ausschlaggebendes Argument dafür sind die positiven Einflüsse, die eine Wehrpflicht auf die „Klassenkriegstüchtigkeit" der Arbeiter:innenklasse haben würde. Sprich, den Umgang mit der Waffe in der Breite der Klasse zu lernen, eine militärische Ausbildung zu bekommen, abzuhärten usw.

Während einige dieser Dinge zwar für die Revolution von Nutzen sein werden, wird dadurch die Frage nach der Wehrpflicht aber aus ihrem eigentlichen Kontext gerissen, in dem sie gestellt wird. Heute ist es taktisch richtig, sich mit allen Mitteln gegen die Wehrpflicht zu werfen, da sie noch nicht eingeführt ist, da sie eine Notwendigkeit für die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus ist und es werden noch keine Hunderttausenden zwanghaft eingezogen. Heute würde eine Agitation für die Wehrpflicht also vor allem dem deutschen Imperialismus in die Hände spielen anstatt ein antimilitaristisches Bewusstsein zu schaffen.

Auf der genau gegenüberliegenden Seite finden wir die Ablehnung der Wehrpflicht und den Eintritt in jegliches Militär aus pazifistischer Überzeugung oder moralischen Gewissensbissen. Während sich nicht darum gestritten werden muss, dass bürgerliche Armeen ein Ort der Gewalt, Erniedrigung, bürgerlichen Autorität und Obrigkeitshörigkeit sind, muss auch klar sein, dass mit der Reaktivierung einer Wehrpflicht und der Zuspitzung militärischer Konflikte unsere Klasse (zunächst dessen männlicher Teil) diesem Schicksal eben nicht so einfach entkommen werden wird. Noch besteht in Deutschland zwar formal die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung – die bei unzulänglicher Begründung auch abgelehnt werden kann! Mit der weiteren Zuspitzung der Entwicklungen auf einen Dritten Weltkrieg und der steigenden Notwendigkeit auch für den deutschen Imperialismus unmittelbar in Kriege einzugreifen, wird auch dieses noch bestehende Recht schwinden.

Auf der einen Seite müssen wir diese kleinbürgerliche Haltung kritisieren. Sie entledigt sich der dringendsten Aufgabe der Kommunist:innen, einen Weg zur Befreiung der Arbeiter:innenklasse aufzuzeigen und ist denjenigen vorbehalten, welche die Ressourcen haben, um vor einer Verpflichtung zu fliehen. Diese sind aber in den meisten Fällen kleinbürgerlichen und ökonomisch besser gestellten Schichten der Arbeiter:innenklasse vorbehalten. Das aktuellste und wohl bekannteste und sehr kontrovers diskutierte Beispiel für eine solche Position ist Ole Nymoens Buch „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde". Dort vertritt er zwar eine Position, die sich gegen die Wehrpflicht stellt, jedoch keine wirkliche Perspektive für die Gesamtheit der Arbeiter:innenklasse darstellen kann.

Auf der anderen Seite ist jede auch nur diffus begründete Haltung, die der weiteren Kriegsvorbereitung eine klare Absage erteilt – egal ob pazifistisch, religiös oder moralisch begründet – erst mal ein Beitrag zum Aufbau einer breiten Bewegung gegen die Kriegstreiberei. Während sie uns heute als antimilitaristische Position also in die Karten spielt und „Sand ins Getriebe streut" verläuft sie strategisch in einer Sackgasse, da sie keine Alternative außerhalb der reinen Verweigerung des Status Quo bietet. Sie bietet also keine Perspektive, für die es sich zu kämpfen lohnt und droht sich damit auch potenziell gegen revolutionäre Kräfte und Befreiungskämpfe zu richten, da sie jegliche Form der Gewalt – ob bürgerlich oder revolutionär – ablehnt.

Unsere Lösung kann also nicht eine moralische Verweigerung sein, sondern das gezielte Eingreifen in die Welt, um diese zu verändern. Auch wenn das bedeutet, Teil einer bürgerlichen Armee zu werden. Wichtig ist hierbei uns vor Augen zu führen, dass unsere Moral als Kommunist:innen nicht an bürgerliche Werte gebunden ist. Unsere Moral hat die Interessen unserer Klasse als Fundament. Und solange unsere Handlungen der Befreiung unserer Klasse dienen, ist jedes Mittel gerechtfertigt, auch der Eintritt in eine bürgerliche Armee, um diese zu überwinden.

Perspektiven der kommenden Zeit

Der deutsche Imperialismus steht vor der Aufgabe in der kommenden Zeit auf verschiedenen Ebenen eine neue Quantität und Qualität zu schaffen. Militärisch muss er es schaffen mit anderen europäischen Staaten gleichzuziehen und sie gar zu überholen und den Wandel von einer Spezial- hin zu einer Massenarmee zu organisieren. Ideologisch steht er vor der Herausforderung, die noch in breiten Teilen der Bevölkerung fehlende Kriegsbegeisterung zurückzudrängen und für den Kriegskurs des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Ökonomisch muss er die seit Jahren stagnierende und schwächelnde Wirtschaft wieder auf eine stabilere Grundlage stellen und in weiteren Schlüsselindustrien

60 | Historisch hat das zum Beispiel die KPD/ML in ihrer wegweisenden Broschüre „Deutschland dem deutschem Volk" vertreten.

eine nationale Unabhängigkeit erlangen, um auch in Zukunft weiterhin die eigenen militärischen Interessen durchsetzen zu können.

Aus den dargestellten Entwicklungen und aktuellen Herausforderungen ergeben sich für den deutschen Imperialismus in Zukunft folgende verschiedene neue Aufgaben und Probleme, auf die er Antworten finden muss.

Sprünge organisieren

Bisher ziehen die Herrschenden ihre Angriffe auf unsere Klasse bewusst über einen sehr langen Zeitraum auf. Gerne wird hierfür auch der Begriff der „Salami-Taktik" genutzt.[61] Statt die Angriffe auf uns also mit einem Schlag durchzuführen, werden sie über einen langen Zeitraum hinweg mit langsamen, kleinen Nadelstichen durchgeführt, damit es am Ende nicht mehr ganz so doll wehtut und auf nicht allzu großen Widerstand trifft.

Für den deutschen Imperialismus ergibt sich jedoch immer mehr die Notwendigkeit, größere Sprünge in der eigenen Entwicklung auf dem Weg zur militärischen Führungsmacht aber auch auf allen anderen Ebenen zu machen. Deutschland muss es letztendlich schaffen in allen Domänen „Weltklasse" zu sein, sowohl politisch, ökonomisch als auch militärisch, um weiter in der ersten Liga mitspielen zu können.

Dafür wird er auch gezwungen sein, die bisherige Salami-Taktik mittel- oder langfristig beiseite zulegen und die Angriffe auf unsere Klasse direkter, einschlägiger und mit weniger Rücksicht auf die Gegenreaktion unserer Klasse durchzuführen. Ob der deutsche Imperialismus diese Sprünge wird organisieren können, ist maßgeblich davon abhängen, wie er es schafft 1. seine Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, um auch die ökonomische Grundlage für seine Machtpolitik zu haben und 2. wie viel Widerstand sich in der Arbeiter:innenklasse gegen diese größeren Angriffe entfalten wird.

Gleichzeitig werden größere Angriffe eben auch eine Möglichkeit für uns darstellen, an der Wut unserer Klasse anzuknüpfen und Widerstand aufzubauen – unabhängig davon, dass unser Ziel natürlich sein sollte, diese Angriffe, noch bevor sie kommen, abzuwenden.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität bröckelt

Eben genau durch diese Angriffe wird aber die gesellschaftliche und politische Stabilität, die den deutschen Imperialismus in den letzten Jahrzehnten so sehr ausgezeichnet hat, weiter erschüttert. Wir haben oben beschrieben, dass ein Schlüsselfaktor für die militärische Stärke eines Landes eben nicht alleine in der Anzahl der Schusswaffen oder Panzer liegt, sondern in der gesellschaftlichen Stabilität. Faktisch steht der deutsche Imperialismus also vor dem Dilemma, seine eigene militärische Stärke indirekt zu unterhöhlen, wenn er durch größere Angriffe auf unsere Klasse versucht sie weiter auszubauen, dadurch aber dem gesellschaftlichen Halt Risse zufügt. Aus diesem Grund wird versucht diesen Punkt so lange wie möglich hinauszuzögern.

Jeder weitere größere Kriegsausbruch dürfte jedoch ähnlich wie bei der Ukraine 2022 heftige wirtschaftliche Folgen und Krisenerscheinungen in Deutschland nach sich ziehen, die sich deutlich auf den Lebensstandard der Arbeiter:innenklasse auswirken dürften. Dies gilt insbesondere für den Ausbruch eines überregionalen Krieges, wie er zum Beispiel in Taiwan zwischen den beiden Supermächten USA und China droht. Die Aufrüstungspläne müssten in einer solchen Situation dann auch gegen eine krisengeschüttelte Bevölkerung durchgesetzt werden, was sowohl bedeuten könnte, dass sich Widerstand gegen die Kriegspolitik der Herrschenden regt oder gerade diese Unzufriedenheit von reaktionären Kräften aufgefangen und zur Mobilisierung der Arbeiter:innen für die Interessen der Imperialisten umgemünzt wird.

Das kann auch den Nährboden für reaktionäre Kräfte schaffen, ihren Halt in der Gesellschaft weiter auszubauen und den Rechtsruck voranzutreiben. Die Herrschaft besonders aggressiver Teile des Kapitals, die ihre Interessen ohne jeglichen Ansatz der Sozialpartnerschaft mit der Arbeiter:innenklasse durchsetzen, wird eine immer größere Notwendigkeit für den deutschen Imperialismus, um gewisse Sprünge zu organisieren.

Diese gesellschaftlichen Risse bieten aber nicht nur reaktionären Kräften Ansatzpunkte. Sondern auch revolutionären Kräften die Möglichkeit, unserer Klasse eine Antwort auf die Zuspitzung der Lage zu bieten und dem kapitalistischen Elend eine revolutionäre Alternative entgegenzusetzen.

Infragestellung der europäischen „Einheit"

Es ist außerdem damit zu rechnen, dass die europäischen Nachbarländer, insbesondere Frankreich und das Vereinigte Königreich, sich einem Deutschland mit der „stärksten konventionellen Armee" auf vielfältige Art in den Weg werfen werden, vor allem durch Versuche der Einbindung.

Die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche wird Deutschland früher oder später auch dazu zwingen, seine ökonomischen Einflusssphären in seinem Kerninteressensgebiet in Ost- und Südosteuropa auch militärisch

61 | https://perspektive-online.net/2023/12/die-langen-vorbereitungen-des-klassenkampfs-von-oben/

abzusichern.

Wie lange sich diese Widersprüche innerhalb brüchiger Bündnisse wie der EU verkleistern lassen und wann sie zu einem Bruch und Aufkündigung der Bündnisbeziehungen und einem aggressiveren Vorgehen der einzelnen Akteure innerhalb Europas führen, wird sich erst in den kommenden Jahren herausstellen. Reaktionäre Kräfte, die einen aggressiveren nationalen Kurs und eine größere Führungsrolle für ihre Länder beanspruchen, befinden sich in Europa schon seit Langem auf dem Vormarsch und bringen sich genau dafür schon jetzt in Stellung.

Unsere Antwort

Inwiefern es Deutschland gelingt, tatsächlich zu einer führenden Militärmacht in Europa aufzusteigen und ganz vorne im Wettlauf um die Weltherrschaft mit zu halten, hängt in letzter Instanz auch von dem Widerstand unserer Klasse und der erfolgreichen Mobilisierung und Organisierung unserer Klasse gegen die Weltkriegsvorbereitungen durch ihre bewusstesten und fortschrittlichsten Teile ab. In diesem Sinne müssen wir also vor allem Schlussfolgerungen für unsere Arbeit ziehen.

Entsprechend unserer Analyse, dass das imperialistische Weltsystem gesetzmäßig zu Kriegen führt, muss das oberste Ziel unserer antimilitaristischen Arbeit und Propaganda sein, die sozialistische Revolution als einziges Mittel zum erfolgreichen Sturz des Imperialismus und den Aufbau eines sozialistischen Staates in den Händen der Arbeiter:innen zu propagieren. Dafür braucht es jedoch eine Kommunistischen Partei, die zusammen mit einer aufzubauenden klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung immer mehr in die Lage kommt, die kapitalistische Herrschaft ins Wanken zu bringen und sie im entscheidendem Moment umzustoßen.

Der antimilitaristische Kampf, unsere Agitation gegen den drohenden imperialistischen Krieg und die Aufrüstungspolitik der Herrschenden und die Wiederbelebung einer antimilitaristischen Bewegung müssen dabei als Teil des allgemeinen Klassenkampfes verstanden werden. Denn Krieg wird so lange existieren wie der Kapitalismus existiert. So wie sich der Militarismus in immer mehr Bereichen unseres Lebens ausbreitet und schon jetzt alle Teile unserer Klasse betrifft, müssen auch wir passende Formen und Inhalte unserer Agitation entwickeln, um die verschiedenen Lebensrealitäten unserer Klasse mit der Frage des antimilitaristischen Kampfes zu verbinden.

Gerade die weitere Militarisierung durch die zunehmende Forschung an Universitäten im Dienste der Kriegsindustrie, die wachsende Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen und Ausbildungsstätten und der Einstieg verschiedener deutscher Unternehmen in die Rüstungsbranche wird uns in der Massenarbeit viele Anknüpfungspunkte geben, um ein antimilitaristisches Bewusstsein zu schaffen und die Tageskämpfe unserer Klasse mit dem Widerstand gegen Aufrüstung zu verbinden. Dies gilt natürlich um so mehr, sollte es im Rahmen der weiteren Militarisierung zu massiven Sozialkürzungen, Erhöhung von Massensteuern oder ähnlichem kommen.

Im Zuge der immer offener auftretenden imperialistischen Gebietsansprüche sowie der potenziellen Zuspitzung der zwischenimperialistischen Widersprüche zwischen den „EU-Giganten“ Frankreich, Vereinigtes Königreich und Deutschland wird die Frage der internationalen Bündnisarbeit mit Organisationen aus anderen Ländern auch immer mehr an Relevanz gewinnen. Gerade die praktische Umsetzung eines proletarischen Internationalismus gegen die Kriegsvorbereitungen innerhalb der EU, das Zurückdrängen von Nationalchauvinismus und Rassismus innerhalb unserer Klasse und der Aufbau enger Beziehungen zu antimilitaristischen und revolutionären Kräften und Bewegungen aus umliegenden Ländern wird gerade dann, wenn Europa wieder zum Kriegsschauplatz wird, die Grundlage legen, um eben diesen Krieg zu sabotieren.

Insbesondere gilt es in Deutschland aufgrund der Salami-Taktik, jeden einzelnen Angriff auf uns und Schritt hin zur Kriegsvorbereitung nicht unwidersprochen zu lassen, politische Reflexe zu organisieren und für die lange Vorbereitung des Klassenkampfes von oben auch entsprechende Methoden in der Arbeit und Bündnispolitik zu entwickeln. Diese Arbeit müssen wir so organisieren, dass wir langfristig Kräfte akkumulieren und weiter wachsen.

Denn gleichzeitig werden die Angriffe auf unsere Klasse in den kommenden Jahren immer größer ausfallen. Darauf müssen wir uns vorbereiten, um in den entscheidenden Momenten nicht von den Schlägen überrumpelt zu werden. Auf der anderen Seite müssen wir bereits heute – gerade weil noch keine starke antimilitaristische Bewegung existiert – mehr in die Position kommen, selbst Dynamiken und Bewegungen auszulösen. Auch das Potenzial, was in der im Vergleich zum Westen größeren Ablehnung von Krieg und Aufrüstung unter der Bevölkerung im Osten herrscht, müssen wir aufgreifen und mit revolutionärem Inhalt füllen, anstatt dieses Kampfgebiet den Rechten zu überlassen.

Mit der Perspektive einer Massenarmee aus Wehrpflichtigen wird auf Dauer zudem auch der Aufbau einer revolutionären Arbeit innerhalb der Bundeswehr zu einer weiteren Aufgabe der Kommunist:innen hierzulande.

Zwischen Ideal und Praxis:

Der sozialistische Staat

Für uns als Kommunist:innen ist es im revolutionären Kampf von besonderer Bedeutung, unsere politischen Ziele nicht als abstrakte Utopie zu begreifen, sondern uns immer wieder konkret vor Augen zu führen, wofür wir eigentlich kämpfen und wie wir unserer gesellschaftlichen Alternative näher kommen. Unser strategisches Ziel, die Durchführung einer proletarischen Revolution in Deutschland und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, mündet im Aufbau eines sozialistischen Staates. Während es für unsere eigene kommunistische Moral entscheidend ist, ein klares Bild dessen zu haben, was eine sozialistische Gesellschaft konkret bedeutet, müssen wir dieses Bild auch in unserer Agitation und Propaganda gezielt nach außen tragen. Es wird ein schwieriges Unterfangen, in Deutschland Millionenmassen zu mobilisieren – was im Zuge des revolutionären Bürgerkrieges zweifelsfrei notwendig sein wird – wenn man zentrale Fragen der eigenen Zielsetzung im Ungefähren belässt.

Um Menschen davon zu überzeugen, einen neuen Anlauf des sozialistischen Aufbaus zu wagen und dafür Opfer zu bringen, benötigt man auch eine differenzierte Auswertung der bisherigen historischen Anläufe und muss daraus Schlussfolgerungen ziehen: Welche Elemente aus diesen Anläufen können wir für einen zukünftigen Sozialismus verwenden, welche müssen wir verwerfen und welche sind schlichtweg nicht auf Deutschland im 21. Jahrhundert übertragbar?

Dies gilt insbesondere für den sozialistischen Staat, seinen Aufbau und seine konkrete Politik. Der Charakter des sozialistischen Staates ist schon im Grundsatz widersprüchlich. Einerseits muss die Arbeiter:innenklasse geführt von der Kommunistischen Partei die Macht ergreifen, sie verteidigen und eine funktionierende staatliche Infrastruktur aufbauen, die den proletarischen Klasseninteressen dient und den tiefgreifenden Wandel von einer auf Ausbeutung basierenden Herrschaftsform zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen organisiert. Andererseits ist der Staat als solcher mitsamt seiner Bürokratie eine potenzielle Quelle neuer Klassenhierarchien, die gesellschaftlichen Fortschritt blockieren und die Restauration des Kapitalismus in Gang bringen können. Dies gilt unabhängig davon, ob der Sozialismus in einem industriell rückständigen Land aufgebaut wird wie historisch in Russland, China und Albanien – oder in einem hoch entwickelten kapitalistischen Land wie Deutschland.

Historisch haben die Kommunist:innen die Möglichkeit, dass sich im Sozialismus aus dem Staats- und Wirtschaftsapparat und sogar aus der Kommunistischen Partei selbst heraus unterschiedliche Klasseninteressen und damit neue Ausbeuter:innenklassen entwickeln können, unterschätzt. Zu ihren Gunsten ist zu sagen, dass sie die historische Erfahrung zum ersten Mal machen mussten und sich nicht auf eine entwickelte politische Theorie des sozialistischen Staates stützen konnten. Dieses Argument zählt aber heute, nach mehr als 100 Jahren Erfahrung mit verschiedenen sozialistischen Anläufen, nicht mehr. Deshalb würden wir als Kommunist:innen unsere Aufgabe verfehlen, wenn wir frühere sozialistische Staaten einfach nostalgisch verklären und ihre Widersprüche versuchen weg zu argumentieren. Stattdessen müssen wir die Analyse der bisherigen Anläufe zum Sozialismus und ihres Scheiterns, die von verschiedenen kommunistischen Kräften in den vergangenen Jahrzehnten begonnen wurde[1], fortsetzen und damit die politische Theorie des sozialistischen Staates weiterentwickeln.

Der vorliegende Artikel kann und will nicht mehr als eine Annäherung an dieses Thema sein und fokussiert sich daher vor allem auf ein Problem: Die Notwendigkeit, dass der sozialistische Staat „von unten“, das heißt von der breiten Initiative organisierter proletarischer Massen getragen sein, immer vorangetrieben und korrigiert werden muss – und dass er zugleich eine klare politische Führung benötigt, wie sie nur die Kommunistische Partei herstellen kann.

Sowohl bei der historisch-kritischen Betrachtung früherer sozialistischer Revolutionen als auch bei der Diskussion über zukünftige Anläufe zum Sozialismus müssen wir die Erkenntnis zugrunde legen, dass Revolutionen nicht linear und unter Laborbedingungen ablaufen, sondern in den dynamischen Situationen konkreter Klassenkämpfe. Die Kommunist:innen werden im günstigen Fall einen großen Teil der Arbeiter:innen und verbündeter Klassen hinter sich versammeln können, aber immer mit anderen Kräften um diesen Masseneinfluss kämpfen müssen. Revolutionen zu machen bedeutet, das Alte zu vernichten und aus den Ruinen des Alten etwas Neues aufzubauen – das heißt aber auch, dass die Diktatur des Proletariats immer auf den konkreten Verhältnissen aufbaut, die im jeweiligen Land zur jeweiligen Zeit vorliegen und dass diese konkreten Verhältnisse den jeweiligen sozialistischen Aufbau prägen. Nicht zuletzt findet der sozialistische Aufbau immer unter den Bedingungen scharfer Klassenkämpfe statt, die auch in späteren Phasen noch andauern, in denen die sozialistischen Produktionsverhältnisse bereits errichtet sind. Wir geben im folgenden einen kritischen Überblick über die Erfahrungen aus zwei wichtigen Errungenschaften der Arbeiter:innenbewegung: der Pariser Kommune und der sozialistischen Revolution in Russland. Danach werfen wir einen kurzen Blick auf andere historische Beispiele

1 | Zu nennen wären hier z. B. die Arbeiten der Partei der Arbeit Albaniens zur Frage des Revisionismus sowie in Deutschland die Schriften „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte?“ bzw. „Hat der Sozialismus Zukunft?“ aus dem Verlag Roter Morgen (erschienen 1998/99).

sozialistischer Staaten. Dazwischen fassen wir unsere Positionen zu zwei zentralen Fragen der Diktatur des Proletariats der Zukunft, nämlich der Rolle und Funktion des Rätesystems und der Kommunistischen Partei, in eigenen Kapiteln zusammen.

Die Grundzüge des sozialistischen Staates

Wenn wir über den sozialistischen Staat sprechen, laufen wir manchmal Gefahr, ein abstraktes, schablonenhaftes Ideal zu skizzieren, das in der Realität sozialistischer Aufbauversuche nie erreicht wurde und uns bei der vertieften Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des sozialistischen Aufbaus nur begrenzt weiterhilft.

Doch was ist überhaupt die Grundlage dieses Ideals? Im Gegensatz zu den Theorien utopischer Sozialist:innen im frühen 19. Jahrhundert ist die kommunistische Vorstellung des sozialistischen Staates kein ideelles Gedankenkonstrukt, das am Reißbrett entsteht. Die Grundzüge des sozialistischen Staats hat die kommunistische Bewegung vielmehr aus konkreten historischen Prozessen entwickelt, vor allem Marx in seinem Artikel zur Pariser Kommune[2], an dem Lenin später in „Staat und Revolution“[3] ansetzte. Darin bekräftigte Lenin die Aussage von Marx, dass *„der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft ... zur kommunistischen Gesellschaft [...] unmöglich [ist] ohne eine ‚politische Übergangsperiode‘, und der Staat dieser Periode [...] nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein“* kann[4] – und brachte im selben Zug eine scharfe Kritik am Opportunismus und Reformismus zum Ausdruck, die zu dieser Zeit in der kommunistischen Weltbewegung weit verbreitet waren.

Stalin fasste später in den „Grundlagen des Leninismus“ die drei Hauptaufgaben der Diktatur des Proletariats zusammen als:

„a) den Widerstand der durch die Revolution gestürzten und expropriierten Gutsbesitzer und Kapitalisten zu brechen, alle ihre Versuche zur Wiederherstellung der Macht des Kapitals zunichte zu machen;

b) den Aufbau im Geiste des Zusammenschlusses aller Werktätigen um das Proletariat zu organisieren und diese Arbeit in einer Richtung durchzuführen, die die Liquidierung, die Aufhebung der Klassen vorbereitet;

c) die Revolution zu bewaffnen, die Armee der Revolution zum Kampf gegen die äußeren Feinde, zum Kampf gegen den Imperialismus zu organisieren.“[5]

2 | Marx, Karl (1871): Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, Dietz Verlag Berlin, S. 313 ff.

3 | Lenin, Wladimir I. (1917): Staat und Revolution, LW 25, Dietz Verlag Berlin, S. 393 ff.

4 | Marx, Karl (1875): Kritik des Gothaer Programms, zitiert nach Lenin (1917): S. 473

5 | Stalin, Josef W. (1924): Über die Grundlagen des Leninismus, SW 6, Dietz Verlag Berlin, S. 97

Die genannten Aufgaben enthalten in sich also bereits einen der grundlegenden Widersprüche, den die Arbeiter:innenklasse beim Aufbau des sozialistischen Staates lösen muss: Der Staat benötigt auf der einen Seite eine klare und effektive Führung, wie sie nur die Kommunistische Partei herstellen kann, um die Minderheit der früheren Ausbeuter:innen niederzuhalten und die Revolution gegen die äußeren Feinde zu bewaffnen. Er muss aber zugleich die Werktätigen um das Proletariat herum organisieren und die Gesellschaft in Richtung der Aufhebung der Klassen bewegen. Dies schließt ein, einen immer größeren Teil der Arbeiter:innenklasse in die unmittelbare Leitung des Staates einzubeziehen – nämlich in Räten, Gewerkschaften und anderen Arten von aktiven Massenorganisationen – ohne ihn dabei zu verwässern, die Einheitlichkeit seiner Führung zu untergraben und Einfallstore für die Konterrevolution zu öffnen. Dies gilt umso mehr, weil der Staat neben seinen unmittelbaren politischen Aufgaben die große Aufgabe lösen muss, die Gesellschaft auf der Grundlage der Verstaatlichung der Produktionsmittel ökonomisch umzugestalten und das Niveau der Produktivkräfte zu heben: Weil sich nämlich ohne hoch entwickelte Produktivkräfte – in Marx’ Worten – *„nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müsste“*[6]. Eine Entwicklung der Produktivkräfte, wie sie z. B. in der Sowjetunion in den 1920er und 30er Jahren geleistet wurde, ließ sich aber nicht mit einer Basisdemokratie in den Betrieben realisieren, zumal mit einer Arbeiter:innenklasse, die sich zu einem großen Teil aus Teilen der früheren Bäuer:innenschaft zusammengesetzt hat[7]. Der sowjetische Staat hat deshalb das Prinzip der Einzelleitung der Betriebe eingeführt. Ebenso hat er eine Vielzahl von Maßnahmen in Gang gesetzt, um Betriebsdirektor:innen und Belegschaften mit materiellen Anreizen wie z. B. einem Prämiensystem[8] und administrativen Mitteln wie z. B. der Einführung eines Inlandspasses und der Genehmigungspflicht für Wohnortwechsel[9] zu einer wirtschaftlich tragfähigen Arbeitsweise zu bringen. Der Zustand, dass Betriebe von einzelnen Direktor:innen geleitet werden und der gesamte Wirtschaftsapparat von den oberen Staatsorganen per Kommando gemanagt wird, lässt sich aber nicht ewig aufrechterhalten, wenn man die sozialistische Gesellschaft in Richtung einer Aufhebung

6 | Marx, Karl; Engels, Friedrich (1845/46): Die deutsche Ideologie, MEW 3, Dietz Verlag Berlin, S. 34 f.

7 | Was sich in der Mentalität dieser Arbeiter:innen niederschlug, die noch stark von der Dorfgemeinschaft geprägt war und sich in besonderen Problemen bei der Herstellung eines organisierten Arbeitsprozesses in den Fabriken äußerte: *„Stalin klagte über einen Typus von Arbeiter, der ‚sich daher im Betrieb als ‚Sommerfrischler‘ fühlt, der nur zeitweilig arbeitet, um ‚etwas Geld zu verdienen‘ und dann anderweitig ‚sein Glück zu versuchen‘.“* (Stalin, Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus, SW 13, S. 51)“

8 | Vgl. Hat der Sozialismus Zukunft? Band 1, Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, Verlag Roter Morgen 1996, S. 54, https://redstarpublishers.org/BookGerman.pdf

9 | Ebd. S. 34

aller Klassenunterschiede weiterentwickeln will. Diese Aufgabe haben die sowjetischen Kommunist:innen grundsätzlich nicht lösen können, und die Betriebsdirektor:innen wurden neben den Funktionär:innen der staatlichen Behörden und roten Parteibürokrat:innen zu den gesellschaftlichen Träger:innen der revisionistischen Entwicklung ab den 1950er Jahren. Es ist jedoch nicht schwer zu sehen, dass viele der konkreten Probleme in der Sowjetunion von grundlegender Art sind und auch jeden sozialistischen Aufbau in Deutschland beschäftigen werden.

Blicken wir nun auf das erste historische Beispiel der Diktatur des Proletariats im Hinblick auf den genannten Widerspruch zurück.

Der erste Anlauf: Die Pariser Kommune

Vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 fiel Paris infolge der Entwicklung im Deutsch-Französischen Krieg in die Hände der sogenannten Kommunard:innen, die einen revolutionären Gemeinderat bildeten. Die Kommunard:innen umfassten vor allem die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten von Paris wie Handwerker:innen, Gewerbetreibende, Arbeiter:innen und Intellektuelle[10]. Politisch wurden diese von einem breiten Spektrum aus fortschrittlichen Kräften vertreten, unter denen sich verschiedene sozialistische Strömungen ebenso fanden wie linksliberale Radikale[11] und Angehörige der Nationalgarde. Ihre politische Gemeinsamkeit war im wesentlichen die Forderung nach der Abschaffung der Monarchie unter Louis-Napoléon Bonaparte (1808-1873) und die Errichtung einer Republik, wobei über letztere sehr unterschiedliche Vorstellungen bestanden und auch unter den Sozialist:innen föderalistische Positionen stark vertreten waren[12]. Eine Minderheit unter den Sozialist:innen bildeten die Anhänger:innen der I. Internationale.

Die Kommune hatte kaum mehr als zwei Monate Bestand, bevor sie von der französischen Armee gemeinsam mit preußischen Truppen blutig zerschlagen wurde. Während ihres Bestehens war sie zudem stark von Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern geprägt. Viele ihrer berühmten Dekrete wie die Arbeiter:innenlöhne für Staatsbedienstete oder die Wählbarkeit von Richter:innen wurden in den 72 Tagen der Kommune zwar beschlossen, aber noch nicht praktisch umgesetzt (wie z. B. der Marx-Biograf Gareth Stedman-Jones darlegt[13]) . Einen Plan zur Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und einer sozialistischen Umgestaltung der französischen Wirtschaft gab es nie. Und trotzdem stellt die Pariser Kommune einen immens wichtigen Erfahrungswert in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung dar. Vor allem Karl Marx hat mit seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich"[14] dafür gesorgt, die Erfahrung der Kommune gegenüber der internationalen Arbeiter:innenbewegung einzuordnen und sie bekannt zumachen.

Wie kam es jedoch zur Kommune? Im Zuge des Deutsch-Französischen Krieges waren alle waffenfähigen Pariser zum Zweck der Verteidigung in die Nationalgarde eingezogen und bewaffnet worden, sodass diese nun zum Großteil aus Arbeitern bestand.[15] Frankreich aber verlor den Krieg gegen Preußen und die französische Regierung hatte deshalb schon bald kein Interesse mehr an einer bewaffneten Arbeiterschaft, in der sich kommunistische und anarchistische Ideen schnell verbreiteten. Nach 131 Tagen preußischer Belagerung kapitulierte das ausgehungerte Paris am 18. Januar 1871, allerdings nur in begrenztem Maße. Zwar wurden die Forts übergeben und der Ringwall entwaffnet, während Linienregiment und Mobilgarde ihre Waffen auslieferten und als Kriegsgefangene betrachtet wurden. Die Nationalgarde aber behielt ihre Waffen und Kanonen und trat lediglich in einen Waffenstillstand gegen die preußischen Truppen. Diese wagten es jedoch nicht, im Triumph in Paris einzuziehen. Dass sie einen kleinen, zum Teil aus öffentlichen Parks bestehenden Bereich von Paris für ein paar Tage besetzt hielten, war das höchste der Gefühle. Die bewaffneten Pariser Arbeiter:innen wachten darüber, dass die preußischen Besatzer die engen Grenzen des ihnen überlassenen Gebiets nicht überschritten und flößten diesen großen Respekt ein.

Für die von Adolphe Thiers (1797-1877) geführte konservative Regierung Frankreichs war offensichtlich, dass die Nationalgarde nun, nach der französischen Kapitulation, eine massive Gefahr für die Herrschaft der Großgrundbesitzer:innen und Kapitalist:innen darstellte. Am 18. März entsandte Thiers Linientruppen mit dem Befehl nach Paris, die Artilleriegeschütze der Nationalgarde zu beschlagnahmen. Die Pariser:innen aber wollten die Kanonen, die sie zur

10 | Vgl. https://www.sozialarchiv.ch/2021/05/21/vor-150-jahren-die-pariser-commune/

11 | Politische Strömung in Frankreich, die sich in Tradition der Jakobiner:innen aus der Französischen Revolution und gestützt auf die Aufklärung für eine grundlegende Erneuerung der bürgerlichen Institutionen und insbesondere die Abschaffung der Monarchie einsetzte. In der Tradition dieser Strömung bestand in Frankreich von 1901 bis 1972 die Parti républicain, radical et radical-socialiste.

12 | Vgl. Stedman-Jones, Gareth (2016): Karl Marx – Greatness and Illusion, Penguin Books, S. 510 ff.

13 | Dieser schreibt, auf den dritten Abschnitt in Marx' Text und die Auflistung der Maßnahmen der Kommune eingehend: „*It would be wrong to treat this list as a factual description of the Commune's constitutional structure or of its day-to-day proceedings. This was not an account of what the Commune was, but of what it might have become. (...) As a matter of fact, delegates and officials were not paid workmen's wages, nor were judges and magistrates elected by the people.*",Stedman-Jones (2016): S. 502. Etwas weniger klar, aber in dieselbe Richtung schreibt der Historiker Florian Grams in seiner „Kurzen Geschichte der Pariser Kommune", dass „*unter den besonderen Bedingungen von Krieg und Belagerung (...) sämtliche Maßnahmen der Kommune freilich kaum mehr ‚als Stückwerk oder Verheißung für die Zukunft' sein konnten*". Grams, Florian (2021): Kurze Geschichte der Pariser Kommune, Online-Publikation 1/2021, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/1-21_Onl-Publ_Kurze_Geschichte.pdf.

14 | Marx, Karl (1871): Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, Dietz Verlag Berlin, S. 313 ff.

15 | Vgl. Engels, F.: "Einleitung" in: Marx, K.: Der Bürgerkrieg in Frankreich, Verlag Olga Benario und Herbert Baum 2012, S. 6 f.

Verteidigung ihrer Stadt nutzen wollten, nicht widerstandslos hergeben. Massenweise stürmten Arbeiter:innen, angeführt von vielen Frauen, auf die Straßen, um Thiers' Soldaten aufzuhalten. Diese wechselten auf die Seite der Pariser Arbeiter:innen und die Kommune war geboren[16]. Der Krieg zwischen dem revolutionären Paris und der in Versailles sitzenden französischen Regierung war damit erklärt.

Der Pariser Gemeinderat wurde am 26. März gewählt und am 28. März als „Pariser Kommune" proklamiert. Die Anhänger:innen der Monarchie hatten da bereits größtenteils die Stadt verlassen und ihre Mandate nicht angenommen, sodass die Kommune ausschließlich von liberalen bis revolutionären Kräften gebildet wurde. Das Zentralkomitee der Nationalgarde, das bisher die Pariser Regierung geführt hatte, übergab die politische Entscheidungsgewalt an die Kommune. Die Kommune übernahm neben der gesetzgebenden auch die vollziehende Gewalt, schaffte das stehende Heer ab und erklärte die Nationalgarde, der alle waffenfähigen Pariser angehören sollten, zur einzigen bewaffneten Kraft. Zudem erließ die Kommune alle Wohnungsmieten von Oktober 1870 bis April 1871, während bereits gezahlte Beträge auf die künftige Mietzeit angerechnet wurden. Verpfändete Gegenstände wurden zurückgegeben und Pfandhäuser abgeschafft. Die Kommune beschloss die Trennung von Kirche und Staat, stellte alle staatlichen Zahlungen für religiöse Zwecke ein und wandelte jegliche Besitztümer der Kirche in Nationaleigentum um. Religiöse Symbole, Praktiken und Ideologien wurden aus den Schulen verbannt. In den von den Fabrikanten verlassenen Fabriken nahmen neu geschaffene Kollektivgenossenschaften, die in einem Verband organisiert waren, die Arbeit auf. Alle Amtspersonen im Staat sollten nach den Dekreten der Kommune künftig Gehälter auf dem Niveau des Arbeiter:innenlohns erhalten und ihre finanziellen Privilegien verlieren.

Obwohl Frauen damals noch kein Wahlrecht hatten und auch im Gemeinderat nicht vertreten waren, spielten sie eine zentrale, vorwärtstreibende Rolle bei der Entwicklung der Kommune und ihrer militärischen Verteidigung. Elisabeth Dmitrieff, die der Internationalen Arbeiterassoziation angehörte, gründete zusammen mit anderen Frauen die „Union des femmes pour la défense de Paris et les soins aux blessés" (Vereinigung der Frauen zur Verteidigung von Paris und zur Versorgung der Verwundeten), die unter anderem Volksküchen einrichtete, die Übernahme kollektivierter Textilfabriken durch Arbeiterinnen veranlasste[17] und logistische Unterstützung für die militärischen Kämpfe organisierte, darunter die Versorgung der Soldaten und den Bau von Barrikaden. Frauen kämpften auch auf den Barrikaden. Zu den Forderungen, die die Frauen in der Kommune vorantrieben, gehörten gleiche Rechte von Frauen und Mädchen in Beruf und Ausbildung, die Einführung eines polytechnischen Unterrichts, die Reform des Scheidungsrechts und die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen[18]. Auch die Vertreibung der Religion aus den Schulen ging auf die Frauen zurück. Die Kommuneregierung stellte darüber hinaus unverheiratete Partnerinnen den Ehefrauen rechtlich gleich und verbot die Prostitution[19].

Während der preußischen Invasion war der Klassencharakter des Pariser Widerstands in den Hintergrund geraten. Nun aber, da der Deutsch-Französische Krieg beendet und Paris größtenteils in der Hand der arbeitenden Bevölkerung war, während die großen Kapitalist:innen die Stadt verlassen hatten, nahm die Politik der Kommune einen Volkscharakter an. Fortschrittliche Maßnahmen konnten unter den schwierigen Bedingungen im revolutionären Paris – einer de facto belagerten Stadt – jedoch nur in Ansätzen wirklich umgesetzt werden und dort, wo die Kommune dies tat, wie etwa bei der Übernahme verlassener Fabriken, ging es vor allem um das unmittelbare Bedürfnis der Verteidigung der Stadt. Bereits ab Anfang Mai 1870 nahm der Kampf gegen die Truppen der Versailler Regierung, die immer mehr Kräfte zur Niederschlagung der Kommune zusammen zog, alle Kräfte in Anspruch.

Die Großgrundbesitzer:innen und Kapitalist:innen fürchteten, die Revolution könnte sich auf andere große Städte Frankreichs ausbreiten. Die französische Regierung unter Thiers setzte alles daran, dies zu verhindern. In Verhandlungen konnte sie den preußischen Kanzler Otto von Bismarck (1815-1898) dazu bewegen, binnen weniger Tage mehr als hunderttausend Kriegsgefangene freizulassen. Die französische Armee, die nach der Kapitulation eigentlich auf 40.000 Soldaten begrenzt war, konnte so wieder aufgestockt werden, um die Pariser Kommune zu bekämpfen. Die allmähliche Rückkehr der Kriegsgefangenen verschaffte den Versailler Truppen ab Anfang Mai 1870 einen entscheidenden Vorteil. Bereits ab Ende April wurde Paris dauerhaft mit Artillerie beschossen, auf Befehl derselben Regierung, die nur wenige Wochen zuvor das Bombardement der Stadt durch die preußische Armee als Heiligtumsschändung bezeichnet hatte. Am 21. Mai gelang es den konterrevolutionären Truppen infolge von Nachlässigkeiten der Nationalgarde, in Paris einzufallen. Die Preußen erlaubten den Versaillern, über Gebiete, die die Kommunard:innen durch den Waffenstillstand

16 | Michel, Louise (1886): Mémoires de Louise Michel, Tome I, Paris F. Roy Librairie-Éditeur 1886, S. 174 ff. Digitalisierte Ausgabe: https://fr.wikisource.org/wiki/Mémoires_de_Louise_Michel/Texte_entier

17 | Interview mit Antje Schrupp (2021): Es gab keine individuellen Rechte für Frauen, https://jungle.world/artikel/2021/11/es-gab-keine-individu-ellen-rechte-fuer-frauen

18 | Hetzfeld, Hella; Notz, Gisela (2021): Die Pariser Kommune und die Frauen, https://www.lunapark21.net/die-pariser-kommune-und-die-frauen/

19 | Interview mit Antje Schrupp (2021)

gedeckt wähnten, vorzurücken. Ein blutiger Kampf in den Straßen von Paris nahm seinen Lauf. Frauen und Männer kämpften auf den Barrikaden, um die Revolution zu verteidigen. Nach erbitterten Kämpfen setzten sich die Versailler Truppen schließlich durch und zeigten die gesamte Brutalität der Konterrevolution. Zehntausende Kommunard:innen wurden in Massenhinrichtungen ermordet.

Karl Marx und Friedrich Engels, die die Erfahrungen des revolutionären Paris in verschiedenen Texten ausführlich auswerteten, waren große Unterstützer der Kommune, kritisierten im Nachhinein aber, dass die Kommunard:innen ihre Macht entschlossener hätten durchsetzen müssen. Diese Notwendigkeit zeigt sich vor allem darin, dass die konterrevolutionären Kräfte von Beginn an mit äußerster Brutalität vorgingen und Kommunard:innen, die in ihre Hände gerieten, ohne Verfahren erschossen. Während die Kommune beschloss, für jede:n auf diese Weise ermordete Kommunard:in einen der von ihr gehaltenen Gefangenen zu erschießen, wurde dieser Beschluss erst dann umgesetzt, als die konterrevolutionären Truppen wieder in Paris eingefallen waren. Zudem scheiterten der Revolutionär Louis Auguste Blanqui (1805-1881) und seine Anhänger:innen im Zentralkomitee der Pariser Nationalgarde mit dem Vorschlag, die stark geschwächte Regierung in Versailles zu stürzen und die Revolution auf ganz Frankreich auszudehnen.

Das historische Beispiel der Kommune stellt damit heraus, wie wichtig es ist, die Macht im entscheidenden Moment zu übernehmen. In Paris geschah dies im März 1871 letztlich infolge einer Verkettung günstiger Umstände, die selbst die dortigen Revolutionär:innen überrascht haben dürften. Die politische Macht in der Stadt fiel ihnen quasi vor die Füße. Ebenso wichtig ist es aber, die politische Macht, wenn sie einmal erlangt ist, konsequent zu nutzen, die eigenen Positionen auszubauen und dem Feind entscheidende Schläge zu versetzen. Es reicht nicht aus, den bürgerlichen, konterrevolutionären Staat und seine Institutionen zu schwächen. Sie müssen vollständig zerschlagen werden, um ihnen jegliche Möglichkeit zur Reorganisierung zu rauben.

Genau hier scheiterte die Kommune an ihrer Uneinigkeit und Zögerlichkeit, in denen sich letztlich der spontane und zufällige Charakter dieses politischen Gebildes ausdrückte. Im kreativen Chaos ihres Bestehens schuf die Kommune zumindest auf dem Papier zahlreiche Maßnahmen, an denen sich noch heute Programme für eine sozialistische Rätedemokratie[20] orientieren, wie etwa die jederzeitige Abwählbarkeit der Abgeordneten. Was ihr fehlte, war jedoch das Gerüst eines klaren und gemeinsamen politischen Programms sowie einer Strategie zu dessen Umsetzung. Was in Paris fehlte, waren schlagkräftige Organisationen, die entschlossen für die Umsetzung eines solchen Programms gekämpft hätten. Die Blanquist:innen sowie die Anhänger:innen der I. Internationale in Paris besaßen Programm und Organisation zwar wenigstens in Ansätzen, waren innerhalb der Kommune aber nicht stark genug, um sich gegeneinander sowie gegen die Anarchist:innen und Proudhonist:innen[21] sowie gegen die bürgerlich-republikanischen Kräfte durchzusetzen. Hierdurch stand sich die Kommune am Ende selbst im Weg und verschaffte der konterrevolutionären Seite die Möglichkeit, sich neu zu gruppieren und das Pariser Experiment zu zerschlagen. Die Konterrevolution wartete nicht ab, bis die Fragen der Ausdehnung der Revolution und von Föderalismus oder Zentralismus in Paris ausdiskutiert waren.

20 | Vgl. "Perspektive Sozialismus – Wohin im revolutionären Kampf?", in: Kommunismus, Heft 12, S. 10-11.

21 | Anhänger:innen von Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865), dem in Frankreich sehr einflussreichen Begründer eines kleinbürgerlichen Sozialismus.

Die Lehre der Kommune: Das sozialistische Rätesystem

Die wichtigste allgemeine Lehre aus der Pariser Kommune ist die Rätedemokratie, welche die Kommunard:innen erfunden und zumindest begonnen haben, in die Praxis umzusetzen. Für einen zukünftigen Anlauf zum Sozialismus ist die Schaffung einer Rätedemokratie einer der zentralen Programmpunkte.

Als Räte bezeichnen wir die Selbstverwaltungsorgane der sozialistischen Gesellschaft, in denen das gesamte gesellschaftliche Leben organisiert werden soll. Die Rätedemokratie ist dabei die einzige Staatsform, die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vertritt und sichert. Durch eine breite Einbeziehung der Gesellschaft soll die Rätedemokratie die Diktatur des Proletariats, also die Herrschaft der Arbeiter:innenklasse und damit die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, sicherstellen. Somit schafft die Rätedemokratie eine wirkliche Demokratie, die einen gänzlich anderen Charakter hat als die bürgerliche, parlamentarische Demokratie im Kapitalismus, in der eine kleine Minderheit die Zügel in der Hand hält.

Damit einher geht eine radikale Abkehr vom Stellvertretertum, welches in der kapitalistischen Gesellschaft vorherrschend ist. Anstatt alle vier Jahre politische Stellvertreter:innen zu wählen, an die jegliche Belange des gesellschaftlichen Lebens abgegeben werden, soll die breite Masse politisiert und in den demokratischen Entscheidungsprozess einbezogen werden. Das schließt nicht aus, dass staatliche Verwaltungsapparate gerade in der frühen Phase der Diktatur des Proletariats fortbestehen. Es sollen aber alle Möglichkeiten genutzt werden, diese immer mehr unter die Kontrolle von Arbeiter:innenorganen zu stellen, die sich zudem immer mehr tatsächlich aus der breiten Masse

der arbeitenden Bevölkerung zusammensetzen sollen. Dieser Anspruch einer breiten Einbeziehung steht im scharfen Kontrast zur kapitalistischen Gesellschaft, wo es im direkten Interesse der herrschenden Klasse liegt, dass der Großteil der Bevölkerung das gesamte Leben mit Lohnarbeit, Reproduktionsarbeit und die wenige verbleibende Zeit mit privaten Dingen ausfüllt und wenig für politische Fragen übrig hat.

Um die Rätedemokratie in die Praxis umzusetzen, müssen Räte in allen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen werden, in denen die Menschen zusammenkommen. In den Betrieben, an den Schulen und Universitäten, im Wohnblock, im Stadtteil und auch im Sportverein muss das Leben von kollektiven Räten organisiert werden. Die Rätestrukturen sind dabei auf verschiedenen Ebenen organisiert: Vom Dorf oder Stadtteil über den Bezirk, den Kreis, das Gebiet und die Region bis zum obersten Rat, der das höchste Organ des sozialistischen Staates darstellt. Zusätzlich kann es sinnvoll sein, Räte aus gesellschaftlichen Gruppen zu bilden, die im Kapitalismus besonders von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind, also Frauen, LGBTI+ Personen und Migrant:innen. Für welche dieser oder weiterer Gruppen eigene Rätestrukturen zur Vertretung und Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen zielführend sind, muss heute als offene Frage betrachtet werden, die konkret und unter Einbeziehung der jeweils betroffenen Gruppen geklärt werden muss.

In ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Bereich übernehmen die Räte alle staatlichen Aufgaben, was insbesondere den ökonomischen, politischen und kulturellen Auf- und Ausbau der sozialistischen Gesellschaft einschließt. Die Räte stellen lokale Haushaltspläne auf und überwachen die Einhaltung der Gesetze sowie die Aufrechterhaltung der sozialistischen Ordnung. Auch können sie lokale Richter:innen und Staatsanwält:innen ernennen. Um ihre Arbeit strukturiert durchzuführen, wählen die Räte Komitees auf allen Gebieten der lokalen Staatsverwaltung, worunter unter anderem Bildung, Kultur, Gesundheit, Versorgung, Sicherheit, Wirtschaft und Handel fallen. Das Aufgabengebiet der Räte vereint damit Legislative und Exekutive. Dass nur eine Aufteilung der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt auf unterschiedliche Organe demokratisch sein könne, wie es uns die Theoretiker:innen der bürgerlichen Demokratie weismachen wollen, müssen wir zurückweisen. Die entscheidende Frage ist doch, in wessen Händen die Staatsmacht liegt und in wessen Interessen sie handelt. Während im Kapitalismus Legislative und Exekutive einzig und allein die Interessen des Kapitals durchsetzen, stellt das sozialistische Rätesystem sicher, dass die breite Masse der Arbeiter:innenklasse den Staatsapparat in ihrem Sinne gestalten kann. Dazu sollen, beginnend mit der lokalen Ebene, die direkt gewählten Abgeordneten der Räte auch selbst für die Umsetzung ihrer Entscheidungen verantwortlich sein. Durch das Zusammenfallen von Entscheidungsfindung und Verantwortung für die Umsetzung sollen auch möglichst früh dem Fortbestehen spezialisierter Beamtenapparate Grenzen gesetzt werden.

Die Zusammensetzung aller lokalen Räte ergibt sich aus allgemeinen, freien, direkten und geheimen Wahlen, wobei alle Menschen ab einem festzulegenden Mindestalter wahlberechtigt sind und in alle Räte gewählt werden können. Klassenfeind:innen, die versuchen, den sozialistischen Aufbau zu sabotieren, sind von den Wahlen ausgeschlossen. Ein Kernelement der Rätedemokratie ist dabei, dass die gewählten Mitglieder der Räte ein imperatives Mandat erhalten, das sie an den Willen der Wähler:innen bindet. Das bedeutet, dass die Mitglieder der Räte ihren Wähler:innen zu jeder Zeit rechenschaftspflichtig sind, und auf dieser Basis auch zu jeder Zeit abgewählt werden können, wenn eine bestimmte Stimmenanzahl dafür erreicht ist. Gewählte Mitglieder eines Rates genießen keinerlei Privilegien und haben auch gar nicht erst die Möglichkeit, sich jahrelang an den eigenen Posten zu klammern, da sie im Zweifelsfall eben abgewählt werden würden. Es soll eine enge Verbindung zwischen Delegierten und Massen hergestellt werden, was z. B. durch kürzere Wahlperioden realisiert werden kann.

Im sozialistischen Rätesystem ist die Organisierung staatlicher Aufgaben also Aufgabe der breiten Bevölkerung und möglichst viele Menschen der werktätigen Bevölkerung sollen in diese Arbeit einbezogen werden. Historisch müssen wir jedoch feststellen, dass es noch eine unbewältigte Aufgabe ist, eine breite Einbindung der sozialistischen Gesellschaft in den Räten und eine aktive, lebendige Arbeit dieser dauerhaft sicherzustellen, um die Rätedemokratie zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Dieser Umstand unterstreicht die hohe Bedeutung einer Revolution des Bewusstseins und der Kultur der werktätigen Bevölkerung, die alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens umfasst und jegliche Muttermale der bürgerlichen Gesellschaft bekämpft. Individualismus und Vereinzelung, Stellvertretertum und eine Konsumhaltung gegenüber der Politik sind alles Überreste bürgerlichen Denkens, die bewusst aufgebrochen werden müssen, um eine lebendige Rätedemokratie zu schaffen, in der jede:r Arbeiter:in sich als aktiver Teil der Gesellschaft begreift und die sozialistische Gesellschaft über den Staat direkt mitgestaltet. In dieser Notwendigkeit liegt eine zentrale Herausforderung beim sozialistischen Aufbau, bei der wir nur auf sehr begrenzte historische Erfahrungen zurückgreifen können.

Nachdem wir gesehen haben, wie die Rätedemokratie in Paris entstanden ist und welches programmatische Konzept wir daraus für die Zukunft

ableiten, betrachten wir im Folgenden, wie die Russische Revolution von 1917 zur Errichtung der Diktatur des Proletariats führte, wie sich diese entwickelte und welche Lehren wir daraus für die Theorie des sozialistischen Staates ziehen können.

Die Oktoberrevolution und der Sozialismus in Russland

46 Jahre nachdem die Pariser Kommunard:innen in Ermangelung einer schlagkräftigen Organisation bezwungen wurden, führte eine ebensolche Organisation das russische Proletariat zum Sieg. Unter der Führung der Bolschewiki erkämpften die proletarischen Massen in Moskau und Petrograd im Oktober 1917 die Revolution und ebneten den Weg für den ersten sozialistischen Aufbauversuch der Geschichte. Ausschlaggebend für den Sieg der Revolution im Oktober 1917 war, dass Lenin und die Bolschewiki mit der Partei neuen Typs eine Kampforganisation bestehend aus Kader:innen geschaffen hatten, die im entscheidenden Moment in der Lage war, die Führung innerhalb der Arbeiter:innenklasse und auch über die Bäuer:innen zu übernehmen und die Macht entschlossen zu ergreifen.

Der Verlauf der Revolution

Der Staat, den die Bolschewiki infolge der Oktoberrevolution schufen, war zunächst vor allem darauf ausgerichtet, dass sich das Proletariat die Macht nicht mehr aus den Händen nehmen lässt. Das hätte durchaus leicht passieren können, was deutlich wird, wenn man die damalige politische Gesamtsituation in Russland betrachtet: Im Februar 1917 hatte sich infolge des Sturzes des Zaren eine Doppelmacht in Russland gebildet, bei der sich eine bürgerliche Provisorische Regierung, die ab Juli von Alexander Kerenski geführt wurde, und die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) gegenüberstanden. Entscheidend war vor allem der Petrograder Sowjet, in dem zunächst Menschewiki und Sozialrevolutionäre die führenden Kräfte waren und die Provisorische Regierung stützten.

Die beiden größten politischen Konfliktpunkte in Russland waren zu diesem Zeitpunkt die Frage der Fortführung des Krieges (Russland kämpfte im Ersten Weltkrieg an der Seite Englands und Frankreichs gegen Deutschland, war aber weitgehend aufgerieben und seine Truppen standen vor dem Zusammenbruch) und die Enteignung des Großgrundbesitzes. Die Provisorische Regierung wollte den Krieg fortführen und die kleinen Bäuer:innen mit Maßnahmen zur angeblichen Vorbereitung einer Bodenreform hinhalten, wurde aber von der Dynamik der Massen überrollt: Von der Nachricht über die bevorstehende Bodenreform elektrisiert desertierten zahlreiche Bauern von der Front, um zu Hause ihr neues Land in Besitz zu nehmen. Dies beschleunigte den Zerfall der Russischen Armee. In den Städten führte die Explosion der Lebenshaltungskosten infolge des Krieges zu einer Welle von Streiks, die auch der Petrograder Sowjet nicht mehr unter Kontrolle bringen konnte.

Lenin nutzte damals die Gunst der Stunde und legte mit seinen „Aprilthesen“ das Programm für die Weiterführung der Revolution vor. Darin verurteilte er den Krieg als „*räuberischen imperialistischen Krieg*“ und forderte den Sturz der Provisorischen Regierung, eine „*Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande*“, die „*Konfiskation aller Gutsbesitzländereien*“, die „*Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande*“ sowie den Übergang der „*Verfügungsgewalt über den Boden*“ in die Hände der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten. Er erklärte darin außerdem, dass nicht die „*‘Einführung’ des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe*“ auf der Tagesordnung stehe, sondern augenblicklich nur der „*Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten*“[22].

Mit dem von Lenin vorgelegten Programm bauten die Bolschewiki im Sommer 1917 ihren Einfluss im Land aus. Im September erlangten sie bei Wahlen die Mehrheit im Moskauer und Petrograder Sowjet und es gelang ihnen, in zahlreichen Sowjets in Russland Resolutionen durchzusetzen, die die Provisorische Regierung dazu aufforderten, alle Macht den Räten zu übergeben. Zugleich waren aber sowohl die Partei der Sozialrevolutionäre als auch die Menschewiki noch einflussreich, erstere vor allem unter den Bäuer:innen. In dieser Gemengelage setze Lenin – damals aus seinem Versteck vor der Provisorischen Regierung in Finnland – innerhalb der Bolschewiki die Position durch, nicht den wenige Wochen später geplanten II. Allrussischen Sowjetkongress oder gar die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung abzuwarten, sondern sofort zur vollen Übernahme der Macht durch die Bolschewiki voranzuschreiten.

Dies geschah am 25. Oktober (7. November nach westlichem Kalender) durch die militärische Machtergreifung der Bolschewiki in Petrograd und später in Moskau, wo es noch zu wochenlangen blutigen Kämpfen kam. In beiden Städten hatten sie hierfür eine ausreichende Verankerung und den entsprechenden Rückhalt in der Arbeiter:innenklasse. Die Macht einmal auf diese Art übernommen, setzten sich die Bolschewiki auch beim kurze Zeit später stattfindenden II. Sowjetkongress durch und verabschiedeten dort ihre Positionen gegen die Stimmen von Sozialrevolutionären und Menschewiki, die den Kongress

22 | Lenin, Wladimir I. (1917): Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution (Aprilthesen), LW 24, Dietz Verlag Berlin, S. 1 ff.

in Teilen verließen.

Der Staatsaufbau der sowjetischen Diktatur des Proletariats

Die politische Macht ging infolge der Oktoberrevolution an den Rat der Volkskommissare (Sownarkom) unter dem Vorsitz Lenins über, an dem sich kurzzeitig (zwischen November 1917 und Sommer 1918) auch einige linke Sozialrevolutionäre beteiligten, der aber ansonsten ausschließlich aus Bolschewiki (u. a. Rykow, Trotzki, Stalin, Lunatscharski) bestand und dessen Mitglieder von ihrer Partei bestimmt wurden[23]. Die linken Sozialrevolutionäre verließen die Koalition mit den Bolschewiki als Folge des Friedensvertrags von Brest-Litowsk mit Deutschland (März 1918) und eine Mehrheit von ihnen bekämpfte die Bolschewiki ab Juli 1918 offen. 1921 wurde die Partei endgültig aufgelöst.

Der Rat der Volkskommissare übertrug sich als exekutivem Organ in der ersten Woche seines Bestehens auch die volle gesetzgebende Gewalt und setzte damit die Aufhebung der bürgerlichen Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament durch, die schon die Pariser Kommune kurzzeitig erprobt hatte. Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee (ZEK), das von den Organen der Sowjetmacht in Gestalt des II. Sowjetkongress direkt gewählt wurde und formaljuristisch das höchste Organ im revolutionären Staat darstellte, verwandelte sich in der Praxis in ein Bestätigungsorgan gegenüber dem Sownarkom[24].

Mit der Verfassung Sowjetrusslands von 1918[25] wurde der mindestens zweimal jährlich tagende Sowjetkongress als höchstes Machtorgan im Staat festgeschrieben. Dieser war aus Vertreter:innen der Stadtsowjets sowie der Gouvernementssowjetkongresse zusammengesetzt und wählte das Allrussische Zentralexekutivkomitee als das höchste *„gesetzgebende, verfügende und kontrollierende Organ“*. Dem Rat der Volkskommissare oblag laut Verfassung die *„allgemeine Leitung der Angelegenheiten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik“*. Das aktive und passive Wahlrecht für die Sowjets hatten nur Werktätige (inkl. Hausfrauen) und Soldaten. Kapitalist:innen, Rentiers, private Händler, Geistliche und Angehörige der zaristischen Repressionsbehörden waren von den Wahlen ausgeschlossen[26]. Lenin betonte diesbezüglich jedoch, dass die Sowjetmacht *„jedem, der auf die Ausbeutung fremder Arbeit verzichten will“*, das Recht einräumt, *„an der Leitung des Staates teilzunehmen“*[27].

Dieser Staatsaufbau wurde später, mit der Verfassung der inzwischen gegründeten Sowjetunion von 1924[28] geringfügig modifiziert: Der mindestens einmal jährliche tagende und aus Delegierten der unteren Sowjets zusammengesetzte Sowjetkongress[29] wählte das aus zwei Kammern[30] bestehende Zentralexekutivkomitee, das für die Zeit zwischen seinen Tagungen wiederum ein Präsidium als das *„höchste gesetzgebende, vollziehende und verfügende Machtorgan“* im Staat bestimmte. Die Regierung lag beim Rat der Volkskommissare als *„vollziehendem und verfügenden“* Organ des ZEK. Der Sownarkom konnte verbindliche Dekrete und Beschlüsse auf dem gesamten Territorium der UdSSR erlassen und war dem ZEK bzw. dessen Präsidium gegenüber rechenschaftspflichtig[31]. Vorsitzende des Rates der Volkskommissare (ab 1946: Ministerrat) waren Lenin (1923/24), Alexei Rykow (1924-1930), Wjatscheslaw Molotow (1930-1941) und Josef Stalin (1941-1953). Der Vorsitz des Präsidiums des ZEK lag bei Lew Kamenew (1917), Jakob Swerdlow (1917-1919) und Michail Kalinin (1919-1946). Der Vorsitzende des Präsidiums des ZEK (bzw. ab 1937 des Obersten Sowjet) war zugleich auch das protokollarische Staatsoberhaupt Sowjetrusslands bzw. der Sowjetunion.

Faktisch ging die volle politische Macht in Russland an die Partei der Bolschewiki und deren Politbüro über, die bereits 1917 über die Mehrheit in den meisten Sowjets verfügte. Eine Konstituierende Versammlung, die nach der Februarrevolution geplant worden war und im Januar 1918 tagte, in der die Sozialrevolutionäre aber die Mehrheit hatten, wurde von den Bolschewiki mit Verweis auf die Linksverschiebung der Massen seit der Wahl sowie auf das Sowjetsystem aufgelöst – ein Schritt, der auch in der internationalen kommunistischen Bewegung kontrovers diskutiert wurde.

Die lokalen Sowjets bildeten im revolutionären Russland die Grundlage der staatlichen Ordnung: *„Die Abgeordneten dieser lokalen Sowjets wurden durch direkte Wahl der Mehrheit der Wähler in jedem Wahlkreis gewählt. Den Wählern wurden Listen vorgelegt, die von der Partei (im Prinzip) nach Rücksprache mit Versammlungen von Nicht-Parteimitgliedern erstellt worden waren.“*[32] Ob und in welchen Zeitabschnitten die Räte tatsächlich lebendige Organe und von der Aktivität

23 | Vgl. Bettelheim, Charles (1974): Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Oberbaumverlag , S. 94

24 | Vgl. Bettelheim (1974): S. 95 f.

25 | Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (1918), https://www.verfassungen.net/rus/verf18-i.htm

26 | Ebd.

27 | Lenin (1919): Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28, Dietz Verlag Berlin, S. 360

28 | Verfassung der UdSSR (1924), https://www.verfassungen.net/su/verf24-i.htm

29 | Vollständig: Gesamtrussischer Sowjetkongress der Arbeiter-, Bauern-, Rotarmisten- und Kosakendeputationen

30 | Die beiden Kammern waren der Unionssowjet und der Nationalitätensowjet: *„Der Sowjetkongreß der UdSSR wählt den Unionssowjet aus Vertretern der Unionsrepubliken proportional zur Einwohnerzahl jeder dieser Republiken, insgesamt 371 Mitglieder. Der Nationalitätensowjet wird aus Vertretern der Unionsrepubliken und der autonomen sozialistischen Sowjetrepubliken (je 5 Vertreter für jede Republik) sowie aus den Vertretern der autonomen Gebiete der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (je ein Vertreter für jedes Gebiet) gebildet.“*, Verfassung der UdSSR (1924)

31 | Verfassung der UdSSR (1924), https://www.verfassungen.net/su/verf24-i.htm

32 | Bettelheim Charles (1977): Class Struggles in the USSR, Second Period: 1923-1930, Monthly Review Press, S. 346, Übersetzung aus dem Englischen

breiter Massen getragen waren, kann nur im Rahmen einer umfassenden historischen Untersuchung wirklich geklärt werden. Gerade für den Zeitraum von 1917 bis 1923 ist die Arbeit „Die Klassenkämpfe in der UdSSR“ (Band 1) des französischen marxistischen Ökonomen Charles Bettelheim (1913-2006) nützlich. Hintergrund davon ist auch, dass Bettelheim sich darin auf eine Vielzahl von Originalquellen wie etwa die Schriften von Lenin stützt. Bettelheim gehörte in den 1960er und 70er Jahren zu den bekanntesten Vertretern der „Neuen Linken“ in Frankreich, stand dem Philosophen Louis Althusser theoretisch nahe und sympathisierte mit dem chinesischen Sozialismus unter Mao Tse-Tung. Später driftete Bettelheim dann in eine grundsätzliche Ablehnung des Bolschewismus und damit auch von seinen früheren Positionen ab.[33]

Zur Frage des Rätesystems sowie des Verhältnisses zwischen Räten und Parteiorganen der Bolschewiki stellt Bettelheim schon 1918 fest, dass sich die „*tägliche Praxis der Unterordnung der örtlichen Sowjets unter die zentralen Organe in allen wichtigen Fragen rasch durchgesetzt*“ habe, ebenso wie die „*führende Rolle der proletarischen Partei auch auf lokaler Ebene*“, was in der „*Vorrangstellung des Parteikomitees auf den verschiedenen Landesebenen über die örtlichen Verwaltungsorgane*“ zum Ausdruck komme[34]. Die „*Tätigkeit der Sowjetorgane*“ sieht Bettelheim bereits für 1920 als „*rückentwickelt*“ an[35].

Die beschriebene Vorrangstellung der Parteiorgane gegenüber den Sowjets entsprach prinzipiell auch den Vorstellungen Lenins, der die Diktatur des Proletariats in Russland in der Übergangsphase zum Sozialismus – der in Russland noch nicht sofort errichtet werden konnte – als durch die Avantgardepartei verwirklicht sah. Lenins Position in dieser Frage wäre aber unvollständig dargestellt, ohne im Zusammenhang damit die Rolle zu berücksichtigen, die er für die proletarischen Massenorganisationen wie z. B. die Gewerkschaften im neuen Staat vorsah. Im Gegensatz zu Trotzki, der die Gewerkschaften in der Diktatur des Proletariats als Kommandoorgane über die Arbeiter:innen verstand und ihre „*Verstaatlichung*“ forderte[36], sah Lenin sie „*zwischen der Partei und der Staatsmacht*“ stehen: „*Beim Übergang zum Sozialismus ist die Diktatur des Proletariats unvermeidlich, aber diese Diktatur wird nicht durch eine die Industriearbeiter in ihrer Gesamtheit erfassende Organisation verwirklicht.*“ Es ergebe sich, „*dass die Partei sozusagen die Avantgarde des Proletariats in sich aufsaugt und diese Avantgarde die Diktatur des Proletariats verwirklicht.*“ Ohne „*ein solches Fundament wie die Gewerkschaften zu besitzen*“, könne man „*die Diktatur nicht verwirklichen*“ und „*die staatlichen Funktionen nicht ausüben*“. Die Gewerkschaften müssten „*die Verbindung der Avantgarde mit den Massen herstellen*“ und „*durch ihre tägliche Arbeit die Massen überzeugen*“. Andererseits seien die Gewerkschaften das „*Reservoir der Staatsmacht*“[37].

Nach dieser Argumentation Lenins muss die Kommunistische Partei die Führung im sozialistischen Staat rücksichtslos übernehmen, kann sie aber in letzter Konsequenz nur dann aufrechterhalten, insofern es ihr gelingt, über Gewerkschaften und andere Massenorganisationen ihre reale gesellschaftliche Basis immer mehr zu erweitern und die so aktivierten Teile der Massen in die Staatsmacht einzubeziehen. Damit vertrat er ein klares Verständnis von der konkreten Form, wie sich die proletarische Demokratie bzw. die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit in der Praxis verwirklichen ließe. Dieses war ein anderes Verständnis als das von Trotzki, der die gesamte Arbeiter:innenklasse nach der Machtübernahme der Bolschewiki mehr oder weniger unter das Kommando der Partei stellen wollte.

Bürokratie und Arbeiter:innenkontrolle

Das Problem der Realisierung der Diktatur des Proletariats wurde in Russland dadurch verschärft, dass große Teile der Arbeiter:innenklasse zur Zeit der Oktoberrevolution faktisch gar nicht in der Lage waren, Verwaltungsaufgaben im Staat zu übernehmen, da ihnen die dazu notwendigen Kenntnisse fehlten. Viele der Arbeiter:innen konnten nicht einmal lesen und schreiben. Unter diesen Bedingungen beschlossen die Bolschewiki schon früh, mit bestimmten Prinzipien der Pariser Kommune zu brechen. Das drückte sich etwa darin aus, dass die Intellektuellen der alten Gesellschaft mit hohen Gehältern dazu gebracht wurden, leitende Tätigkeiten im jungen Sowjetstaat zu übernehmen. In vielen Fällen wurden hohe Beamt:innen des zaristischen Staates in die neu geschaffenen Volkskommissariate übernommen. Dieser Umstand brachte die Gefahr mit sich, dass die alte Intelligenz, die den entmachteten Ausbeuter:innenklassen deutlich näher stand als dem Proletariat, die Diktatur des Proletariats sabotieren könnte. Den neu geschaffenen Staatsapparat anzuleiten und zu kontrollieren, um Bürokratie und Sabotage zu bekämpfen, war in dieser Phase eine Mammutaufgabe für die zahlenmäßig noch relativ kleine Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) (KPR(B)), die in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution

33 | Dies ist unter anderem in seinen 1982 und 1983 veröffentlichten Bänden 3 und 4 über die „Klassenkämpfe in der UdSSR“ für den Zeitraum 1930 bis 1941 nachzulesen.

34 | Bettelheim (1974): S. 97

35 | Bettelheim (1974): S. 231

36 | Trotzki, Leo (1921): Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften, https://www.sozialistischeklassiker2punkt0.de/sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/trotzki/1921/leo-trotzki-ueber-die-rolle-und-die-aufgaben-der-gewerkschaften.html

37 | Lenin, Wladimir I. (1920): Über die Gewerkschaften, LW 32, Dietz Verlag Berlin, S. 2 f.

noch weit entfernt war von den vielen Millionen Mitgliedern in späteren Phasen.[38]

Bettelheim vermerkt diesbezüglich zur Situation im Jahr 1918: „*Seit seiner Entstehung versucht der Rat der Volkskommissare auf neuen Grundlagen seine eigenen Verwaltungsorgane aufzubauen. In Wirklichkeit kommt er damit nicht sehr weit. Die verschiedenen Volkskommissariate sind praktisch gezwungen, einen großen Teil des alten Verwaltungsapparats, der nur relativ geringe interne Veränderungen erfährt, sich unterzuordnen (oder zu versuchen, ihn sich unterzuordnen).*“ Daraus ergebe sich häufig „*eine mehr oder weniger tiefe Kluft zwischen der formal vom Zentralkomitee beschlossenen Politik, die der Rat der Volkskommissare zu verwirklichen sucht, und der tatsächlichen Tätigkeit der staatlichen Verwaltungsapparate. Außerdem tendieren diese Apparate dahin, die Sowjetmacht von den Massen abzuschirmen.*“[39]

Die Schilderung verdeutlicht, dass die von Lenin immer wieder sehr klar betonte Notwendigkeit, den alten bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und durch einen von Grund auf neuen Apparat zu ersetzen, in Russland bezüglich eines großen Teils der exekutiven Organe nicht direkt umgesetzt werden konnte. Stattdessen mussten sich die Bolschewiki damit behelfen, unter ihrer eigenen Führung Kontrollinstanzen gegen die alten Apparate zu schaffen und möglichst schnell aus der sowjetischen Arbeiter:innenklasse heraus eine eigene Intelligenz zu entwickeln, die die entsprechenden Funktionen künftig übernehmen konnte. Dies gelang zwar auch. Allerdings zeigte sich zehn Jahre später, dass auch junge, gut ausgebildete Parteimitglieder, die aus der Arbeiter:innenklasse stammten, zu Bürokrat:innen wurden[40]. Für die Bolschewiki machte sich hier deutlich, dass der Bürokratismus ein gesetzmäßiges Übel eines jeden Staatsapparates ist.

Die Ersetzung der alten Staatsbeamt:innen durch Bolschewiki sollte außerdem durch Formen der durch die Arbeiter:innenmassen selbst ausgeübten Kontrolle ergänzt werden. Die wichtigsten Mittel dazu waren innerparteilich die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) und über den Parteirahmen hinaus die Arbeiter- und Bauerninspektion (Rabkrin). Diese stellte bei ihrer Schaffung im Jahr 1920 nach einer zunächst spontanen Welle von Gründungen lokaler Inspektionen[41] den zweiten Versuch dar, durch eine zentrale Organisation Struktur in die Arbeiter:innenkontrolle zu bringen[42]: „*Das neue Kommissariat sollte die breite Masse der ungelernten und unqualifizierten Arbeiter und Bauern, insbesondere Frauen, für Inspektionsarbeiten gewinnen.*“[43] Während die ZKK von den Parteimitgliedern gewählt wurde und damit eine politische Unabhängigkeit dieses Organs vom Zentralkomitee der Partei sichergestellt werden sollte, war es die Aufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion, die parteilosen Massen an die Verwaltung und Kontrolle des Staates heranzuführen und es jedem Menschen in der Sowjetunion zu ermöglichen, sich dort über staatliche Stellen zu beschweren. Zumindest der erste Teil der Aufgabe konnte nur begrenzt erfüllt werden: „*Das Dekret*[44] *sieht (...) vor, dass ‚der Kampf gegen den Bürokratismus und Korruption in den Sowjetinstitutionen‘ von nun an von Arbeitern und Bauern geführt werden muss, die von denselben Versammlungen gewählt werden, die auch die Delegierten der Sowjets bestimmen. Es handelt sich also im Prinzip darum, eine Massenkontrolle über den staatlichen Verwaltungsapparat zu organisieren. Im April 1920 werden auch die Gewerkschaften an die Tätigkeit der ABI*[45] *angeschlossen. Dadurch aber, dass die Tätigkeit der Sowjetorgane sich rückentwickelt, ist die ABI tatsächlich dazu verurteilt, ein bürokratisches Organ zu bleiben...*“[46].

Die Arbeiter- und Bauerninspektion überhaupt zu einer wirksamen Institution aufzubauen, erwies sich als äußerst schwierig. Sie umfasste zunächst acht Inspektorate[47] sowie Abteilungen für Beschwerden und Petitionen sowie „Blitzrevisionen“[48] und beschäftigte erst 30.000 (1920) und später ca. 12.000 (1922) Angestellte[49]. Dabei blieb sie aber dysfunktional: Erstens herrschte im Allrussischen ZEK lange Zeit Uneinigkeit über die Rolle der Inspektion und das Verhältnis zum eigenen Organ, zweitens fehlte es der Inspektion an fähigen Kader:innen und drittens ließ die Beteiligung von Arbeiter:innen und Bäuer:innen an der Inspektionsarbeit rasch nach – während die staatliche und industrielle Bürokratie im selben Zeitraum rasant anwuchs[50]. Auch die Geheimpolizei Tscheka und ihre Nachfolgeorganisation GPU beteiligten sich ab 1921 ganz offiziell an den Parteikontrollkommissionen[51].

Lenin erklärte im Januar 1923 in der „Prawda“, „dass *die Arbeiter- und Bauerninspektion für uns eine sehr große Schwierigkeit darstellt und dass diese Schwierigkeit bis jetzt nicht überwunden ist*“[52]. Zwei Monate später legte er

38 < Vgl. Smith, G.B. (1988). The CPSU: The Guiding Force in Soviet Society. in: Soviet Politics. Palgrave, London, S. 54-55, https://doi.org/10.1007/978-1-349-19172-7_4

39 | Bettelheim (1974): S. 98

40 | Vgl. Stalin, „Rede auf dem VIII. Kongress des Kommunistischen Jugendverbandes“, SW 11, Dietz Verlag Berlin, S. 63

41 | Vgl. Perrins, M. (1980): Rabkrin and Workers' Control in Russia 1917-34, European Studies Review, 10(2), 225-246. https://doi.org/10.1177/026569148001000204, S. 229 f.

42 | Vgl. Bettelheim (1974): S. 230 f.

43 | Perrins, M. (1980): S. 230, Übersetzung aus dem Englischen.

44 | [des Allrussischen ZEK vom 7.02.20 zur Umwandlung des Volkskommissariats für Staatskontrolle in die „Arbeiter- und Bauerninspektion“, Anm. d. Red.]

45 | [Arbeiter- und Bauerninspektion, Anm. d. Red.]

46 | Bettelheim (1974): S. 231

47 | Darunter sechs allgemeine (Technik und Industrie, Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Verwaltung sowie Arbeitsschutz und öffentliche Gesundheit) und zwei spezielle (Militär-Marine und Kommunikation). Vgl. Perrins (1980): S. 230

48 | Perrins (1980): S. 230

49 | Perrins (1980): S. 232

50 |Perrins (1980): S. 230

51 | Vgl. Bettelheim (1974): S. 243

52 | Lenin, Wladimir I. (1923): Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollten, LW 33, Dietz Verlag Berlin, S. 468

in einem weiteren Artikel nach und beklagte sich, *„dass das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion [..] gegenwärtig nicht die geringste Autorität“* genieße: *„Jedermann weiß, dass es keine schlechter organisierten Institutionen als die unserer Arbeiter- und Bauerninspektion gibt und dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen von diesem Volkskommissariat rein gar nichts zu erwarten ist.“*[53]

Dem XII. Parteitag der Bolschewiki schlug er vor, das ZK der Partei als höchste Parteikonferenz unter Teilnahme der ZKK tagen zu lassen und in letztere *„75-100 neue Mitglieder (...) aus Arbeitern und Bauern zu wählen“*, die alle Rechte von ZK-Mitgliedern genießen sollen und daher der gleichen Überprüfung auf die Parteilinie zu unterziehen seien. Die Arbeiter- und Bauerninspektion solle *„auf 300 – 400 Angestellte“* reduziert werden, die *„besonders erprobt sind, was ihre Gewissenhaftigkeit und ihre Kenntnis unseres Staatsapparats betrifft, und eine Prüfung darin bestanden haben“*[54]. Beide Institutionen – ZKK und Arbeiter- und Bauerninspektion – wurden dann auf Beschluss des XII. Parteitags zusammengelegt.

Die grundsätzliche Aufgabenstellung der Arbeiter- und Bauerninspektion – Kontrolle der staatlichen Behörden durch die Massen der Arbeiter:innen und Bäuer:innen – bestand von ihrer Gründung 1920 über ihre Zusammenlegung mit der ZKK (1923) bis zu ihrer Auflösung 1934. Dabei trat jedoch die durch Parteiorgane geführte Kontrolle über die staatliche Bürokratie gegenüber der breiten Einbeziehung der Massen in den Vordergrund[55]. Nach dem Plenum des ZK der KPdSU(B) im November 1928 spielten Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion neben den Parteiorganen eine zentrale Rolle bei der Überprüfung des gesamten sowjetischen Verwaltungspersonals im Rahmen der damaligen „Säuberung“. Bis 1931 wurden dabei über 138.000 staatliche Beamt:innen und Angestellte entlassen. Inwiefern einfache Arbeiter:innen und Bäuer:innen dabei eine aktive Rolle innerhalb der Inspektion spielten, ist umstritten[56].

Das Problem der Massenkontrolle zeigt das Dilemma der Bolschewiki beim Aufbau des sozialistischen Staates unter den damaligen Bedingungen in Russland auf. Die aktive Einbeziehung der Arbeiter:innen und Bäuer:innen in den Staat wurde als unbedingte Notwendigkeit gesehen – Lenin sagte einmal: *„Der Sozialismus wird nicht durch Erlasse von oben geschaffen. (...) Der lebendige, schöpferische Sozialismus ist das Werk der Volksmassen selbst.“*[57] Diese Einbeziehung gelang jedoch gerade in der Anfangsphase des sozialistischen Aufbaus nur unzureichend, und die Partei sah sich sogar genötigt, die Zahl der Inspektor:innen 1923/24 drastisch zu reduzieren, um aus der Arbeiter- und Bauerninspektion überhaupt erst einmal eine funktionierende Institution zu schaffen. Der weitere Aufbau der Kontrollorgane geschah nicht mehr durch den Druck einer Masseninitiative von unten, sondern geplant von oben. Dies war gerechtfertigt, solange es darum ging, dass die Arbeiter:innenklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei überhaupt die Kontrolle über den Staatsapparat erlangt – nämlich anstelle der zaristischen Beamt:innen. Zum Problem wurde die fehlende Initiative von unten jedoch spätestens dann, als die alten Beamt:innen durch Kommunist:innen ersetzt wurden, es aber nicht oder nur begrenzt gelang, den Beamten- und Verwaltungsapparat als solchen nennenswert zurückzudrängen.

Je mehr die Kommunistische Partei aber selbst mit diesem Apparat verschmilzt, desto größer wird die Gefahr, dass von der Partei definierte Auswahlverfahren für Arbeiterkontrolleur:innen die Wirksamkeit der Arbeiter:innenkontrolle unterlaufen. Für die Sowjetunion im Zeitraum 1929-31 mag dies noch umkämpft gewesen sein, immerhin wurde unter der Beteiligung der Arbeiter- und Bauerninspektion eine große Zahl von Staatsbeamt:innen ausgewechselt. Umso problematischer ist es aber, dass diese Inspektion wenige Jahre später von der Partei aufgelöst wurde.

An diesem Beispiel zeigt sich ein grundlegendes Problem, das beim Aufbau des Sozialismus gelöst werden muss: Je weniger die direkte Masseninitiative von unten als vorwärtstreibendes Element für die Gesellschaft entwickelt ist, desto mehr muss die Kommunistische Partei zu vorübergehenden Hilfsmitteln wie der beschriebenen „Kontrolle der Kontrolleur:innen von oben“ greifen, um Staat und Gesellschaft zum Funktionieren zu bringen. Diese Hilfsmittel können sich später jedoch als Hindernisse beim Kampf um das Zurückdrängen aller Klassenunterschiede und des Staates erweisen[58]: Denn hier ist es die Partei selbst, die sich überflüssig machen muss – und es kann passieren, dass Teile von ihr ein materielles Interesse daran entwickeln, dass dies nicht geschieht. Dass es unter den sowjetischen Kommunist:innen schon in den 1920er Jahren Bürokrat:innen, Seilschaften, Fälle von Korruption, Intrigen und Mobbing gegen kritische Arbeiter:innen gab, geht unter anderem aus zahlreichen Äußerungen Stalins hervor, der solche Tendenzen

53 | Lenin, Wladimir I. (1923): Lieber weniger, aber besser, LW 33, Dietz Verlag Berlin, S. 477

54 | Lenin, Wladimir I. (1923): Lieber weniger, aber besser, S. 469

55 | Vgl. Perrins (1980): S. 243

56 | Vgl. Perrins (1980): S. 241 f.

57 | Lenin (1917): Sitzung des gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 4. (17.) November 1917), LW 26, Dietz Verlag Berlin, S. 283

58 | Vgl. Hat der Sozialismus Zukunft? Band 1, Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, Verlag Roter Morgen 1996, S. 64 ff., https://redstarpublishers.org/BookGerman.pdf

scharf anprangerte[59].

Die Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der UdSSR

Der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion war von jahrzehntelangen heftigen Klassenkämpfen im ganzen Land, innerhalb und außerhalb der Partei und des Staates gekennzeichnet – und dies wird, unter den verschiedenen konkreten Bedingungen jedes Landes, in dem eine sozialistische Revolution vollzogen wird, immer der Fall sein. Die Bolschewiki mussten unablässig darum kämpfen, die politische Macht der Partei und damit der Arbeiter:innenklasse zu behalten, den Staatsapparat und die Wirtschaft des riesigen Landes unter ihre Kontrolle zu bringen und zu leiten und dabei noch die Massen der Arbeiter:innen und Bäuer:innen hinter sich zu versammeln und an die Führung des Staates heranzuziehen. Alle anderen Parteien, die vorher innerhalb der Arbeiter:innen und Bäuer:innen einflussreich gewesen waren (Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten), schlugen sich – obwohl sie zunächst als Parteien in den Sowjets vertreten waren, ihre Presse weiter betreiben konnten und die Bolschewiki ihnen Angebote zur Regierungsbeteiligung machten – bereits innerhalb des ersten Jahres der Revolution auf die Seite der Konterrevolution[60]. Wenige Jahre später folgten die oppositionellen Strömungen innerhalb der Partei der Bolschewiki selbst. Die Kämpfe um die revolutionäre Linie fanden auch innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei statt.

Nach dem verheerenden Bürgerkrieg mit 10 Millionen Toten und der anschließenden Intervention zahlreicher kapitalistischer Länder im Zeitraum 1917-1922 sah sich die Sowjetmacht gezwungen, zur Belebung der Wirtschaft des Landes im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik (1921-1928) einen begrenzten Kapitalismus in der Landwirtschaft zuzulassen, was jedoch neue Klassenkämpfe hervorrufen musste. Die anschließende Industrialisierungsoffensive und die Kollektivierung der Landwirtschaft ab 1928/29 waren zum Teil von kriegerischen Auseinandersetzungen der Sowjetmacht u. a. mit den enteigneten Kulak:innen auf dem Land begleitet.

Die KPdSU (B), die nach dem Tod Lenins im Januar 1924 von Stalin (1878-1953) geführt wurde, ging aus all diesen Kämpfen siegreich hervor, verteidigte die Diktatur des Proletariats und konnte bis Mitte der 1930er Jahre sozialistische Produktionsverhältnisse in allen Teilen des Landes und allen Sektoren der Wirtschaft errichten und durchsetzen. Damals waren die Reste des Privatkapitalismus in Landwirtschaft und Industrie vollständig beseitigt und erstmalig alle relevanten Teile der Wirtschaft in den Händen des sowjetischen Staats konzentriert. Zeitgleich bestanden Unterschiede zwischen Kopf- und Handarbeit, ausführenden und leitenden Tätigkeiten, sowie in den Verteilungsverhältnissen weiter.

Die grundsätzlichen Erfolge auf ökonomischen Gebiet konnten nicht dazu genutzt werden, auf gesellschaftlicher Ebene in gleichem Maße den Sozialismus weiterzuentwickeln. Die Sowjets etwa traten ab Ende der 1920er Jahre nicht mehr regelmäßig genug zusammen, um ihre Aufgabe der Leitung des Staates wirklich wahrzunehmen. Sie verloren auch das Recht, lokale Richter:innen und Staatsanwält:innen einzusetzen. Ebenso wurden die Zentrale Kontrollkommission der Partei und die Arbeiter- und Bauerninspektion in ihrer bisherigen Form im Jahr 1934 aufgelöst und dem ZK der KPdSU (B) untergeordnet[61]. Ihre Aufgabe verwandelte sich damit aus der Kontrolle der Partei- und Staatsorgane von unten – so gut oder so schlecht diese auch immer funktioniert haben mag – in eine Kontrolle der Erfüllung der Partei- und Staatsbeschlüsse von oben.

Ein großes Problem hierbei war, dass eine kritische Diskussion über diese Schritte, die bezüglich des Ziels der Abschaffung aller Klassenunterschiede und des Absterbens des Staates schmerzhafte Schritte zurück darstellten, innerhalb der Partei und der internationalen kommunistischen Bewegung kaum noch stattfand. Dabei schienen sie die schon seit den 1920er Jahren festzustellende Passivität der arbeitenden Bevölkerung im Sowjetstaat zu verfestigen – ein Umstand, der die spätere revisionistische Entwicklung erheblich begünstigte.

Statt zu offener und kritischer Diskussion des erreichten Standes tendierte die KPdSU (B) nach der erfolgreichen „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ in den 1930er Jahren zu einer systematischen Unterschätzung der noch bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche, indem sie aus ihrem Sieg die falsche Schlussfolgerung zog, dass es in der Sowjetunion mit der Arbeiter:innenklasse, der Bäuer:innenschaft und der Intelligenz nur noch befreundete Klassen gebe, dass „*der Abstand zwischen diesen sozialen Gruppen sich immer mehr verringert*“, und dass die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen ihnen „*dahinschwinden und sich verwischen*“[62]. Dies stand im Widerspruch zu dem Umstand, dass der

59 | So etwa beim XV. Parteitag der KPdSU(B) 1927: „*Da haben wir einen Arbeiter, einen Werkzeugschlosser, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert wurde, weil er ein fähiger und unbestechlicher Mensch ist. Er arbeitet ein, zwei Jahre, arbeitet ehrlich, schafft Ordnung, beseitigt Misswirtschaft und Verschwendung. Aber dieses sein Wirken berührt die Interessen einer bestimmten trauten Kumpanei von ‚Kommunisten‘, es stört ihre Ruhe. Und was geschieht? Die traute Kumpanei von ‚Kommunisten‘ wirft ihm Knüppel zwischen die Beine und zwingt ihn auf diese Weise zur ‚Rückbeförderung‘. ‚Du wolltest klüger sein als wir, wolltest nicht, dass wir in Ruhe leben und unser Schäfchen ins trockne bringen - zurück mit dir, mein Lieber!‘*“, Stalin (1927): Der XV. Parteitag der KPdSU(B) (2.-19. Dezember 1927), Politischer Rechenschaftsbericht, SW 10, S. 158

60 | Vgl. Bettelheim, S. 215 ff.

61 | Vgl. „Über die Zerstörung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“, Kommunismus 7, S. 16 f.

62 | Stalin, Josef W. (1936): Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR, SW 14, Verlag Roter Morgen, S. 64

Kampf mit der Bürokratie innerhalb des Staatsapparates im selben Zeitraum eskalierte. Stalin führte diesen Kampf gegen den Bürokratismus an[63], setzte dabei aber stark auf Apparate wie den Geheimdienst GPU (ab 1934 Teil des Innenministeriums NKWD), die ihrerseits eine potenzielle Quelle der Verselbstständigung des Staatsapparates darstellten. Die Kampagne gegen echte und vermeintliche trotzkistische Agent:innen in Staat, Partei und Kommunistischer Internationale (KI) nahm mit dem „Großen Terror" ab 1936 extreme Züge in Form von Massenverhaftungen an und führte zur Verhaftung und Hinrichtung eines Großteils des früheren KPdSU (B)-Führungspersonals sowie des KI-Apparates.

Bemerkenswert ist jedoch, dass zeitgleich dazu im Mai 1937 – im Rahmen einer allgemeinen Debatte über die Weiterentwicklung der Demokratie in der Sowjetunion – innerparteiliche Wahlen stattfanden, infolge derer etwa die Hälfte der unteren Parteisekretär:innen und Komiteemitglieder ersetzt wurde[64]. Die KPdSU (B) wurde durch diese Maßnahmen auf allen Ebenen massiv verjüngt. Die Jugend, die nun vielerorts Parteifunktionen übernahm, wuchs aber gerade in politischen Verhältnissen auf, in denen eine offene und kritische Diskussion über die noch bestehenden Missstände im Land innerhalb der KPdSU (B) kaum noch stattfand.

Die Verfassung von 1936

Letzteres heißt jedoch nicht, dass in der Gesellschaft überhaupt nicht mehr diskutiert worden wäre: Bereits im Jahr 1936 hatte sich die Sowjetunion nach einer breiten gesellschaftlichen Diskussion[65] eine neue Verfassung gegeben, die das Staatswesen noch einmal modifizierte und unter anderem den Unionsstaat gegenüber den einzelnen Republiken stärkte[66]. Das alleinige gesetzgebende Organ war nun nicht mehr ein Sowjetkongress, sondern der von der Bevölkerung direkt für vier Jahre gewählte, aus zwei Kammern[67] bestehende Oberste Sowjet[68]. Dieser tagte regulär zweimal im Jahr und wurde dazwischen durch sein 37-köpfiges Präsidium vertreten, das – im Rahmen der Gesetze – Ukasse (Erlasse) beschließen konnte, die ebenso wie die Gesetze auf dem gesamten Gebiet der UdSSR verbindlich waren[69]. In der Praxis wurde ein Großteil der Gesetzgebung durch solche Ukasse des Präsidiums geregelt, die später vom Plenum des Obersten Sowjet bestätigt wurden[70]. Das *„höchste vollziehende und verfügende Organ der Staatsgewalt"* bildete der Rat der Volkskommissare (ab 1947: Ministerrat) der UdSSR. Der vom Obersten Sowjet gewählte Oberste Gerichtshof war das oberste Justizorgan[71].

Das politische System der Sowjetunion verfügte damit erstmals über eine ausgeprägte Gewaltenteilung[72] und der Oberste Sowjet unterschied sich kaum von einem Parlament. Trotzdem gab es in der Verfassung eine Reihe von Besonderheiten im Vergleich zu bürgerlichen Demokratien[73]:

Der erste Unterschied bestand darin, dass das Recht, Kandidat:innen aufzustellen, den *„gesellschaftlichen Organisationen und den Vereinigungen der Werktätigen"* vorbehalten war, nämlich „den kommunistischen Parteiorganisationen, den Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugendorganisationen, Kulturvereinigungen"[74].

Wie die bürgerliche Geschichtswissenschaft[75] [76] rekonstruiert hat, vertraten Stalin und das sowjetische Politbüro im Zeitraum 1936/37 ein sehr weitgehendes Verständnis des Rechts der Bevölkerung, eigene Kandidat:innen aufzustellen. Diesem Verständnis zufolge wären pro Wahlbezirk mehrere Kandidat:innen für den Obersten Sowjet (und die entsprechenden unteren Organe) angetreten, Mitglieder der KPdSU (B) hätten also ohne Einschränkungen von Gegenkandidat:innen herausgefordert werden können[77].

Tatsächlich hatte Stalin schon beim Außerordentlichen Sowjetkongress im November 1936 zur Frage des passiven Wahlrechts von Geistlichen und ehemaligen Weißgardisten geäußert: *„...sollte das Volk irgendwo feindlich gesinnte Leute wählen, so wird das bedeuten, dass es um unsere Agitationsarbeit äußerst schlecht steht und wir eine solche Schande durchaus verdient haben; wird aber unsere Agitationsarbeit auf bolschewistische Art vor sich gehen, so wird das Volk keine feindlich gesinnten Leute in seine obersten Organe durchlassen. (...) Lenin sagte schon 1919, die Zeit sei nicht fern, da die Sowjetmacht es für nützlich halten werde, das allgemeine Wahlrecht ohne jegliche Einschränkung einzuführen. Wohlgemerkt:*

63 | Siehe z. B. „The Stalin-Kaganovich Correspondence 1931-1936", Yale University Press 2003, S. 127

64 | Vgl. Getty, J.A. (1991): State and Society Under Stalin: Constitutions and Elections in the 1930s, Slavic Review, Vol. 50, No. 1 (Spring, 1991), pp. 18-35, S. 29

65 | *„Die Diskussion über den Verfassungsentwurf dauerte sechs Monate, von Juni bis Dezember 1936. In diesem Zeitraum nahmen schätzungsweise 42.372.990 Menschen an Versammlungen und Diskussionen in der gesamten UdSSR teil, bei denen die Sowjetbürger über 43.000 Änderungsvorschläge zum Verfassungsentwurf einbrachten.*", Lomb, Samantha: Stalin's Constitution: Soviet Participatory Politics and the Discussion of the 1936 Draft Constitution, Routledge 2018, S. 1, Übersetzung aus dem Englischen

66 | Vgl. Getty (1991): S. 20

67 | Unionssowjet und Nationalitätensowjet

68 | Verfassung der UdSSR (1936), https://www.verfassungen.net/su/verf36-i.htm

69 | Vgl. Karpinskij, W.A. (1947): Die Gesellschafts- und Staatsordnung der UdSSR, SWA-Verlag Berlin, S. 97 f.

70 | Revesz, Laszlo (1965): Die gesetzgebenden Körperschaften in der Sowjetunion, Aus Politik und Zeitgeschichte 17/1965, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/527179/die-gesetzgebenden-koerperschaften-in-der-sowjetunion/

71 | Verfassung der UdSSR (1936)

72 | Der kontroverse Diskussionsprozess in der von Stalin geleiteten Verfassungskommission u. a. über die Einführung der Gewaltenteilung wird in der folgenden Arbeit nachgezeichnet. Der Autor ordnet die neue Verfassung dort in einen politischen Zusammenhang *„mit der Einführung antifaschistischer Volksfronten und der Suche des Regimes nach westlichen Verbündeten gegen Deutschland"* ein. Ebenso stellt er dar, dass es zum Verfassungsentwurf zahlreiche Kritiken aus der Bevölkerung und insbesondere aus der Bäuer:innenschaft gab, die sich vor allem um Fragen wie sozialstaatliche Leistungen (und weniger um demokratische Rechte) drehten. Getty, J.A. (1991): S. 19

73 | Das sowjetische Modell setzte sich wiederum in leicht abgewandelter Form auch in anderen späteren Staaten wie z. B. den Volksdemokratien ab 1944/45 durch.

74 | Verfassung der UdSSR (1936)

75 | Vgl. Getty (1991)

76 |Cory Aquino

77 | Vgl. Getty (1991): S. 29

ohne jegliche Einschränkung. (...) Seitdem sind bereits 17 Jahre vergangen. Ist es nicht an der Zeit, Genossen, die Weisung Lenins zu erfüllen?“[78]

Diese Ausrichtung auf Wahlen mit mehreren Kandidat:innen vertrat das sowjetische Politbüro bis zum Spätsommer 1937, und zwar offensiv und gegen den Widerstand lokaler Partei- und Staatsfunktionär:innen[79]. Die konkreten Vorbereitungen für solche Wahlen waren auch bereits im vollen Gange[80]. Im Oktober 1937 wurde diese Ausrichtung jedoch nach langen Auseinandersetzungen und offenbar angesichts akut wachsender feindlicher Aktivitäten[81] rund um die Wahlvorbereitungen plötzlich aufgehoben[82]: Statt mehrerer Kandidat:innen trat bei den Wahlen zum Obersten Sowjet im Dezember 1937 nur noch eine Person pro Wahlbezirk an, und zwar für einen kurzfristig ausgerufenen „Block der Kommunisten und Parteilosen“ (der bei den eigentlichen Wahlen insgesamt knapp 90 Millionen bzw. 98,6 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt)[83].

Bei diesem blockweisen Wahlverfahren mit einer kandidierenden Person pro Bezirk blieb es auch in der Folge. Die Kandidat:innen wurden bei den Wahlen zum Obersten Sowjet in den Jahren 1946, 1950 und 1954 nach ihrer Nominierung durch KPdSU (B) und Massenorganisationen jeweils von Wählerversammlungen bestätigt und damit zur Wahl aufgestellt, wobei zeitgenössische bürgerliche Quellen diese Versammlungen als ein rein formales Ritual bewertet haben[84]. Wie lebendig sie tatsächlich abgelaufen sind und ob dort auch Ablehnungen von Kandidat:innen vorgekommen sind, können wir aufgrund der uns vorliegenden Quellen nicht beurteilen.

Nach ihrer Nominierung und Aufstellung wurden die Kandidat:innen bei geheimen Wahlen gewählt, wobei seit 1936 der Grundsatz des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts galt[85]. Das heißt, es gab keine sozialen Gruppen mehr, die von den Wahlen ausgeschlossen waren – eine starke Änderung zum früheren Wahlrecht. Den Wahlen gingen groß angelegte Agitpropkampagnen voraus[86].

Die zweite Besonderheit der Verfassung von 1936 gegenüber bürgerlichen Demokratien bestand in der Pflicht jedes Sowjetdeputierten, *„den Wählern über seine Arbeit und über die Arbeit der Sowjets (...) Rechenschaft abzulegen*“ sowie dem Recht der Wähler:innen, Deputierte *„jederzeit durch Mehrheitsbeschluss*“ abzuberufen[87]: eine Regel, die auf die Pariser Kommune zurückging. Ob jemals eine solche Abwahl stattgefunden hat und ob dies nur auf Initiative von Organisationen oder von den Wähler:innen selbst geschehen konnte, können wir ebenfalls nicht abschließend beurteilen. Ein bürgerlicher Artikel über das sowjetische System der Gesetzgebung hat 1965 festgestellt, dass die Möglichkeit der Abberufung erst im Oktober 1959 durch ein konkretes Gesetz ausführlich geregelt worden sei[88]. Ist dies so gewesen, ließe dies eine lebendige Abwahltätigkeit durch die Arbeiter:innen und Bäuer:innen im Zeitraum davor zumindest fraglich erscheinen. Wählerversammlungen gehörten aber auch dieser Quelle zufolge schon lange zum politischen Alltag in der Sowjetunion.

Der dritte Unterschied zur bürgerlichen Demokratie war die führende Rolle der Kommunistischen Partei, die in der Verfassung von 1936 erstmals explizit erwähnt und als „*Vortrupp der Werktätigen in ihrem Kampf für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft*“ und „*leitende*[r] *Kern aller Organisationen der Werktätigen, der gesellschaftlichen sowohl wie der staatlichen*“ definiert wurde[89]. In der Praxis der staatlichen Organe der Sowjetunion wurde keine wichtige Frage entschieden, der nicht ein Beschluss der KPdSU (B) zugrunde lag. Die politische Macht in der Sowjetunion war mehr und mehr beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und insbesondere dessen Politbüro konzentriert, das stets eine hohe personelle Überschneidung mit dem Rat der Volkskommissare bzw. dem Ministerrat hatte.

Die KPdSU (B) war nach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus organisiert, sodass Arbeiter:innen und Bäuer:innen die Möglichkeit hatten, als Parteimitglieder auf die Beschlüsse der Partei und damit auf die Entwicklung des Staates Einfluss zu nehmen. Wie lebendig die Aktivität und Einbeziehung der Parteibasis Mitte der 30er Jahre in der Praxis aussah, ist jedoch ebenfalls schwierig zu rekonstruieren. Bekannt ist, dass die Politik der Partei zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen in ihren Reihen (Regierung, Staatsfunktionäre, Betriebsleiter:innen, Arbeiter:innen, Bäuer:innen, u. a.) umkämpft war. Ebenso gibt es Indizien dafür, dass die Möglichkeiten der direkten Einflussnahme der Parteibasis auf die Politik Schwankungen unterlagen: Noch im Jahr 1937 wurde wie dargestellt der Funktionärskörper der KPdSU (B) durch interne Wahlen

78 | Stalin (1936): Über den Entwurf der Verfassung der Union der SSR, SW 14, Verlag Roter Morgen, S. 57

79 | Vgl. Getty (1991): S. 30

80 | Vgl. Lomb, Samantha: Stalin’s Constitution: Soviet Participatory Politics and the Discussion of the 1936 Draft Constitution, Routledge 2018, S. 127 ff.

81 | Vgl. Lomb, Samantha (201): S. 131 ff.

82 |Vgl. Getty (1991): S. 31 f.

83 | Vgl. Stalin (1939): Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit der KPdSU(B), 10. März 1939, SW 14, Verlag Roter Morgen, S. 116

84 | „Vielfach handelt es sich dabei um eine reine Formalität, wenn z. B. sämtliche Organisationen den gleichen Kandidaten vorgeschlagen haben. Oft werden zwar mehrere Personen nominiert, doch ist in den Berichten niemals von Diskussionen über die respektiven Verdienste der nominierten Persönlichkeiten die Rede. Jedesmal erklärt sich die Versammlung mit allen Vorschlägen einverstanden und fordert die Nominierten auf, sich sämtlich gleichzeitig als Kandidaten aufstellen zu lassen. Schließlich wird einer von ihnen als alleiniger Kandidat registriert, während man die übrigen anderen Wahlkreisen zuweist, wo sie ebenfalls als alleinige Kandidaten in Erscheinung treten.“„Wahlen“ von 1937-1954. (1954). Aus:Ost-Probleme 6(9), 362–368. http://www.jstor.org/stable/44925055, S.366

85 | Verfassung der UdSSR (1936)

86 | Vgl. Revesz (1965)

87 | Verfassung der UdSSR (1936)

88 | Revesz (1965)

89 | Verfassung der UdSSR (1936)

sehr weitgehend ausgetauscht. Zwischen 1940 und 1951 fand dafür nicht ein einziger Parteikongress statt. Ob die Verhaftungswellen innerhalb des Parteiapparates Mitte der 1930er Jahre die Diskussionen innerhalb der KPdSU (B)-Basis völlig erstickten oder vielleicht sogar die Stellung der einfachen Arbeiter:innen und Bäuer:innen gegenüber dem Funktionärsapparat vorübergehend stärkten und die Debatten an der Parteibasis belebten, bleibt eine spannende Frage. Diese und weitere Fragen müssen jedoch zukünftigen, detaillierteren historischen Analysen zur Klärung überlassen werden.

Wie bewerten wir die sowjetische Erfahrung?

Die Erfahrung der russischen Kommunist:innen bei der Oktoberrevolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und dem Kampf um den Aufbau sozialistischer Produktionsverhältnisse gegen eine Vielzahl von Feinden hat aufgezeigt, dass die Arbeiter:innenklasse für die Machtergreifung eine Partei neuen Typs benötigt, wie sie Lenin zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seiner Schrift „Was tun?“ gefordert hatte[90]. Die russische Erfahrung bietet ebenso eine Vielzahl von Lehren dazu, wie die Kommunistische Partei durch maximale taktische Flexibilität bei gleichzeitiger strategischer Klarheit und programmatischer Festigkeit im entscheidenden Moment alle Kräfte auf die Eroberung der Macht konzentrieren muss, um die Revolution zum Erfolg zu bringen. Sie zeigt außerdem auf, dass die Partei des Proletariats, wenn sie einmal die Macht ergriffen und die Revolution in Gang gebracht hat, sie sich nicht mehr aus den Händen nehmen lassen darf. Das unterscheidet die russische Erfahrung auch von der Pariser Kommune.

Innerhalb von 20 Jahren haben es die Bolschewiki in Russland und den anderen Ländern der Sowjetunion geschafft, die politische Macht zu behaupten, ein funktionierendes Staatswesen aufzubauen und in heftigsten Klassenkämpfen sozialistische Produktionsverhältnisse dort zu etablieren. Dies schloss den Aufbau einer Schwerindustrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft auf dem gesamten Territorium des Staates ein. Die privatkapitalistische Aneignung fremder Arbeit – und damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – war in den 1930er Jahren in der Sowjetunion zunächst Geschichte. Die Oktoberrevolution brachte zudem die Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Arbeit und erste Versuche zur Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit.

Die von Lenin beschriebene Aufgabe, in der Diktatur des Proletariats die Basis der Kommunistischen Partei über die Massenorganisationen zu erweitern und immer mehr Teile der werktätigen Bevölkerung aktiv in die Leitung des Staatsapparates mit einzubeziehen, haben die sowjetischen Kommunist:innen jedoch im Verlauf der jahrzehntelangen Kämpfe zumindest in Bezug auf den letzten Teil nicht lösen können.

Wohl gab es verschiedene Masseninitiativen, ohne die der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion nicht in dieser Form hätte stattfinden können. Im Frühjahr 1919 starteten in zahlreichen Regionen Russlands „kommunistische Subbotniks“, bei denen Arbeiter:innen, Bäuer:innen und die Jugend des Landes freiwillig Überstunden machten und an Samstagen arbeiteten, um die kriegszerstörte Wirtschaft des Landes wieder aufzubauen, z. B. indem sie Lokomotiven reparierten oder Brennholz für Schulen und Krankenhäuser verluden. Lenin bezeichnete die Subbotniks in seiner Schrift „Die große Initiative“ als Beispiel für die „Keime des Kommunismus“, die in Russland bereits entstehen[91]. Er zog auch den Vergleich zu dem Heldenmut, mit dem die Soldaten der Roten Armee zeitgleich im Bürgerkrieg mit den Weißgardisten ihr Leben für die Verteidigung der sozialistischen Revolution gaben. Der Sieg im Bürgerkrieg wäre ohne diesen hohen persönlichen Einsatz von Massen von Arbeiter:innen und Bäuer:innen niemals möglich gewesen. Auch aus späteren Jahren gibt es Beispiele für sowjetische Masseninitiativen: In den 1930er Jahren entstand mit der „Stachanow“-Bewegung eine landesweite Kampagne zur Steigerung der Arbeitsleistungen und Rationalisierung des Arbeitsprozesses. Ähnliche Berichte über sozialistische Wettbewerbe und die Initiative von Arbeiter:innen und Bäuer:innen gibt es auch aus anderen Wirtschaftsbereichen, beim Bau von Eisenbahnlinien usw. Auch spielten gerade die Frauen in der Landwirtschaft eine wichtige Rolle beim Kampf um die Kollektivierung Anfang der 1930er Jahre[92].

Feststellen muss man jedoch, dass diese Initiative sich nicht auf die Sowjets und die Einbeziehung der arbeitenden Massen in die unmittelbare Leitung und Kontrolle des Staates übertrug bzw. in den 1920er Jahren nachließ. Über die aktive Teilnahme von Arbeiter:innen und Bäuer:innen an Wählerversammlungen und den Charakter ihrer Mitarbeit in Organen wie der Arbeiter- und Bauerninspektion gibt es wenige und widersprüchliche Angaben. Am Beispiel der Arbeiter- und Bauerninspektion lässt sich jedoch sehen, dass anfängliche Versuche, eine derartige Mitarbeit von Anfang an breit aufzuziehen, scheiterten, die Heranziehung von Arbeiter:innen von oben geplant geschah, und dass das Organ trotz einiger erfolgreicher Kampagnen gegen Missstände im Staatsapparat irgendwann wieder aufgelöst wurde.

90 | Lenin, Wladimir I. (1902): Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, LW 5, Dietz Verlag Berlin, S. 355 ff.

91 | Lenin (1919): Die Große Initiative, LW 29, S. 420

92 | KPM/ML (1979): Die Wahrheit über J.W. Stalin, Verlag Roter Morgen, http://www.kpd-ml.org/doc/partei/wahrheit_ueber_stalin.pdf

Die These, dass viele der Arbeiter:innen und Bäuer:innen in der Inspektion eher passive Teilnehmer:innen waren[93], ist angesichts der parallel stattfindenden Rückentwicklung der lokalen Sowjets wahrscheinlich. Bezüglich der Bäuer:innen wird sie auch durch Berichte über das Fortbestehen einer ausgeprägten Dorfmentalität und eher distanzierten Haltung zum Staat während der Verfassungsdiskussion von 1936 nahegelegt[94]. Diese Entwicklung muss auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die arbeitenden Massen zwei bis drei Generationen zuvor noch unter den Verhältnissen der Leibeigenschaft gelebt hatten (diese war erst 1861 und auch nur formal abgeschafft worden) und die sowjetische Arbeiter:innenklasse der 1930er Jahre sich zum allergrößten Teil aus früheren Bäuer:innen zusammensetzte[95].

Das heißt aber auch, dass die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion noch weitgehend einen stellvertretenden Charakter hatte und vor allem an der revolutionären Führung durch die Kommunistische Partei hing, während der Staat in seiner Widersprüchlichkeit nicht nur den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus, sondern auch vom Jahrhunderte alten asiatischen Despotismus[96], wie er im Zarismus zum Ausdruck gekommen war, zur sozialistischen Gesellschaft widerspiegelte. Der Staat wurde aber im Verlauf der Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse und der Einrichtung von Planungsbehörden etc. nicht kleiner, sondern größer. Die Kommunistische Partei umfasste im Laufe ihrer Entwicklung auch bedeutende Teile des Staatsapparates und der wirtschaftlichen Leitungsorgane, die beim Voranschreiten zum Kommunismus hätten abgebaut werden müssen. Die innerparteilichen Kämpfe der 1930er Jahre (die sich in den 40er und 50er Jahren fortsetzten) waren vor diesem Hintergrund auch Kämpfe der revolutionären Kräfte mit konservativen Kräften, die den Status quo in Staat und Wirtschaft verteidigen und ihre privilegierte Position ausbauen wollten. Diese Kämpfe überlagerten sich kompliziert mit Auseinandersetzungen zwischen der Führung und lokalen Parteifunktionär:innen, die Direktiven aus Moskau oft aussaßen[97], sowie zwischen Parteiorganen und Geheimdiensten. Dieses komplizierte Geflecht aus politischen Kämpfen äußerte sich in so widersprüchlichen Entwicklungen wie der des Jahres 1937, als Massenverhaftungen und Todesurteile im Funktionärsapparat zeitlich mit einer vorübergehenden Phase der Demokratisierung von Partei und Staat zusammenfielen.

Ohne die vorwärtstreibende Kraft aktiver Sowjets und gesellschaftlicher Kontrollinstanzen hingen der Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialismus allein an dem Umstand, dass die revolutionären Kräfte in der KPdSU (B) noch führend waren – und dieser Umstand änderte sich spätestens nach Stalins Tod 1953. Hinzu kommt, dass die revolutionären Kräfte um Stalin selbst Fehler machten, indem sie z. B. das Potenzial der Herausbildung neuer Klassenunterschiede im Sozialismus in Theorie und Praxis unterschätzten und zur Bekämpfung von Bürokratismus und feindlichen Strömungen vor allem auf staatliche Apparate wie die Geheimdienste setzten.

Für die Arbeiter:innenklasse und die kommunistische Bewegung in Deutschland bedeutet das, dass sie für zukünftige Anläufe zum Aufbau des Sozialismus die Erfahrungen aus der Pariser Kommune, der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten genau analysieren und die Komplexität der dortigen Klassenkämpfe nachvollziehen müssen, anstatt diese Erfahrungen schablonenhaft auf das eigene Land und die eigene Zeit zu übertragen oder sie zu idealisieren und allein zur eigenen Identitätsbildung heranzuziehen. Ein grober Fehler wäre es insbesondere, die teilweisen Einschränkungen demokratischer Rechte in der Sowjetunion, die Kompromisse mit der Realität darstellten und keineswegs den Zielvorstellungen der Bolschewiki entsprachen, für das Idealbild vom sozialistischen Staat zu erklären[98].

Die Aufgabe besteht darin, aus den historischen Erfahrungen genau herauszukristallisieren, welche Elemente und Lehren aus Paris, Russland und anderswo einen allgemeingültigen Charakter haben und welche den jeweiligen nationalen und historischen Besonderheiten entsprechen. Dazu nehmen wir im folgenden Abschnitt Stellung. In jedem Fall müssen die Arbeiter:innen in Deutschland ihren eigenen Weg zum Sozialismus anhand eigener Analysen finden und dabei auch neue konkrete Formen der Diktatur des Proletariats entwickeln.

Die Lehre des Oktobers: Die Rolle der Partei im Sozialismus

Die wichtigste allgemeine Lehre der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus in Russland ist das Konzept der Kommunistischen Partei neuen Typs, die die Arbeiter:innenklasse in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus anführen muss. Das bedeutet, die Kommunistische Partei nimmt auch nach der

93 | Vgl. Perrins (1980): S. 241 f.

94 | Vgl. Getty (1991): S. 26 f.

95 | Vgl. Hat der Sozialismus Zukunft? Band 1 (1996): S. 32 ff.

96 | Der Begriff wird von Marx und Lenin an verschiedenen Stellen mit Bezug auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland verwendet, siehe z. B.: Lenin, Wladimir I. (1914): Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, LW 20, S. 406

97 | Vgl. Getty (1991): S. 29 f.

98 | Lenin betonte z. B. in seiner Auseinandersetzung mit Kautsky 1919, dass im Gegensatz zur Frage der gewaltsamen Unterdrückung der Bourgeoisie als Klasse, die eine allgemeine Frage der Diktatur des Proletariats sei, die „*Frage der Beschränkung des Wahlrechts*“ eine „*nationale Sonderfrage und keine allgemeine Frage der Diktatur*“ sei. Lenin (1919): Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28, Dietz Verlag Berlin, S. 254 f.

erfolgreichen sozialistischen Revolution eine entscheidende, vorantreibende Rolle ein. Sie soll den Auf- und Ausbau des Sozialismus auf dem Weg zum Kommunismus strategisch und taktisch sowie ideologisch und praktisch anleiten und damit die revolutionäre Vorhut der organisierten Arbeiter:innenklasse bilden.

Gleichzeitig ist es wichtig, die Kommunistische Partei nicht formal mit dem Rätesystem zu vermischen. Die führende gesellschaftliche Rolle der Partei sollte nicht in der organisatorischen Struktur der Rätedemokratie festgeschrieben sein, sondern muss immer neu erkämpft werden, indem die Partei sich in den Dienst der proletarischen Massen stellt und ihr Vertrauen durch eine richtige politische Linie gewinnt. Nur so kann die Partei ihre Anleitungsaufgabe erfolgreich wahrnehmen, indem sie durch Überzeugung führt statt durch die reine Übernahme bürokratischer Posten und somit administrativer Macht über Verwaltungsstrukturen. Die Organe der Partei und ihre verschiedenen Ebenen sollten parallel zum Rätesystem existieren. Kader:innen lassen sich auf den verschiedenen Ebenen in die Räte hinein wählen, um dort anleitend tätig zu sein. Auch wenn es nicht unwahrscheinlich ist, dass es auf der obersten Ebene des Rätesystems eine hohe Überschneidung mit dem Zentralkomitee der Partei geben wird, sollte diese organisatorische Trennung aufrecht erhalten werden.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei, den sozialistischen Aufbau stetig weiterzuentwickeln, macht es erforderlich, dass die Partei sich auch nach der Revolution ihren Status als Kader:innenpartei erhält, in der die fortschrittlichsten Elemente der Arbeiter:innenklasse organisiert sind. Der grundsätzliche Anspruch, Kader:innen zu entwickeln, und nicht etwa zu einer rein auf Massenmitgliedschaft ausgerichteten Partei zu werden, etwa durch das Aufweichen der Mitgliedschaftskriterien, stellt somit ein wichtiges Element der Kommunistischen Partei im Sozialismus dar. Zur reinen Massenpartei zu werden würde die ideologische Festigkeit ihrer Mitglieder und damit auch die ideologische Stärke der Partei verringern und damit ihre Rolle als Avantgarde gefährden. Zudem würde man so Karrierismus, Opportunismus und weiteren bürgerlichen Eigenschaften Tor und Tür öffnen. Erfahrungen aus der Sowjetunion, wo die KPdSU (B) von einer Partei gefestigter Revolutionär:innen zu einer Volkspartei mit niedrigen Mitgliedskriterien auf 19 Millionen Mitgliedern anschwoll[99], dienen hier als mahnendes Beispiel.

Gleichzeitig können wir hier sicherlich festhalten, dass die Anforderungen und Fähigkeiten, die von Parteimitgliedern verlangt werden, unter sozialistischen Bedingungen andere sein werden als in der Illegalität innerhalb des kapitalistischen Systems

99 | Vgl. Smith, G.B. (1988). The CPSU: The Guiding Force in Soviet Society. in: Soviet Politics. Palgrave, London, S. 54.

oder im Feuer des revolutionären Bürgerkriegs. Schließlich werden sich auch die konkreten Aufgaben der legalen Parteiarbeit von der Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen unterscheiden. War es vor der Revolution die zentrale Aufgabe, einen straffen Parteiapparat zu schaffen, der politisch, organisatorisch und militärisch in der Lage ist, die Massen im Kampf für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Diktatur des Proletariats anzuführen, wird der Kern der Arbeit im Sozialismus darin liegen, aktiv eine neue, proletarische Gesellschaft zu gestalten und Fortschritt auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu organisieren. Der Kampf für eine dauerhafte kulturelle Revolution und die Schaffung eines neuen Bewusstseins in den Menschen erfordert Fähigkeiten, die erst unter sozialistischen Bedingungen zur vollen Entfaltung kommen können.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden und in der Lage zu sein, tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen anleiten zu können, spielt auch die soziale Zusammensetzung der Partei eine entscheidende Rolle. Der Einfluss der Partei muss in alle Bestandteile und Schichten der sozialistischen Gesellschaft reichen und umso mehr über tausend Fäden mit den Massen verbunden sein, wenn es uns gelingen soll, die Welt nicht nur in politischer, sondern auch in kultureller und psychologischer Hinsicht aus den Angeln zu heben und die tief verankerten bürgerlich-patriarchalen Muster vergangener Ausbeuter:innengesellschaften aufzubrechen. Hierzu wird es nicht ausreichen, Kader:innen der Partei hauptsächlich aus einigen wenigen gesellschaftlichen Gruppen beziehungsweise sozialen Milieus zu gewinnen. Die Partei muss so vielfältig sein wie die sozialistische Gesellschaft und Kader:innen verschiedenster sozialer und kultureller Herkunft entwickeln.

Dieser Aspekt ist gerade in einem Land wie Deutschland von hoher Bedeutung. Auch wenn es ein bürgerliches Märchen ist, dass die Arbeiter:innenklasse in Deutschland zunehmend verschwinden würde oder praktisch nicht mehr existent sei, müssen wir doch feststellen, dass die Klasse sich in den vergangenen Jahrzehnten stark ausdifferenziert hat. Die Lebensrealität unserer Klassengeschwister ist heute von einer Vielzahl von unterschiedlichen Faktoren geprägt, wenngleich uns die Ausbeutung und das objektive Interesse an der sozialistischen Revolution einen. Die soziale Basis der KPD in den 1920er-Jahren – ein kulturell weitgehend homogenes, unter schärfsten Bedingungen ausgebeutetes Industrieproletariat – ist heute in dieser Form tatsächlich kaum mehr vorhanden. Die sich verändernden ökonomischen und kulturellen Lebensverhältnisse erhöhen die Komplexität der kommunistischen Massenarbeit und der Aufgabe, in allen Schichten der Arbeiter:innenklasse eine Verankerung herzustellen. Auch

nach der sozialistischen Revolution wird die Ausdifferenzierung unserer Klasse nicht vom Erdboden verschluckt werden und bleibt eine Herausforderung für die Kommunistische Partei. Wie unter diesen Bedingungen auch eine kulturelle Revolution organisiert werden kann bleibt eine offene Frage, mit der wir uns in Zukunft vertieft auseinandersetzen müssen.

Eine andere Frage besteht darin, ob es im Sozialismus nur eine Partei geben sollte oder mehrere. Die Bolschewiki vertraten vor der Oktoberrevolution kein Programm, das auf die Schaffung eines Ein-Parteien-Staates gerichtet war. Sie unterschieden vielmehr zwischen den bürgerlichen Parteien (wie z. B. den „Kadetten"), die in der Diktatur des Proletariats unterdrückt werden mussten, und den Parteien, die innerhalb der Arbeiter:innenklasse und der Bäuer:innenschaft einflussreich waren (wie z. B. die Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Anarchisten). Für letztere sahen sie zunächst die freie Betätigung vor, was ihre Beteiligung an den Sowjets, die Herausgabe ihrer Presse und sogar die Möglichkeit zur Teilnahme an der Regierung einschloss[100]. Dies änderte sich erst, als alle diese Parteien den Sowjetstaat offen bekämpften.

Aufbauend auf der sowjetischen Erfahrung entwickelte sich in der kommunistischen Bewegung mehr oder weniger unausgesprochen die Position, dass im sozialistischen Staat grundsätzlich nur eine Partei erforderlich sei: Anders als im bürgerlichen Parlamentarismus, in dem verschiedene Parteien die Interessen verschiedener Kapitalfraktionen vertreten, ist es der Anspruch der Kommunistischen Partei, als Partei neuen Typs die Interessen aller Arbeiter:innen und der mit ihnen verbündeten gesellschaftlichen Schichten zu vertreten.

In den volksdemokratischen Ländern Osteuropas und in der DDR hat die kommunistische Bewegung nach 1945 jedoch anders gehandelt und die Einbeziehung eines breiten Parteienspektrums, das auch bürgerliche Parteien umfasste, sogar aktiv vorangetrieben. Dies fand allerdings unter den besonderen Bedingungen in den jeweiligen Ländern nach dem antifaschistischen Befreiungskampf statt. In der Sowjetunion wurde der Vorschlag, eine zweite Partei zuzulassen, im Jahr 1956 mit der Begründung verworfen, dass dort keine entsprechenden Bedingungen herrschten[101].

Als Schlussfolgerung aus den historischen Erfahrungen können wir davon ausgehen, dass sich ähnlich wie historisch in Russland auch heute alle Parteien und Organisationen, die zwischen Bourgeoisie und Proletariat oder zwischen kleinbürgerlichem und proletarischem Sozialismus schwanken, zum Zeitpunkt der Revolution auf die eine oder andere Weise entscheiden werden, ob sie sich am sozialistischen Aufbau beteiligen oder diesen bekämpfen wollen. Dies kann auch Spaltungen dieser Parteien und Organisationen (ähnlich wie bei den Sozialrevolutionären) bedeuten. Das gilt grundsätzlich auch für Parteien und Bewegungen, die sich als revolutionär verstehen, aber verschiedenen ideologischen Strömungen anhängen. Die oben genannte Position der Bolschewiki, die Auseinandersetzung mit solchen Parteien auf dem ideologischen Gebiet innerhalb der Institutionen der Rätedemokratie zu führen, sofern sich diese Parteien daran beteiligen und es nicht bekämpfen, ist prinzipiell richtig.

Eine andere Frage ist, ob die Kommunistische Partei in einem entwickelten Land mit einer sehr stark ausdifferenzierten Arbeiter:innenklasse alternative politische Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen schaffen muss, die dem Sozialismus nicht feindlich gegenüberstehen, aber auch keine Sozialist:innen sind. Die KPdSU (B) hat dies vor allem über Massenorganisationen und gemeinsame Wahllisten mit Nichtorganisierten versucht. Ob hierfür in einem sozialistischen Deutschland ähnlich wie in den Volksdemokratien auch Parteien diesen Zweck erfüllen können, kann nur in der Praxis unter den jeweiligen konkreten Bedingungen geklärt werden.

Historische Erfahrungen in anderen Ländern

Neben der Pariser Kommune und der Sowjetunion hat es in der Geschichte eine Reihe von weiteren sozialistischen Aufbauversuchen gegeben. Diese sind entstanden als das Ergebnis von Revolutionen (z. B. in China 1949, Kuba 1959), Befreiungskämpfen gegen den Faschismus (z. B. Jugoslawien, Albanien und weitere volksdemokratisch Länder Osteuropas ab 1944/45), im Gefolge des Ersten Weltkriegs (z. B. die kurzlebige ungarische Räterepublik 1919) sowie im Zusammenhang mit nationalen Befreiungskämpfen (wie in verschiedenen Ländern Afrikas oder in Vietnam). Jedes dieser Länder hatte seine eigenen nationalen Besonderheiten, die dem neuen Staat als Staat einer Übergangsgesellschaft ihr jeweiliges Gepräge gaben. In jedem dieser Länder kam es früher oder später zu revisionistischen Entwicklungen und der Zerstörung des versuchten sozialistischen Aufbaus. Das betont nochmal die Notwendigkeit, die inneren Mechanismen des sozialistischen Staates zukünftig noch tiefer zu durchdringen, um aus den fehlgeschlagenen Aufbauversuchen zu lernen.

Ein für Deutschland besonders relevantes Beispiel ist die Deutsche Demokratische Republik (1949-1990), die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Ostdeutschland

100 | Vgl. Bettelheim (1974), S. 217 f.

101 | Revesz (1965)

errichtet wurde. Dieser Staat ist nicht durch innere Kämpfe entstanden, sondern einzig und allein infolge der Niederlage des Hitlerfaschismus im Zweiten Weltkrieg und der militärischen Eroberung und Besetzung Ostdeutschlands durch die Rote Armee. Obwohl es einen antifaschistischen Widerstandskampf auch in Deutschland gab, in dem Kommunist:innen und Sozialdemokrat:innen eine wichtige Rolle spielten, hatte die deutsche Bevölkerung es nicht vermocht, sich selbst vom Faschismus zu befreien. Ein großer Teil war 1945 vielmehr noch stark von der faschistischen Ideologie beeinflusst. Diese Umstände haben dem neuen deutschen Staat und den Versuchen der Kommunist:innen, dort eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, einen besonderen Charakter gegeben.

Wir können hier nur auf einige wenige Punkte eingehen. Dazu gehört, dass die Sowjetunion unter der Führung Stalins im Jahr 1945 noch gar nicht den Plan verfolgte, in Ostdeutschland einen eigenständigen Staat und schon gar keinen sozialistischen Staat zu errichten. Vielmehr bestand ihre Nachkriegsstrategie für Deutschland darin, einen entmilitarisierten und neutralen antifaschistisch-demokratischen Staat in Gesamtdeutschland zu schaffen, der eine Art Puffer zwischen dem Lager der westlichen imperialistischen Staaten und den sozialistischen Staaten Osteuropas darstellen sollte. So sah es auch das 1945 zwischen den Alliierten geschlossene Potsdamer Abkommen vor. In diesem Staat sollten die Nazi-Kriegsverbrecher:innen enteignet, die großen Monopole entflochten und eine Bodenreform durchgeführt werden, der Kapitalismus sich aber ansonsten frei entfalten dürfen. Durch weitgehende demokratische Rechte sollten die Kommunist:innen dort politische Bewegungsfreiheit haben und somit günstige Bedingungen vorfinden, um Deutschland langfristig in eine sozialistische Richtung zu entwickeln. Diese Strategie scheiterte jedoch an der Politik der Westalliierten unter Führung der USA, die das Potsdamer Abkommen nicht umsetzten, Westdeutschland stattdessen zu einer antikommunistischen Bastion aufbauten und 1949 die Bourgeoisie in Westdeutschland die Bundesrepublik Deutschland gründen ließen.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hatten sich im Sommer 1945 ebenso wie in anderen Teilen Deutschlands spontan Antifa-Komitees in einigen Städten gebildet, die sich um die Organisierung eines rudimentären öffentlichen Lebens im kriegszerstörten Land nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes kümmerten. Die KPD-Führung um Walter Ulbricht, die wenige Tage vor Kriegsende aus Moskau eingeflogen wurde, um zügig staatliche Strukturen in der Ostzone aufzubauen, löste die spontan entstandenen Komitees jedoch rasch zugunsten der staatlichen Behörden auf. Um die Strategie der antifaschistisch-demokratischen Republik umzusetzen, vollzogen die Kommunist:innen 1946 die Vereinigung mit der Ost-SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Diese übernahm die Führung über den „antifaschistisch-demokratischen Block“ in der SBZ, dem noch zwei (später vier) andere Parteien (CDU, LDPD, NDPD, DBD[102]) sowie einige Massenorganisationen angehörten. Die Blockparteien sollten jeweils bestimmte Zielgruppen wie Bäuer:innen (DBD) oder Wehrmachtsangehörige und ehemalige NSDAP-Mitglieder (NDPD) in den neuen Staat einbinden. Daneben setzte die Sowjetische Militäradministration auf die Rekrutierung bürgerlicher Spezialist:innen für Verwaltungsaufgaben. Ab 1952 orientierte die SED auf den Aufbau des Sozialismus in der DDR.

Der in der DDR entstehende Staat war nach dem Vorbild der Volksdemokratien in Osteuropa aufgebaut, in denen ebenfalls formal Mehrparteiensysteme eingerichtet wurden, und ähnelte ansonsten dem politischen System in der Sowjetunion. Die Bevölkerung wählte die Volkskammer als Parlament nach Einheitslisten. Diese wiederum wählte die Regierung. In der Realität lag die Macht beim Politbüro der SED, was eine neue Verfassung im Jahr 1968 noch einmal bestätigte. Bei der „Volksaussprache“ zum damaligen Verfassungsentwurf soll es eine durchaus rege Beteiligung gegeben haben. Die Verfassung wurde danach bei einem Volksentscheid mit 95 Prozent Zustimmung legitimiert[103]. Ansonsten gab es wenig Initiativen zu einer aktiven Einbeziehung der arbeitenden Bevölkerung in die Politik, zumindest wenn sie nicht über die Mitgliedschaft in einer der Blockparteien lief. Dies war auch nicht mehr der Anspruch: Die SED hatte bereits in den 1950er Jahren den neuen revisionistischen Kurs der KPdSU (B) übernommen und im eigenen Land umgesetzt, sodass sich die DDR faktisch in ein staatskapitalistisches System unter Führung der Partei- und Staatsbürokratie entwickelte. Eine solche Entwicklung vollzog sich in den 1950er Jahren in der einen oder anderen Form in allen volksdemokratischen Ländern Osteuropas. Die einzige Ausnahme hiervon bildete nur die 1946 gegründete Sozialistische Volksrepublik Albanien.

Schlussfolgerungen

Welches Fazit ziehen wir nun aus den dargelegten historischen Erfahrungen und unseren Überlegungen für einen sozialistischen Staat der Zukunft? Müssen wir nun resigniert aufgeben, weil die Himmelsstürmer:innen der Pariser Kommune tatsächlich viele ihrer Dekrete nicht umgesetzt haben, oder weil die russische Sowjetdemokratie nur noch wenig mit der Verfassung der Kommune zu tun hatte?

102 | Christlich-Demokratische Union, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Nationaldemokratische Partei Deutschlands.

103 | https://www.unsere-zeit.de/wir-wollten-ein-anderer-rechtsstaat-sein-138782/

Nein, ganz im Gegenteil!

Die Lehre aus den verschiedenen historischen Beispielen, die wir in diesem Text diskutiert haben, ist vielmehr, dass immer wieder revolutionäre Situationen auftreten, die auch unter schwierigsten Bedingungen konkrete Handlungsmöglichkeiten für die Errichtung sozialistischer Staaten hervorbringen. Aus der Geschichte können wir heute klarere Zielsetzungen für einen solchen Staat entwickeln, aus Fehlern lernen und so die Erfolgschancen künftiger Aufbauversuche erhöhen.

Genau so wenig wie ihre Vorgänger werden diese Versuche einem Simulationsspiel ähneln, das dem befreiten Proletariat alle erdenklichen Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand gibt. Sozialistische Staaten werden nicht auf der grünen Wiese nach einer bestimmten Blaupause errichtet, sondern im konkreten Klassenkampf. Historische Errungenschaften wie etwa die Pariser Kommune sind oft relativ plötzlich durch eine Vielzahl von Zufälligkeiten entstanden. Sozialist:innen hatten dabei nie die völlige Dominanz, sondern mussten mit anderen politischen Kräften um die Vorherrschaft ringen. Ob in Russland, China, Albanien oder Deutschland: Revolutionen entstehen nicht planmäßig und geordnet, sondern erwachsen aus dynamischen Situationen mit konkreten Kräfteverhältnissen, die die Kampfbedingungen bestimmen. Revolutionen durchzuführen bedeutet, die alten Verhältnisse zu zerstören und auf ihren Trümmern eine neue, sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Diese ist als Übergangsgesellschaft zum klassenlosen Kommunismus aber immer von den jeweiligen Verhältnissen geprägt, die die Kommunist:innen und die Arbeiter:innenklasse zum Zeitpunkt der Revolution vorfinden. Gesellschaftliche Klassen, politische Strömungen, nationale Besonderheiten, kulturelle Gewohnheiten und Denkmuster verschwinden mit der Revolution nicht von jetzt auf gleich, sondern müssen beim Aufbau des Sozialismus in einem langwierigen Prozess zurückgedrängt oder verändert werden – und zwar bewusst, geführt durch die Kommunist:innen und immer mit dem Ziel der Vernichtung aller Klassenwidersprüche vor Augen. Dieser langwierige Kampf um den Kommunismus wird in jedem Land und zu jeder Zeit von scharfen Klassenkämpfen geprägt sein, die einen notwendigen Bestandteil des Sozialismus bilden. Um aus diesen Klassenkämpfen siegreich hervorzugehen, muss die Arbeiter:innenklasse die Diktatur des Proletariats auf- und ausbauen. Nur so kann sie die Verhältnisse schaffen, die am Ende zur Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft führen.

Die diskutierten Beispiele aus Paris und Russland zeigen, bei all ihren konkreten Erfolgen, Niederlagen und Widersprüchen: Auch in stürmischen Zeiten ist es historisch immer wieder gelungen, konkrete Fortschritte zu erkämpfen, auf die wir heute programmatisch aufbauen können.

Die Ursprünge von "DDR" als Instrument zur Erzwingung der Kapitulation revolutionärer Bewegungen

Übersetzung eines Artikels von Raya Andres über das DDR-Konzept (Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung) der auf der Internetplattform der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen veröffentlicht wurde.

Der nachfolgende Text ist eine Übersetzung eines Artikels von Raya Andres, der als erster Artikel einer Reihe über das DDR-Konzept (Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung) der Vereinten Nationen (UN) und dessen Nutzung durch den US-Imperialismus zur Erzwingung der Kapitulation revolutionärer Bewegungen auf der Internetplattform der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (ndfp.info) veröffentlicht wurde.[1]

Die Nationale Demokratische Front der Philippinen (NDFP) beschreibt sich selbst als revolutionäre Einheitsfrontorganisation des philippinischen Volkes im Kampf für nationale Freiheit und demokratische Rechte. Sie beschreibt als ihr Ziel, „alle fortschrittlichen Klassen, Sektoren und Kräfte im Kampf des philippinischen Volkes gegen die Herrschaft des US-Imperialismus und seiner lokalen Verbündeten, der Großgrundbesitzer und Kompradoren, zu entwickeln und zu koordinieren, um nationale und soziale Befreiung zu erlangen".

Gerade in Zeiten, in denen in verschiedenen nationalen Befreiungskämpfen und bewaffneten Konflikten die Diskussion über Friedensverhandlungen und Entwaffnungen wieder stark geführt werden, halten wir diesen Artikel für einen wichtigen Beitrag den wir einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen wollen. Zur Verständlichkeit einiger Begriff und historischer Hintergründe haben wir den Text mit einzelnen erklärenden Fußnoten versehen.

Seit Jahrzehnten bewerben die imperialistischen Mächte und ihre Vasallenstaaten das Disarmament, Demobilization and Reintegration (Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, kurz DDR) Framework als einen angeblich „neutralen" und „technischen" Ansatz zur Lösung bewaffneter Konflikte. Aktuell wird das DDR-Framework durch die Vereinten Nationen als ein angeblich wohlwollender Prozess des Helfens oder Überzeugens von Kämpfer:innen präsentiert, ihre Waffen niederzulegen und sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Anstatt die grundlegenden Ursachen des bewaffneten Kampfes anzugehen, versucht das DDR-Framework, die revolutionären Bewegungen zu entwaffnen, ihre organisierten Kräfte zu zerschlagen und sie zur Kapitulation zu zwingen.

DDR: Definition und kurze Geschichte

Entwaffnung ist definiert als „die Sammlung, Dokumentation, Kontrolle und Entsorgung von Kleinwaffen, Munition, Sprengstoffen sowie leichten und schweren Waffen von Kombattanten und oft auch der Zivilbevölkerung" (UNDDR, 2005). Demobilisierung hingegen wird als „die formale und kontrollierte Entlassung aktiver Kombattanten von Armeen oder anderen bewaffneten Gruppen" (UNDDR, 2005) in zwei Etappen beschrieben: Eingrenzung und Wiedereingliederung. Die Wiedereingliederung ist schlussendlich „der Prozess, durch den Ex-Kombattanten zu Zivilpersonen werden und eine nachhaltige Beschäftigung und ein Einkommen erhalten" (UNDDR, 2005).

Wenn man DDR wörtlich nimmt, scheint es ein „neutraler", technischer und dreiseitiger Ansatz. In der Realität ist es eine standardisierte Formel für die Kapitulation: Kämpfer:innen werden ihre Waffen abgenommen, revolutionäre Organisationen werden aufgelöst, um dann zu versuchen, sie wieder in dasselbe ausbeuterische System zu integrieren, aus welchem der bewaffnete Kampf überhaupt erst entstand. Individuelle Elemente der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung haben schon lange vor der Formalisierung von DDR als Rahmengerüst existiert, aber ihre Form als eine dreiteilige und strukturierte Komponente von UN-Friedenseinsätzen nahm sie erst während der UNTAG-Mission, also einer Mission der „Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit", in Namibia im Jahr 1989 an.

Der Kampf für die Unabhängigkeit Namibias wurde durch die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und ihren bewaffneten Arm, die Volksbefreiungsarmee Namibias (PLAN), geführt. Es war ein revolutionärer Krieg gegen Apartheid und koloniale Unterwerfung durch Südafrika. Die UNTAG-Mission war dazu bestimmt, Namibia während ihrer Übergangsphase, also nach ihrer Unabhängigkeitserklärung und der darauf folgenden Waffenruhe mit Südafrika, zu unterstützen. Anstatt die tiefen sozialen und ökonomischen Narben der Apartheid anzugehen, priorisierte die UNTAG-Mission die Entwaffnung und Demobilisierung.

Die UNTAG-Mission in Namibia stellte so, wenn auch auf spontane Weise, die erste große Umsetzung eines formellen DDR-Programms unter der Fahne einer UN-Friedensmission dar. Obwohl sie in imperialistischen Kreisen als eine der „erfolgreichsten UN-Friedensmissionen" dargestellt wird, scheiterte die Wiedereingliederung auf spektakuläre Weise: Ehemalige Kämpfer der Südwestafrikanischen Territorialstreitkräfte (SWATF, ein Teil der Südafrikanischen Verteidigungskräfte) endeten arbeitslos und desillusioniert durch fehlende umfassende ökonomische Programme der neuen, durch die SWAPO angeführten Regierung.

Dieses Muster sollte sich zwischen 1991 und 1995 in El Salvador wiederholen. Unter starkem US-amerikanischem Einfluss zwang das Chapultepec-Friedensabkommen die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zur Niederlegung ihrer Waffen, zur Demobilisierung ihrer

1 | Das Original kann hier gelesen werden: https://ndfp.info/origins-of-ddr-as-a-tool-to-force-the-surrender-of-revolutionary-movements/

9.000 Kämpfer:innen und zur Neuerfindung als politische Partei. Ohne Landreform und ausreichende ökonomische Unterstützung endeten die Ex-Kombattant:innen, wie in Namibia: marginalisiert, während die neoliberale Ordnung intakt blieb.

Diese Erfahrungen wurden auch in die Friedensverhandlungen in Mosambik eingebracht, welche 1992 im Allgemeinen Friedensabkommen von Rom endeten. Dieses Abkommen sollte den seit 16 Jahren wütenden Bürgerkrieg zwischen der regierenden Marxistisch-Leninistischen Mosambikanischen Befreiungsfront (FRELIMO), den antikommunistischen aufständischen Kräften des Nationalen Widerstands Mosambiks (RENAMO) sowie anderen bewaffneten Kräften beenden. Das UN-DDR-Framework wurde wie in den vorherigen Beispielen durch ein allgemeines Friedensabkommen, welches die FRELIMO und RENAMO unterzeichneten, umgesetzt. Der Friedensprozess wurde durch die Vereinten Nationen betreut, einschließlich der Einführung von Mehrparteienwahlen und der Implementation des DDR-Frameworks. Es wurde die Entwaffnung und Demobilisierung der RENAMO-Kräfte priorisiert: Wie in Namibia und El Salvador kam die Wiedereingliederung der Ex-Kombattant:innen zu kurz.

Auf Mosambik folgten weitere UN-Missionen, welche DDR anwandten, um den revolutionären bewaffneten Kampf zu befrieden, unter anderem 1997 in Guatemala, 1992 bis 1993 in Kambodscha, 1991 bis 1999 in Angola, 1999 bis 2005 in Sierra Leone und 2003 bis 2005 in Liberia.

Bis 2006 hatte die UN das DDR-Framework in den Integrierten DDR-Standards (IDDRS) kodifiziert. Diese wurden 2020 überarbeitet, um das Aufkommen nicht-staatlicher Akteur:innen, des „gewalttätigen Extremismus“ und städtischer Machtverhältnisse mit zu beachten, mit dem Ziel, die Anwendungsmöglichkeiten von DDR-Programmen auch außerhalb formeller Friedensprozesse auszuweiten. Dieses „standardisierte“ Rahmengerüst machte die DDR weitaus gefährlicher. Es gibt Staaten die Autorität, das DDR-Programm einseitig, auch ohne Friedensabkommen oder Waffenstillstände, anzuwenden. Dieses kann dann durch die UN legitimiert, finanziert und technisch unterstützt werden. Praktisch bedeutet die Standardisierung die weitere Legitimation der Kriminalisierung und Zerschlagung revolutionärer bewaffneter Kräfte durch Staaten, indem man sie als einfache „Sicherheitsbedrohungen“ oder „gewalttätige Extremisten“ brandmarkt.

Ein aktuelles und bedeutendes Beispiel ist das endgültige Friedensabkommen zwischen dem kolumbianischen Regime und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) 2016. Die FARC-EP führte 52 Jahre lang einen revolutionären bewaffneten Kampf in Kolumbien.

Obwohl die FARC-EP absichtlich den Begriff „DDR“ in ihrer Einigung mit dem kolumbianischen Regime vermieden hatte, wurde das IDDRS stillschweigend, aber flächendeckend angewandt. Anstelle der Sicherung struktureller, politischer, kultureller oder ökonomischer Veränderungen wurde die Entwaffnung und Wiedereingliederung der Beantwortung der Wurzeln des bewaffneten Konflikts in Kolumbien vorgezogen. In all diesen Fällen zeigte das DDR-Programm seinen wahren Charakter als Mechanismus zur Befriedung bewaffneter Revolutionen. Es löst nicht die Widersprüche, welche den bewaffneten Kampf schüren, sondern entfernt sie vom Verhandlungstisch. Die Wiedereingliederung wird auf symbolische Wirtschaftsprogramme reduziert, während die Wurzeln des Konflikts – Landlosigkeit, Ausbeutung und imperialistische Plünderung – intakt bleiben.

UN DDR framework: Das Werkzeug der Philippinischen Regierung zur Kapitulation

Lange vor der Kodifizierung von DDR im Jahre 2006 wurde es bereits in seinen Kernelementen – Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung – durch die reaktionären philippinischen Regime angewandt. Es waren ihre Versuche, die Friedensverhandlungen zu untergraben und die Kapitulation der revolutionären Kräfte zu erzwingen. Diese frühen Erfahrungen offenbaren, dass DDR, so wie es später durch die UN formalisiert wurde, im philippinischen Kontext nicht vollkommen neu war. Es war einfach eine Weiterführung und Standardisierung der „Aufstandsbekämpfungs“-Taktiken, welche bereits erfolgreich durch die Post-Marcos-Regime erprobt waren.

Das erste dieser Post-Marcos-Regime, angeführt durch Cory Aquino, hatte sich ursprünglich offen gegenüber einem Friedensprozess gezeigt. Diese Position nahm Aquino schnell zurück, nachdem sie durch Coups-Drohungen, angeführt durch Enrile[2] und dem Reform the Armed Forces Movement (RAM), unter Druck geriet. Anstelle ehrlicher Verhandlungen verringerte sie ihr Angebot auf lediglich einen Waffenstillstand, welches im 60-Tage-Waffenstillstand vom 27. November 1986 endete. Dieser instabile Waffenstillstand wurde durch das Mendiola-Massaker vom 22. Januar 1987[3] Zerbrochen, nachdem die Bäuer:innen, welche für Landreformen auf die Straße gingen, direkt vor dem Präsidentenpalast niedergeschossen

2 | Juan Ponce Enrile, ehem. Minister unter Marcos. Er war auch Verteidigungsminister in der Regierung von Cory Aquino und wurde nach einem gescheiterten Putschversuch entlassen.

3 | Massaker an einer Bauerndemonstration bei der 13 Menschen ermordet und 51 Menschen verletzt wurden. Es wurde durch die Nationaldemokratische Massenorganisation der Bauern angeführt.

wurden. Statt das Massaker aufzuarbeiten oder die Pro-Marcos-Kräfte in ihrem Sicherheitsapparat zu bestrafen, entschloss sich Aquino dazu, den Friedensprozess aufzugeben und am 7. Februar 1987[4] einen Krieg gegen das Volk loszutreten.

Trotz wichtiger Erfolge, welche durch die Friedensverhandlungen während der Regierung von Fidel V. Ramos[5] erreicht werden konnten, vertiefte sich das Muster der Zersetzung durch das Einführen der Nationalen Vereinigungskommission (NUC), welche vorgab, den Weg der nationalen Versöhnung zu ebnen. In Wirklichkeit setzte die NUC die ursprüngliche Logik der DDR um, indem sie „lokalisierten Friedensverhandlungen" mit sogenannten „Rückkehrern aus den Rebellengebieten" und abtrünnigen Fraktionen Vorrang einräumte, anstatt mit der NDFP[6] als legitimer Vertretung der revolutionären Bewegung zu verhandeln.

Ramos bewarb „Friedensgespräche" als Mittel, um Überläufer:innen zu ermutigen, stückweise Widerstand zu neutralisieren und die revolutionären Kräfte zu zersplittern, wobei er das DDR-Modell der individuellen Demobilisierung und Wiedereingliederung vorwegnahm, ohne strukturelle Reformen anzugehen.

Im September 2008 erklärte die damals angeklagte Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo, dass das DDR als zentrales Framework für alle Friedensverhandlungen genutzt werden müsse. Durch das Anwenden dieser Pauschalregelung versuchte das US-Arroyo-Regime, den jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt in den Philippinen zu einem Problem von „Frieden und Ordnung" zu degradieren. Sie versuchten, dem bewaffneten Konflikt dadurch das legitime politische Gewicht als revolutionäre Bewegung zu nehmen. 2009 deckte der Gründer der CPP Prof. Jose Maria Sison die Intentionen des Arroyo-Regimes auf: *„... das Ende der Feindseligkeiten, welches der vierte und letzte Punkt der Agenda (Gemeinsame Haager Erklärung) ist, ist vorzuziehen, um so die Friedensverhandlungen als Mittel zur Herbeiführung grundlegender Reformen zum Wohle des Volkes zu zerstören."*

Prof. Sison zeigte schon früh die Kritik der CPP am DDR-Framework auf und sagte, dass das Arroyo-Regime *„besessen sei mit der Auferlegung des Rahmens der Entwaffnung, Wiedereingliederung und Demobilisierung einfach nur, um das Volk zu befrieden und das verrottete herrschende System der Unterdrückung und Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Allem Anschein nach will das Arroyo-Regime keine Fortführung von formalen Gesprächen ... solange es nicht sofort seinen böswilligen Plan umsetzen kann, um seine schädlichen Ziele gegen das philippinische Volk und ihren Kampf für nationale Befreiung und Demokratie zu verwirklichen."*

Nach Macapagal-Arroyo führte die Aquino-Regierung die Anwendung des UN-DDR-Frameworks fort. Es wurde als ein „Meilenstein" gefeiert, das es nach vier Jahrzehnten Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Moro[7] es zu einer Friedensvereinbarung mit der MILF (Moro Islamische Befreiungsfront) kam. Die Vereinbarung zielte hauptsächlich auf die Demilitarisierung der MILF ab, anstelle die tieferen Probleme der staatlichen Vernachlässigung, Autonomie und historischen Benachteiligung gegen die Moros anzugehen. Diese ungelösten Probleme zeigen sich bis heute in der wachsenden Krise der Bangsamoro-Region, einschließlich der inneren Spaltung der MILF.

Auch wenn die Arroyo- und Aquino-Regierungen wiederholt versuchten, das UN-DDR-Framework auf die Friedensprozesse anzuwenden, hat die NDFP es immer wieder abgelehnt, sich diesem Programm zu unterwerfen. 2020 erklärte der Leiter der Internationalen Vertretung der NDFP Luis Jalandoni den Einspruch der NDFP: *„Alle Versuche, die GRP[8]-NDFP-Friedensverhandlungen zum Scheitern zu bringen, einschließlich dem DDR-Framework, welches das Ziel der Kapitulation der revolutionären Bewegung hat ... wurden klar durch die NDFP als Verstoß gegen die Prinzipien in der Gemeinsamen Haager Erklärung abgelehnt."*

Obwohl Duterte die Friedensverhandlungen mit der NDFP zu Beginn seiner Präsidentschaft wieder eröffnete, wurde das DDR-Framework nie Teil der Verhandlungen, da diese abgebrochen wurden, bevor es überhaupt zur inhaltlichen Diskussion kam. Ab Ende 2017 beendete Duterte die Friedensverhandlungen mit der NDFP einseitig durch Proklamation Nr. 360 und erklärte die CPP-NPA[9] durch Proklamation Nr. 374 zur „terroristischen Organisation".

Ab diesem Punkt wurden sämtliche Verhandlungen durch Duterte eingestellt, und es wurde auf eine militarisierte Strategie und neu verpacktes DDR als Teil eines breiten „Aufstandsbekämpfungsplans" gesetzt. 2018 wurde durch Exekutivverordnung (EO) 70 die Nationale Task Force zur Beendigung lokaler kommunistischer bewaffneter Konflikte (NTF-ELCAC) etabliert. Dies stellte einen scharfen Bruch mit jeglichen ernsthaften Verhandlungen zwischen

4 | Das Datum bezieht sich auf die Ratifizierung der Philippinischen Verfassung. Die Forderungen der Kommunistischen Partei und der Nationaldemokratischen Front konnten mit ihr nicht mehr durch Verhandlungen mit der Interimsregierung durchgesetzt werden konnten.

5 | General unter Marcos, welcher während der EDSA-Revolution mit dem Regime brach und später Präsident wurde.

6 | Die Nationaldemokratische Front zur Befreiung der Philippinen (NDFP), ist ein Bündnis aus Massenorganisationen, der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und der Neuen Volksarmee (NPA), dem bewaffneten Arm der CPP.

7 | Die Moros sind eine Volksgruppe, bestehend aus verschiedenen muslimischen philippinischen Ureinwohnervölkern. Es ist die größte nicht-christliche Volksgruppe in den Philippinen und umfasst ungefähr 7,1 Millionen Menschen oder 6,5 % der Bevölkerung.

8 | Government of the Republic of the Philippines (GRP) - Regierung der Republik der Philippinen.

9 | Kommunistische Partei der Philippinen – Nationale Volksarmee. Das Doppelkürzel wird häufig anstelle von CPP & NPA verwendet.

der NDFP und der GRP dar. Der sogenannte „Ganze-Nation-Ansatz“, eine militarisierte, bürokratische und überwachungsorientierte Strategie für Frieden und Sicherheit, schloss alle wichtigen Regierungsbehörden durch CORDS (Kabinettbeamte für Regionale Entwicklung und Sicherheit) zusammen, mit dem Präsidenten an seiner Spitze. NTF-ELCAC wandte DDR bei lokalisierten „Friedensprogrammen“ an, welche hauptsächlich das Ziel verfolgten, Militarisierung, Red-Tagging[10], Straffreiheit für Regierungsbeamte und systemische Korruption zu verdecken.

Aktuell existiert die NTF-ELCAC weiter und setzt den Nationalen Aktionsplan für Einheit, Frieden und Entwicklung (NAP-UPD) um, welcher sich zum Ziel setzt, den bewaffneten Kampf zu beenden und die CPP-NPA-NDFP zu transformieren. Wie bei den vorherigen Verwaltungen zeigt das Marcos-Jr.-Regime kein Interesse daran, die Wurzeln des bewaffneten Konflikts zu bekämpfen. Stattdessen verfolgt es weiter einen Frieden im Rahmen von DDR, welcher auf die Kapitulation und Entwaffnung der revolutionären Kräfte ausgelegt ist.

10 | Politische Verfolgung fortschrittlich gesinnter Menschen unter dem Vorwand sie wären kommunistische Terrorist:innen. Meistens liegen hierfür keine Beweise vor.

Aus der Klasse für die Klasse!

KLASSENBILDUNG

Wir wollen uns und unser Projekt Klassenbildung hier kurz vorstellen. Wir sind ein revolutionäres Kollektiv von Kommunist:innen, welche alltäglich in unseren Stadtvierteln, Betrieben, Schulen und Universitäten versuchen Menschen zusammen zu bringen.

Bei unserer politischen Massenarbeit mit Menschen aus der Arbeiter:innenklasse ist uns aufgefallen, dass es quasi keine „populären“ Informationen und Bildungsmaterialien gibt, die einfach und verständlich eine revolutionäre Perspektive aufzeigen.
Dies wollen wir mit diesem Projekt ändern.

Wir produzieren Videos und Podcasts. Wir veröffentlichen und erstellen revolutionäre Kunst und Kultur. In mehreren Städten in Deutschland veranstalten wir Lesekreise. Mit diesem Magazin und weiteren Texten leisten wir einen Beitrag zur Bildungs- und Theoriearbeit innerhalb der revolutionären Bewegung.

Wir stehen mit unserem Projekt dennoch gerade erst am Anfang.
Helft uns Klassenbildung so schnell wie möglich bekannt zu machen, teilt und liked unsere Social Media Kanäle und empfehlt uns bei euren Genoss:innen, Kolleg:innen, Freund:innen und Nachbar:innen. Gebt uns Rückmeldung wie euch unsere Inhalte und Formate gefallen

Wenn ihr uns finanziell unterstützen wollt, spendet an den *Verein zur Förderung der Arbeiter:innenbildung e.V.*
Mehr Infos auf www.klassenbildung.net/spenden

Ihr findet uns hier:

In der vierten Ausgabe Klassenkampf haben wir im ersten Artikel „Repression als Klassenkampf von oben verlangt nach einer Antwort im Klassenkampf von unten“ ein ausführliches Interview mit einer Genossin über Repression und Antirepressionsarbeit geführt. Wir klären gemeinsam, was unter Repression zu verstehen ist, wie sich staatliche Repressionsstrategien in den letzten zehn Jahren verändert haben und wie wir dagegen vorgehen können.

Im zweiten Artikel „Wie kriegstüchtig ist Deutschland?“ stellen wir die Frage, wie weit der deutsche Imperialismus in seinen Vorbereitung auf neue militärische Auseinandersetzungen gekommen ist und wie die Arbeiter:innenklasse mit seinen nächsten Schritten umgehen muss, um nicht bald als Kanonenfutter zu enden. Dabei ist klar, dass nur eine sozialistische Revolution Kriege nachhaltig beenden kann.

Aber wie behält die Arbeiter:innenklasse danach die Macht und wie organisiert sie eine sozialistische Gesellschaft? Das erörtern wir im dritten Artikel „Zwischen Ideal und Praxis: Der sozialistische Staat“. Wir untersuchen, welche Elemente aus vorherigen Anläufen wir für einen zukünftigen Sozialismus verwenden können, welche wir verwerfen müssen und welche schlichtweg nicht auf Deutschland im 21. Jahrhundert übertragbar sind.

Im letzten Artikel „Origins of DDR as a tool to force the surrender of revolutionary movements“ haben wir einen Text der National Democratic Front of the Philippines übersetzt, der sich mit konterrevolutionären Strategien der UN auseinandersetzt.

Ein Magazin von:

Aus der Klasse für die Klasse!

KLASSENBILDUNG

www.klassenbildung.net